



PLAN **B**

Das rote
Projekt für
einen **sozial-
ökologischen**
Umbau.*

Ein **Denkanstoß**
und Einladung zur Debatte

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

INHALT

Impressum	2
Kurzfassung	3
PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau	7
I. DER ROTE FADEN FÜR DEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAU.....	9
GLOBALES RECHT STATT PLÜNDERUNG DES PLANETEN	9
GLEICHHEIT STATT KLASSENSPALTUNG	12
DER UTE-FONDS EIN DISKUSSIONSANGEBOT.....	13
GARANTIERTE TEILHABE STATT STÄNDIGE UNSICHERHEIT	15
POLITISCHE LENKUNG STATT SCHRANKENLOSER MARKT	17
MEHR DEMOKRATIE STATT KUNGELEI IN HINTERZIMMERN	18
II. DAS ROTE PROJEKT KONKRET.....	20
ENERGIE: Millionen statt Vier	20
INDUSTRIE: Moderne Zeiten	25
MOBILITÄT: für Alle mit weniger Verkehr.....	30
AGRAR: Wochenmarkt statt Weltmarkt	36
III. KRÄFTEVERHÄLTNISSE, BÜNDNISSE & DURCHSETZUNG.....	42
IV. FÜR EINE LEBENDIGE DEBATTE.....	47

PLAN B

Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau
Ein Denkanstoß und eine Einladung zur Debatte

Einladung zur Debatte!

Ökologische Modernisierung des Kapitalismus oder Änderung von Machtverhältnissen und gesellschaftliche Umverteilung? Wie viel Planung braucht der sozial-ökologische Umbau? Haben wir vielleicht zu viele Ressourcen statt zu wenige? Wohnen-Arbeit-Freizeit an einem Ort – geht das und wollen wir das? Welche Importe und Exporte von Agrarrohstoffen soll es noch geben? Wie kann eine demokratische Gegenmacht aufgebaut werden?

Das vorliegende Papier zeigt notwendige Schritte für einen sozial-ökologischen Umbau auf, enthält aber auch zahlreiche offene oder strittige Fragen. Der ROTE FADEN beschreibt

Leitlinien unserer Umbauperspektive. Im ROTEN PROJEKT KONKRET haben wir für vier Leitprojekte, für Energie, Industrie, Verkehr und Landwirtschaft eine Vision 2050 und die Umbauschritte auf dem Weg dorthin skizziert.

»PLAN B« ist ein Diskussionsangebot. Unsere Vorschläge möchten wir mit Ihnen und Euch diskutieren: Bundesweit in Veranstaltungen, auf unserer Konferenz am 26./27. Oktober 2012 in Berlin sowie online

www.plan-b-mitmachen.de und
www.facebook.com/groups/planbe/.

Wir freuen uns auf Ihre und Eure Beiträge.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB

Projektgruppe

Eva Bulling-Schröter, MdB; Sabine Leidig, MdB
Ralph Lenkert, MdB; Ulla Lötzer, MdB
Cornelia Möhring, MdB; Kornelia Möller, MdB
Dr. Kirsten Tackmann, MdB
Bernd Brouns, Sonja Kiesbauer, Konstanze Kriese,
Alexis Passadakis, Michael Popp, Christian Rehmer,
Ursula Schönberger, Gerrit Schrammen,
Dr. Hans Thie, Stefan Weidinger, Uwe Witt

Fotos: privat

Projektkoordination

Ulla Lötzer, MdB
Telefon: 030 227-78541, Fax: 030 227-76541
ulla.loetzer@bundestag.de

Erscheinungsdatum: 15. Juni 2012

Mehr Informationen unter
www.plan-b-mitmachen.de
www.facebook.com/groups/planbe/

KURZFASSUNG

*Jeder Mensch hat ein universell
gleiches Recht auf einen Anteil
an dem, was die Erde bietet,
und eine universell geltende Pflicht,
die Lebensgrundlagen zu schützen.*

I. DER ROTE FADEN

Ohne soziale Gerechtigkeit bleiben ökologisches Wirtschaften und eine nachhaltige Lebensweise leere Versprechen. Wirtschaft und Gesellschaft, Macht- und Eigentumsverhältnisse dürfen nicht bleiben wie sie sind, wenn der notwendige Umbau möglich werden soll. Gegenmodelle, die sich auf Marktinstrumente beschränken und an der bestehenden Ungleichheit nichts ändern, werden sowohl an den sozialen als auch den ökologischen Problemen scheitern.

Unser Ansatz für einen sozial-ökologischen Umbau setzt deshalb auf die Durchsetzung globaler Rechte und gesicherte Teilhabe an menschlichen Grundbedürfnissen, wie Ernährung, Zugang zu Wasser, Mobilität, Bildung, Sorge und Versorgung statt markgesteuerte Ausbeutung. Politische Steuerungsinstrumente sollen umweltschonendes Verhalten belohnen, Ressourcenverbrauch vermindern und Nachhaltigkeit in der Produktion, im Verteilen und Verbrauchen unserer Lebensmittel und Gebrauchsgüter fördern. Es braucht nicht weniger als ein neues Gesellschaftsmodell, das uns eine Wirtschaftsweise und Lebensweise ermöglicht, in der Gerechtigkeit, ökologische Grenzen und demokratische Teilhabe verbunden werden können.

Die dafür notwendigen politischen Veränderungen müssen auf mehreren Ebenen ansetzen: Lokal, regional und international. Eine besondere Verantwortung tragen dabei die Industrieländer. Sie müssen überzeugende Lösungen schnell durchsetzen und Motor internationaler Prozesse sein. Denn nur so lassen sich ökologische Grenzen, Ressourcenverteilung, faire Eigentumsrechte und Nutzungsentgelte sowie soziale und demokratische Mindeststandards als verbindliche Garantien globaler Rechte verankern.

Die soziale mit der ökologischen Frage zu verbinden heißt konkret, gerechte Steuerungsinstrumente und innovative Planungsprozesse intelligent zu kombinieren, um langfristige Veränderungen anzustoßen. Eine solche Politik wird in der Breite nur akzeptiert, wenn alle in den gesellschaftlichen Umbau einbezogen werden. Ein rasanter Wandel der Arbeitswelt und der Lebensweisen ist nur in einem Klima sozialer Integration, geschlechtergerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Ressourcen und demokratischer Teilhabe aller denkbar. Ohne Gerechtigkeit und Demokratie sind keine tiefgreifenden Veränderungen hin zu einer

klima- und naturverträglichen Produktionsweise möglich. Denn sonst wird sie weder nachhaltig sein noch dauerhaft von der Mehrheit getragen werden.

Wir stellen mit unserem Denkanstoß exemplarisch Vor- und auch Nachteile eines Steuerungsmodells vor und zur Diskussion: den UTE-Fonds. Er soll helfen, ein Dilemma zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung progressiv aufzuheben, ökologische Verhaltensweisen belohnen und damit ein Umdenken im konkreten Alltag fördern.

Unser sozial-ökologischer Umbau orientiert sich an der umfassenden Demokratisierung und einem gestaltenden Staat, der die Rahmenbedingungen im Interesse von Nachhaltigkeit setzt.

Genau aus diesem Grund ist unser rotes Projekt an vier erfolgsversprechenden Prinzipien orientiert: Gleichheit statt Klassenspaltung, Teilhabe statt Unsicherheit, Politische Lenkung statt schrankenloser Markt, mehr Demokratie statt Kungelei.

II. UMBAU KONKRET

ENERGIE: Millionen statt Vier

Im Jahr 2050 ist die Stromversorgung doppelt demokratisiert: Der Großteil der Stromversorgung läuft längst nicht mehr über Märkte. Die weitgehend dezentrale und selbstorganisierte Erzeugung verteilt die Produktionsmittel auf viele Millionen Köpfe. Die hoch konzentrierten Erzeugungskapazitäten in großen Windparks in Nord- und Ostsee wie auch Teile der Stromspeicher in den Händen von Stadtwerkverbänden stehen unter einem ständigen Legitimationszwang. Denn die sich in den 2010er Jahren rasant verbreitenden Kommunisierungskampagnen gegen die vier großen Energiekonzerne blieben nicht bei einem »Zurück zu den Stadtwerken« stehen. Unter dem Slogan »Energiedemokratie Jetzt!« entstanden ganz neue Mitentscheidungsmodelle.

Wichtig war außerdem der gesellschaftliche Konsens, der über Freikontingente auch einkommensschwachen Haushalten eine günstige Stromversorgung garantiert. Schärfer stellte sich die soziale Frage bei der Umstellung der Wärmeversorgung. Ohne massive Förderung wäre die energetische Sanierung viel zu langsam fortgeschritten und hätte untragbare Miet-

erhöhungen zur Folge gehabt. Stationen beim Umbau waren das Kohleausstiegsgesetz und neue Formen regionaler Wirtschaftspolitik, um sichere Ersatzarbeitsplätze in den bislang von fossiler Energieerzeugung geprägten Regionen zu schaffen.

Der Systemwechsel der Energieversorgung war aber kein Selbstläufer. Beginnend mit der Anti-Atom-Bewegung wurde er in gesellschaftlichen Konflikten gegen profitgetriebene Energiekonzerne und »fossile Überreste« in der Politik geführt. Die Erfolge haben Teile der Bevölkerung aus ihrer Ohnmacht gerissen und den Boden für das neue Energiesystem bereitet: erneuerbar, demokratisch, sozial.

INDUSTRIE: Moderne Zeiten

Im Jahr 2050 hat sich die industrielle Produktion von der Energie- und Ressourcenverschwendung verabschiedet. Die Verlagerung von »schmutziger« Produktion in andere Regionen der Welt ist gestoppt. Nicht mehr der schwer manövrierbare und gefährliche Hochseetanker symbolisiert die industrielle Fertigung, sondern das elegante und hochmoderne Segelschiff. Die Industrie ist nach wie vor ein wichtiges Standbein der Wertschöpfung in Deutschland und Europa, hat aber einen radikalen Wandel durchlaufen. Möglich gemacht hat dies ein Mix aus politischer Rahmensetzung und wirklicher wirtschaftsdemokratischer Gestaltung. Der Umbau ist so in der Gesellschaft verankert und verbindet soziale Interessen an »Guter Arbeit« mit hohen ökologischen Anforderungen.

Über Zielvorgaben und mehrjährige Studienpläne ist es nicht nur gelungen, die bisher ungenutzten Effizienzpotentiale auszuschöpfen. Der Verbrauch von Rohstoffen und Energie ist endlich absolut zurückgegangen. Schon die Preisexplosion für bestimmte Rohstoffe hat zudem ein System der Mengenregulierung erzwungen. So wird die Gesamtmenge der Rohstoffe begrenzt, die nach Europa eingeführt oder hier abgebaut werden darf.

Ohne Wirtschaftsdemokratie wäre der industrielle Umbau unmöglich gewesen. Die Mitbestimmungsrechte von Belegschaften und Betriebsräten wurden erweitert. Darüber hinaus wurde ihre Position durch Belegschaftsbeteiligung gestärkt. Eine gezielte Branchenspolitik sorgte für den Aufbau neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze. An einigen Standorten musste aber auch veraltete Produktion eingestellt werden. Entscheidend war deshalb die Weiterentwicklung der Mitbestimmung auch über den Betrieb hinaus. Neben Gewerkschaften und Unternehmensverbänden sind Umweltverbände und andere Interessenorganisationen in den sozial-ökologischen Umbau von Betrieben, Regionen und der Rahmensetzung in der Politik einbezogen worden.

Genossenschaften spielen eine wichtige Rolle. In den Unternehmen werden Tariflöhne bezahlt. Leiharbeit, Niedriglohn und prekäre Beschäftigung gehören der Vergangenheit an. Der Arbeitsdruck hat sich verringert. Durch generelle Arbeitszeitverkürzung gibt es keine

Arbeitslosigkeit mehr, und die Menschen haben so viel mehr Zeit und Muße für private und gesellschaftlich sinnvolle Aktivitäten.

MOBILITÄT für Alle mit weniger Verkehr

Im Jahr 2050 ist der Verkehr im Wesentlichen eine öffentliche Aufgabe geworden. Allein schon aus sozialen, politischen und finanziellen Gründen war diese Entwicklung unumgänglich. Entsprechend befindet sich ein großer Teil der Verkehrsmittel in öffentlichem Eigentum und so ist auch die Deutsche Bahn AG eine demokratisch kontrollierte Anstalt des öffentlichen Rechts geworden.

Ziel der sozial-ökologischen Verkehrspolitik ist es, das Grundbedürfnis nach Mobilität für ALLE zu befriedigen – mit geringstmöglichen Umweltbelastungen und zu den geringstmöglichen Kosten. Mobilität ist mehr als das wirtschaftlich Notwendige, also der Transport von Gütern und das Pendeln von Beschäftigten. Einkäufe tätigen, Freunde besuchen, Erholungsausflüge sind Grundbedürfnisse von Menschen. Das Grundrecht auf Mobilität ist allerdings nur etwas wert, wenn man/frau tatsächlichen Zugang zu den Transportmitteln hat. Das bedeutet einerseits physischer Zugang, also ohne Barrieren für Behinderte, für Eltern mit Kinderwagen. Und man/frau muss sich die Nutzung andererseits leisten können. Deshalb ist der Nahverkehr sogar kostenlos nutzbar. Zunächst im öffentlichen Verkehr, später sind auch für Leihautos/CarSharing und Taxen für Menschen mit niedrigerem Einkommen ermäßigte Tarife eingeführt worden.

Wenige (neue) Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen den großen Ballungsräumen sowie perfekte Verbindungen zu Taktzeiten in den Haltepunkten ins Nebennetz haben den innerdeutschen Luftverkehr und in die Nachbarstaaten zum Erliegen gebracht. Die hohen Steuern auf den Klimakiller Luftverkehr haben hierzu einen Beitrag geleistet. Sogar ein vollständiges Nachtflugverbot konnte durchgesetzt werden, da ein umfassendes Angebot von Nachtzügen eingerichtet wurde.

In den Dörfern und Städten haben sich die Menschen den öffentlichen Raum zurückerobert. Fußgänger und Radfahrerinnen sind gleichberechtigt. Im ländlichen Raum haben sich mit Hilfe öffentlicher Finanzierung flexible Angebote wie BürgerInnenbusse oder Anruf-Sammel-Taxis etabliert, so dass die Abhängigkeit vom Auto zurückgegangen und das Leben auf dem Land attraktiv ist.

AGRAR: Wochenmarkt statt Weltmarkt

Im Jahr 2050 orientiert sich die Agrarwirtschaft nicht am Weltmarkt, sondern am Wochenmarkt. Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung sind Leitbilder der internationalen Agrarpolitik. Die Verpflichtung zur Marktöffnung gibt es längst nicht mehr. Regionale Kreisläufe statt globale Irrwege tragen dazu bei, die Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und den Verbrauch von Lebensmitteln räumlich zusammen zu bringen. Das

spricht nicht gegen Europa als gemeinsamen Markt, aber gegen unsinnige Transporte. Der Zusammenschluss und die Kooperation von Bäuerinnen und Bauern haben die Marktmacht der Handels- und Lebensmittelkonzerne stark begrenzt.

Landwirtinnen und Landwirte erhalten kostendeckende Preise für ihre Produkte, die auch bezahlbar sind. Die Beschäftigten bekommen mindestens den gesetzlichen Mindestlohn. Weltweit wird genug gesunde Nahrung produziert, die allen zugänglich ist. In Deutschland und Europa lernen Kinder durch eine kostenfreie Schul- und Kindergartenverpflegung mit regionalen Produkten leckeres und gesundes Essen zuzubereiten. Und die bedarfsgerechte Grundsicherung garantiert gesunde Ernährung für alle.

Der weitgehend geschlossene Betriebskreislauf ist Standard. Bodenverluste werden vermieden und die Bodenfruchtbarkeit ständig verbessert. Der Fleischbedarf ist in Europa drastisch gesunken, womit Anbauflächen für Futtermittel im Ausland für die dortige Lebensmittelproduktion nutzbar wurden. Agrarexporte für hochveredelte Produkte sind zwar möglich, der Import von Futtermitteln ist aber nicht erlaubt; Gleiches gilt für Agrosprit oder Palmöl aufgrund der Flächenkonkurrenz und enormer Umweltfolgekosten.

Schlüssel für den sozial-ökologischen Umbau der Agrarpolitik ist der Zugang zu Boden. Im Jahr 2050 ist das Bodeneigentum deshalb in vielen Händen. Bäuerliches, gemeinsam bewirtschaftetes (z.B. in Genossenschaften) und öffentliches Eigentum sind die Basis und die Konzentration von Bodeneigentum und der Kauf durch nicht-landwirtschaftliche Akteure unmöglich. In Deutschland war die Verschärfung der Grundstücksverkehrsgesetze ein entscheidender Schritt für diese Entwicklung. International sind Bodenreformen u.a. durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich unterstützt worden.

III. KRÄFTEVERHÄLTNISSE, BÜNDNISSE & DURCHSETZUNG

Der sozial-ökologische Umbau ist politisch hart umkämpft, was der derzeitige Strukturwandel im Energiesektor belegt. Die Energiewende ist Ergebnis heftiger Auseinandersetzungen über Jahrzehnte. Sie wurden initiiert und begleitet durch unzählige Aktionen auf der Straße, durch Lobbyarbeit von Umweltverbänden, durch Verhaltensänderungen sowie ökonomische Eigeninitiative und flankiert von politischen Rahmensetzungen.

Für jede progressive Politik müssen sich die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft von Grund auf ändern. Schließlich stehen privatwirtschaftliche Interessen einem solchen Umbau entgegen. Die Kräfteverhältnisse zugunsten des sozial-ökologischen Umbaus zu verschieben, verlangt nun aber Auseinandersetzungen um inhaltliche Vorschläge von der Energieversorgung bis zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft. Doch das allein reicht nicht.

Ein Umbau gelingt nur, wenn ihn Bürgerinnen und Bürgern aktiv gestalten, wenn er von Verbänden und Gewerkschaften gemeinsam getragen wird. Es geht also im Kern um den Charakter unserer Demokratie, um die Mitsprache aller sozialen Gruppen – in den Kommunen aber auch bei industriepolitischen Grundentscheidungen. Statt undurchsichtiger »Verfahrensdemokratie« braucht es Demokratie als kulturelle Lebensform.

Wir benötigen qualifizierte und mit konkreten Rechten ausgestattete Beiräte, Branchen- und Themendialoge, die dauerhaft an politische Institutionen angebunden sind. So lässt sich bei der Vergabe von Fördermitteln und der politischen Rahmensetzung für den sozial-ökologischen Umbau kompetent entscheiden. Auch gegenüber öffentlichen Unternehmen sind die Bürgerinnen und Bürger mit Initiativrechten auszustatten. Zukunftsinvestitionen und



öffentliche Auftragsvergabe sollten Genossenschaften besonders fördern.

Viele Menschen haben sich in den letzten Jahren in Initiativen engagiert. Sei es in der Dorfbewegung, in Energiedörfern, bei der lokalen Agenda 21, in Loskammern, Bürgerhaushalten oder community organizing Prozessen, die insbesondere der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sozial Benachteiligter verpflichtet sind. Nur mit einer Stärkung ihrer Rechte und Möglichkeiten, z.B. durch Initiativrechte gegenüber parlamentarischen Institutionen, wird ein sozial-ökologischer Umbau möglich. Deutschland ist bei der Beteiligung von Öffentlichkeit und Verbänden bei Planungsverfahren ein Entwicklungsland. Folglich sind die Beteiligungs-, Informations- und Klagemöglichkeiten bei kommunalen und regionalen Planungsverfahren zügig auszuweiten. Nachhaltige Entwicklung ist als Pflicht- und Querschnittsaufgabe in den kommunalen Verwaltungen zu verankern.

IV. FÜR EINE LEBENDIGE DISKUSSION

Die begonnene Energiewende demonstriert täglich, dass finanzstarke, mit Ministerialbürokratien und Parteien verflochtene Gruppen nicht übermächtig sind. Die Energiewende offenbart aber auch: Ein sozial-ökologischer Um-

bau wäre wesentlich populärer, wenn Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden könnten.

Mit dem alten Denken, das im grünen Gewand Ungleichheit, Herrschaft und Ohnmacht voraussetzt, ist der Aufbruch zum Umbau nicht möglich. Aus ökologischer Perspektive wird deutlich, dass Gleichheit nicht nur ethischer Grundsatz ist. Sie ist schlicht aus praktischen Gründen wichtig. Denn »Gleiches Recht für alle« (gleiches Recht auf Naturnutzung, gleiche Pflicht zum Umweltschutz) ist die beste Maxime. Nur dann stehen Produktion und Konsumtion in ihrer Gesamtheit auf dem Prüfstand. Nur dann sind die Veränderungen demokratisch. Und nur dann kann angesichts des notwendigen Tempos der Umbau zum ureigenen Anliegen der Mehrheiten werden.

Stattdessen gehen Bundesregierung und die Oppositionsparteien davon aus, dass unsere Form der Arbeit, Produktion und Verteilung trotz immenser ökologischer Herausforderungen keiner Erneuerung bedarf.

Diese Auffassung teilen wir nicht. In Anlehnung an Albert Einstein sagen wir: Probleme kann man nie mit der Wirtschaftsweise lösen, durch die sie entstanden sind. Unsere Vorschläge verstehen wir als Diskussionsangebot. Diskutieren Sie mit, auf unseren Veranstaltungen vor Ort, auf unserer Konferenz am 26./27. Oktober 2012 in Berlin und auf:

www.plan-b-mitmachen.de

PLAN B

Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau

Eine andere, eine bessere Welt ist möglich. Eine Welt, die Kriege um Rohstoffe nicht mehr kennt. Eine Welt, in der Menschen nicht mehr hungern, weil anderswo Lebensmittel verschwendet werden oder mit ihnen spekuliert wird. Eine Welt, in der Menschenrechte nicht nur proklamiert, sondern auch garantiert werden. Eine Welt ohne Raubbau an der Natur, in der Menschen weltweit verbunden und Information und Kultur frei verfügbare Gemeingüter sind. Eine solche Welt ist denkbar, also auch möglich. Und die Bundesrepublik könnte einen wichtigen Beitrag leisten – im eigenen wie im globalen Interesse.

»Dein Name ist geändert, aber über dich wird die Geschichte erzählt.« Diese Zeile des römischen Dichters Horaz zitiert Karl Marx im Vorwort des »Kapital«. Adressiert an seine deutsche Leserschaft, die damals vielleicht meinen konnte, dass »Die Kritik der politischen Ökonomie« sich doch nur mit England befasse. Täusche dich nicht, warnt Marx. England zeige der übrigen Welt das Bild der eigenen Zukunft.

Heute ist der Platz des Vorreiters leer. Keine kapitalistische Avantgarde. Kein sozialistisches Modell. Und trotzdem: Was Europa macht oder unterlässt, ist noch immer wichtig. Aber welche Geschichte erzählen die Länder Europas? Und welche besseren Erzählungen sind denkbar und machbar?

Im Jahr 2012 läuft vieles in Wirtschaft und Gesellschaft grundsätzlich falsch. Diese Meinung ha-

ben heute breite Mehrheiten in Europa und anderswo. Deutlicher als je zuvor ist die Spaltung in Arm und Reich. Feudalkapitalismus – das ist die Realität. Kleine Schichten mit großem Vermögen fordern ihren Tribut und bekommen ihn, weil Regierungen sich erpressen lassen oder eilfertig zur Seite stehen.

Mehrere Billionen Euro und Dollar sind in den vergangenen Jahren von den Staaten an die Banken geflossen. Das Ergebnis ist grotesk. Die Anlage- und Spekulantenclubs sind wieder flüssig und machen einfach weiter wie vor dem Beinahe-Crash der Weltwirtschaft.

Im Gegenzug sind die Schulden der Staaten gestiegen. Überall werden Sparprogramme zu Lasten der sowieso schon Benachteiligten verabschiedet. Auf diese Weise zahlen Millionen unschuldiger Menschen für die Abenteuer einer kleinen Kaste.

Damit neue Perspektiven möglich werden, braucht Europa einen Neustart. Und das heißt: Unmoralische Schulden und ihr Gegenstück, unmoralische Vermögen, streichen; große Unternehmen und große Vermögen viel stärker besteuern als bisher; Banken scharf reglementieren und unter öffentliche Kontrolle



bringen; die Finanzierung der Staaten von den Finanzmärkten abkoppeln; abgehängte Staaten solidarisch unterstützen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist nur ein Teil der globalen Krise. Spekulationen auf Nahrungsmittel

treiben viele Regionen immer wieder in Hungersnöte. Und während insbesondere ärmere Menschen unter steigenden Energiepreisen leiden und viele Millionen Menschen gar keinen Zugang zu Energie haben, schlittern wir immer tiefer in die Klima- und Umweltkrise. Entscheidungen mit globaler Wirkung werden in den Hinterzimmern der G20 ausgekungelt, ohne die Interessen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen. Die schon vorher nicht besonders starken UN-Organisationen wurden im Verlauf des neoliberalen Vormarsches noch weiter entmachtet. Gleichzeitig fehlen demokratische Verfahren, die in der Lage sind, den Interessen von transnationalen Konzernen und Finanzakteuren Einhalt zu gebieten. Jeder Tag zeigt aufs Neue, dass die herrschende Wirtschaftsordnung nicht nur ungerecht, skrupellos und undemokratisch ist, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet.

Die Senken sind voll. Atmosphäre, Gewässer und Böden werden mit Schadstoffen überladen. Bei vielen Rohstoffen wird in absehbarer Zeit das Fördermaximum erreicht. Manche Ökosysteme, wie Weltmeere und Tropenwälder, sind bereits übernutzt. Ein Weiter-So ist keine

Option. Je länger die Reise auf dem falschen Weg dauert, desto härter werden die Konsequenzen.

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich die globale Wirtschaftsleistung verfünffacht. Geht man davon aus, dass die Weltbevölkerung bis 2050 von sieben auf über neun Milliarden Menschen wächst und dass diese Menschen auf dem gleichen Konsumniveau leben wie heute die reichen Länder, so müsste die Weltwirtschaft bis dahin fünfzehnmals so groß sein wie heute.

Doch schon jetzt werden pro Tag über 80 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt, die Meere um etwa 350.000 Tonnen überfischt, etwa 100 Arten ausgerottet, 50.000 Hektar Wald abgeholzt, 20.000 Hektar Ackerland zerstört. Und 30 Prozent der Weltbevölkerung leiden unter Wasserknappheit.

Angesichts dieser Zahlen ist klar, dass in den kommenden Jahren fundamentale Fragen zur Entscheidung drängen. Weiter auf einem industriellen Pfad, der zunehmend die natürlichen Lebensgrundlagen auf diesem Planeten gefährdet oder entschlossener Übergang zu einer klima- und naturverträglichen Produktionsweise? Kampf um Ressourcen oder spürbare Senkung des Rohstoffverbrauchs und Abschied vom Öl? Weiteres »Ölen« der Wachstumsmaschinerie oder Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, so dass Wachstum seinen Zwangscharakter verliert und politisch entschieden werden kann, was wachsen und was weichen soll? Für DIE LINKE ist die Antwort klar: Die Gesellschaft muss sozial-ökologisch umgebaut werden.

Die Industrieländer müssen dabei Vorreiter sein. Doch auch sie werden ökologische Herausforderungen nur dann bewältigen, wenn sich die Abwehr von Gefahren mit Visionen verbündet, die motivieren, vielleicht sogar begeistern können, wenn die Gesellschaft sozialer, demokratischer und freier wird. Nur so wird die Herausbildung neuer, mit der Umwelt verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps Akzeptanz finden. Soziale Sicherheit, verlässliche Einkommens- und Berufsperspektiven, ein Weniger an Herrschaft bei der Arbeit und in der Gesellschaft sind die Basis für ein Mehr an zwischenmenschlichen Beziehungen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Muße.

*Jeder Mensch hat ein universell
gleiches Recht auf einen Anteil
an dem, was die Erde bietet,
und eine universell geltende Pflicht,
die Lebensgrundlagen zu schützen.*

Der alte Gleichheitsanspruch muss neue Kraft entfalten: Jeder Mensch hat ein universell gleiches Recht auf einen Anteil an dem, was die Erde bietet, und eine universell geltende Pflicht, die Lebensgrundlagen zu schützen. Die Gleichheit der Nutzungsrechte und die Gleichheit der Schutzpflichten sollten zum Leitbild des globalen Handelns werden.

Wirtschaft und Gesellschaft, Macht- und Eigentumsverhältnisse dürfen nicht so bleiben wie sie sind, wenn die fällige Umkehr möglich werden soll. Gegenmodelle, die sich auf Marktinstrumente beschränken und an der herrschenden Ungleichheit nichts ändern wollen, werden sowohl an den sozialen als auch an den ökologischen Herausforderungen scheitern.

Aber wie ist das hinzubekommen? Wer ist Motor? Wer verbündet sich mit wem? Welche Vorgaben, welche Gesetze, welche Anreize sollten im Alltag tatsächlich wirken, damit es zu den erwünschten und gewollten Veränderungen kommt? Sonntagsreden schwingen können alle. Im Alltag dagegen herrschen die unmittelbaren Gegenwartsinteressen, die Besitzstände, die alten Gewohnheiten. Irgendwann ist dieses Dilemma aufzulösen. Und dieses Irgendwann ist jetzt.

Das vorliegende Papier soll ein Denkanstoß sein und zur Diskussion einladen. Wir behandeln in diesem Papier die notwendigen Schritte zum sozial-ökologischen Umbau. Der kann aber in hinreichender Tiefe und Breite, mit Tempo nur dann gelingen, wenn er durchgehend als soziales, wirtschaftliches und demokratisches Erneuerungsprojekt angelegt ist. Anders gesagt: Der Umbau muss in kräftigem Rot auftreten, wenn er ökologisch werden soll.

Zugleich sagen wir aber auch: Die Frage, wie ein auf Ungleichheit und Raubbau an der Natur gegründetes Wirtschaftsmodell hinreichend schnell und umfassend zu ändern ist, kann bislang niemand befriedigend beantworten. Eben deshalb wollen wir mit diesen Thesen die Diskussion beschleunigen und intensivieren.

Bei der Debatte fangen wir nicht bei null an. Die Arbeiten von umwelt- und entwicklungspolitischen Initiativen und sozialökologisch orientierten Wissenschaften bieten ebenso wertvolle Ansatzpunkte wie die parlamentarische Arbeit der LINKEN. Die Diskussion muss aber die sozialen Herausforderungen stärker mit den ökologischen Notwendigkeiten verknüpfen. Sie wird, so hoffen wir, zwei Resultate haben: realistische Visionen und ein klareres Verständnis der notwendigen Schritte.

I. DER ROTE FADEN FÜR DEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAU.

Was sich ändern muss, damit Ökologie, Gerechtigkeit und Demokratie Hand in Hand gehen können

Mehr Wachstum« – das war jahrzehntelang das wichtigste Motto der Wirtschaftspolitik. Wegen der kurzfristigen Effekte ist das populär. Konjunkturelle Aufschwünge stabilisieren die Beschäftigung, sorgen für steigende Steuereinnahmen und solidere Sozialkassen. All das sei unverzichtbar, heißt es, Wachstum also der Königsweg.

Aber ein Wachstumsmodell, das sich auf soziale Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung gründet, darf nicht Grundlage für die Zukunft sein. Entscheidungen mit längerfristiger Perspektive und die Berücksichtigung langer Zyklen in der Natur stehen in tiefem Widerspruch zum kurzfristigen Profitkalkül. Und gerade in den Industrieländern haben wir es ohnehin mit tendenziell sinkenden Wachstumsraten zu tun. Deshalb braucht es ein neues Wirtschaftsmodell, das Stabilität, Gerechtigkeit und ökologische Grenzen miteinander verbindet.

Längst ist offensichtlich, dass ein steigendes Bruttoinlandsprodukt nicht automatisch zu mehr Wohlstand führt. Sozial-ökologischer Umbau orientiert sich nicht an der Wachstumsfrage, sondern an einer Entwicklung, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit sichert. Eine deutlich gerechtere Verteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeitszeiten ist ebenso ein zwingendes Element eines ökologischen Wirtschaftsmodells wie globale (Umwelt)Gerechtigkeit und die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

GLOBALES RECHT STATT PLÜNDERUNG DES PLANETEN.

Ökologische Grenzen anerkennen, Verpflichtungen eingehen, in den Industrieländern vorangehen

Ob Erderwärmung, Abholzung der Tropenwälder, Überfischung und Versauerung der Weltmeere oder rapide Vernichtung der biologischen Vielfalt – die Auswirkungen der globalen Umweltkrisen treffen als erstes die Menschen im globalen Süden. Sie treffen damit zuerst



Sozial-ökologischer Umbau orientiert sich nicht an der Wachstumsfrage, sondern an einer Entwicklung, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit sichert.

diejenigen, die am wenigsten zum ökologischen Desaster beigetragen haben. Exemplarisch wird im Folgenden an den Beispielen Klimawandel und Rohstoffpolitik dargestellt, welche Strukturen zu

Umweltkrisen führen, welche sozialen Auswirkungen diese haben und was getan werden muss, um die Entwicklung zu stoppen.

Der Klimawandel verlangt neue Einsichten und neue Konsequenzen. Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es eine weltweite, konkrete Aufgabe – nämlich die globale Erwärmung auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Dabei ist davon auszugehen, dass die früh industrialisierten Länder (OECD) ihre Emissionen und ihren Naturverbrauch massiv reduzieren müssen, um den Völkern im globalen Süden Entwicklungschancen zu lassen. Darüber hinaus müssen die ökologischen Schulden auch durch den Transfer von Geld und Technologien beglichen werden.

In der Vergangenheit ist es gelungen, dort Fortschritte zu erzielen, wo sich Probleme des Umweltschutzes und des Naturerhalts klar eingrenzen lassen. Beispiele sind etwa die Rauchgasentschwefelung von Kraftwerken, das FCKW-Verbot von Kühlgeräten und diverse Grenzwerte für Schadstoffe in Produkten und Produktionsprozessen. Insgesamt blieb die



Umweltpolitik allerdings reagierend, nachsorgend, reparierend. Sie stellt sich den einzelnen Problemen in der Regel erst, wenn offensichtliche und negative Folgen nicht mehr zu ignorieren sind.

Bislang dominiert die Auffassung, dass es möglich sei, die herkömmliche Wirtschaftsweise sowie ihre Steuerungs- und Anreizregeln ökologischer zu gestalten, ohne sie substantiell zu verändern. Die Realität bestätigt diese Einschätzung nicht. Umweltschutz bisheriger Art ist unzureichend, weil ein systematischer Ansatz zur vorsorgenden Minderung der ökologischen Lasten und ihrer sozial gerechten Verteilung fehlen. Das gilt besonders für die großen Verbrauchskomplexe Energie, Industrie, Verkehr und Agrarwirtschaft. Ein bisschen Feinsteuerung an den Gesetzesschrauben wird offenkundig nicht reichen.

Ein bisschen Feinsteuerung an den Gesetzesschrauben wird offenkundig nicht reichen.

Ebenso wenig begründet wäre alleiniges Vertrauen auf internationale Abkommen, etwa in der Klimapolitik.

»Das Kyoto-Protokoll ist tot«, verkündete der ehemalige Chef des UN-Klimasekretariats Yvo

de Boer im Juni 2011. Über zwei Jahre nach dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen steckt die internationale Klimadiplomatie in der Sackgasse. Ein Nachfolgeabkommen für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ist nicht in Sicht. Und 18 Jahre nach Verabschiedung der UN-Klimakonvention auf dem Erdgipfel von Rio (1992) war der globale CO₂-Ausstoß im Jahr 2010 so hoch wie nie. Deutschland steht im Vergleich zu 1990 relativ gut da – allerdings vor allem wegen der De-Industrialisierung und der radikal reduzierten Tierhaltung in Ostdeutschland. Weltweit wird jedoch das auf dem UN-Klimagipfel in Cancún (2010) beschlossene Ziel, die globale Erwärmung auf zwei Grad begrenzen zu wollen, kaum mehr zu erreichen sein.

Ein häufig gehörtes Argument lautet: Alleine voranzuschreiten, während es auf internationaler Ebene keine Einigung gebe, bringe nichts, da der Klimawandel ein globales Problem sei. Das genaue Gegenteil ist richtig. Ein entschiedener sozial-ökologischer Umbau auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene ist ein konkreter Beitrag im Kampf gegen den globalen Klimawandel und für weitere Fortschritte im internationalen Verhandlungsprozess.

Entscheidend ist, dass der ökologische Fußabdruck eines jeden Menschen so reduziert wird, dass auf dem Globus niemand auf Kosten der anderen lebt und allen die gleichen Möglichkeiten offen stehen. Wie der Fußabdruck entsteht, ist der individuellen Freiheit überlassen, aber keine individuelle Aufgabe. Es kommt darauf an, die



Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein ressourcenschonendes Leben für alle attraktiv wird.

Deutschland muss konsequent dazu beitragen, die wechselseitige Zuweisung von Verantwortung zu überwinden. Konkret heißt das vor allem: Halbierung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020, konsequenter Ausbau erneuerbarer Energien bei gleichzeitig effizienterem und sparsamerem Umgang mit Energie, kein Neubau von Kohlekraftwerken, Mobilität für alle ermöglichen durch einen bezahlbaren und auszubauenden öffentlichen Nahverkehr statt Festhalten am Leitbild individueller Automobilität.

Mit einer solchen Strategie würde Deutschland nicht nur im Klimaschutz globale Verantwortung übernehmen. Sie wäre auch ein Beitrag zur Friedenspolitik. Je mehr die Industrieländer ihre Emissionen vermindern, desto weniger entstehen schwere Konflikte in armen Ländern. Denn vor allem für arme Länder bedeutet der Klimawandel: Verlust von Lebensraum und existenzieller Kampf ums Wasser.

Zur Verantwortung der Industrieländer gehört deshalb auch die finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer, damit sie sich an den heute nicht mehr gänzlich vermeidbaren Klimawandel

und dessen Folgen anpassen können. Deutschland wolle dafür 1,3 Milliarden Euro in den Jahren 2010 bis 2012 zur Verfügung stellen, versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende 2009 auf dem Kopenhagener Klimagipfel. Diese Gelder sollten »neu und zusätzlich« sein und keine Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit abziehen. Doch »neu und zusätzlich« sind für die Jahre 2010 bis 2012 bislang lediglich knappe 140 Millionen Euro im Bundeshaushalt vorgesehen.

Neben dem Klimawandel wird auch die Verfügbarkeit von Ressourcen zu einem immer drängenderen Problem. Viele natürliche Ressourcen, von denen derzeit die wirtschaftliche Entwicklung abhängt, drohen übernutzt zu werden. Die Nachfrage nach Rohstoffen ist seit der Jahrtausendwende massiv gestiegen. Die dadurch angetriebene Ausbeutung von entlegenen Rohstoffvorkommen hat dramatische Folgen für die Umwelt und die Menschen vor Ort. Vor dem Hintergrund steigender Rohstoffpreise wird die Ausbeutung unkonventioneller Vorkommen immer lukrativer. Die Frage ist weniger, ob die Rohstoffe versiegen, sondern ob es gelingt, solche Rohstoffe zu ersetzen und Mechanismen zu verankern, die dazu führen, dass diese Rohstoffe in der Erde verbleiben.

Durch den Raubbau werden nicht nur bisher unberührte Naturräume zerstört und indigene Bevölkerungen vertrieben. Auch der Einsatz von Chemikalien, Energie und billigen Arbeitskräften steigt bei der Ausbeutung schwer zugänglicher Ressourcenvorkommen. Bedingt

durch die ungleiche geographische Ressourcenverteilung gibt es mehr Konflikte um Rohstoffe. Während die Industrieländer durch die Nutzung der Ressourcen in anderen Ländern 80 Prozent der globalen Wertschöpfung erbringen, entfallen auf sie nur 20 Prozent der ökologischen und sozialen Folgen des Ressourcenverbrauchs.

Verteilungskämpfe um Ressourcen waren in der Geschichte stets Treiber militärischer Konflikte. Auch heute stecken hinter Militärinterventionen, die vermeintlich im Namen der Freiheit oder gegen den Terrorismus starten, vor allem strategische Rohstoffinteressen. »Kein Blut für Öl!« war folglich auch der Protest-Slogan der Friedensbewegung gegen die beiden Golfkriege. Auseinandersetzungen um Bodenschätze heizen bestehende regionale Konflikte an oder verlängern diese mit Einnahmen aus Rohstoffgeschäften. Lokale Kriegsfürsten finanzieren durch den Zugriff auf Bodenschätze Waffen und Truppen. In den 90er Jahren spielten in jedem vierten bewaffneten Konflikt Rohstoffe wie Öl und Erdgas, Mi-

neralien und Metalle, Edelsteine, Holz, Agrarerzeugnisse, Kaffee und Drogen eine wichtige Rolle. Die wachstumsgetriebene Plünderung immer schwerer zugänglicher Bodenschätze treibt solche Entwicklun-

gen voran. Sie verschlechtert die Chance, diese Welt friedlicher zu machen, ebenso wie die zunehmende Nachfrage nach Landnutzung. So führt der Boom der Agroenergien in den Industriestaaten häufig zu brutalem Landraub, Vertreibungen und Waldrodungen in Indonesien, Brasilien oder anderen Ländern des globalen Südens.

Eine nachhaltige Ressourcenpolitik, die sowohl die Entwicklungsinteressen der Länder des Südens als auch soziale Bedürfnisse in den Industrieländern berücksichtigt, ist bisher weder auf nationaler noch auf europäischer oder gar globaler Ebene erkennbar. Die schwarze Bundesregierung fordert gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie freien Zugriff auf die Rohstoffquellen. Das heißt: In den Rohstoffländern sollen Investitionsbeschränkungen ebenso beseitigt werden wie Exportzölle bei der Ausfuhr von Rohstoffen und Exportquoten. Diese neokoloniale Politik hindert die Länder des globalen Südens daran, ihre Rohstoffe nachhaltig zu nutzen und ihre Entwicklung im Interesse ihrer Bevölkerung und der Umwelt zu lenken.

Die Durchsetzung neuer Zukunftstechnologien oder einer ressourcenschonenden Produktionsweise wird überwiegend dem Markt überlassen. Zwar konnte in vielen Industriestaaten eine relative Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Ressourcenverbrauch erreicht werden. Die notwendige absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs steht allerdings in weiter Ferne. Erstes Leitprin-

Vor allem für arme Länder bedeutet der Klimawandel: Verlust von Lebensraum und existenzieller Kampf ums Wasser.

zip einer alternativen Ressourcenpolitik muss es sein, Produktion und Konsum auf Ressourcenersparnis, geschlossene Stoffkreisläufe und Wiederverwertung umzustellen.

Ehrgeizige Obergrenzen und Reduktionsziele für Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstöße müssen auf allen Ebenen umgesetzt werden.

Unabhängig von Rückschlägen in der Vergangenheit muss das Ziel weiter verfolgt werden, auf allen Ebenen – national, europäisch und global – ehrgeizige Obergrenzen und Reduktionsziele für Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstöße umzusetzen. Dann wären die Industrieländer weniger von Rohstoffzufuhren abhängig. Chancen für eine globale Ressourcengerechtigkeit würden eröffnet. Der Rohstoffabbau darf nur unter sozialen und ökologischen Bedingungen und demokratischer Teilhabe der jeweiligen Region stattfinden. Der Rohstoffhandel darf nur zu gerechten Preisen erfolgen. Nötig ist neben der Bekämpfung der Spekulation mit Rohstoffen auch ein internationaler Verhandlungsprozess im Rahmen der UN. In solchen Verhandlungen sind ökologische Grenzen, Ressourcenverteilung, faire Eigentumsrechte und Nutzungsentgelte sowie soziale und demokratische Mindeststandards zu klären. Globales Recht statt Plünderung des Planeten – das sollte die Leitlinie sein.

GLEICHHEIT STATT KLASSENSPALTUNG.

Das Falsche verteuern, das Richtige belohnen, allen Menschen die Chance zu ökologischem Verhalten eröffnen

Gerechtigkeit ist ein zentrales ökologisches Thema – nicht nur international, sondern auch im eigenen Land. Denn jede Verteuerung des Ressourcenverbrauchs stößt schnell an Ak-

zeptanzgrenzen, weil höhere Preise Arme wie Normalverdienende spürbar belasten, die Reichen dagegen kaum. Deshalb gehört zu jeder ernsthaften ökologischen Problemlösung auch die Verteilungsfrage. Das heißt: Die oberen Einkommen kappen und die unteren stärken. Das Gegenteil zu tun, war das große Versagen von Rot-Grün und nachfolgender Koalitionen. Wer die Ungleichheit massiv vorantreibt, wer Millionen Menschen die Planungsgrundlage für das alltägliche Leben raubt, verbreitet Angst statt Zuversicht.

Die Bundesrepublik ist ein reiches und wirtschaftlich leistungsfähiges Land. Aber der Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Deshalb kommt es darauf an, Umverteilung und Umbau direkt miteinander zu verknüpfen und die krassen sozialen Unterschieden im Interesse einer lebenswerten Zukunft zu beseitigen. Dann ist auch klar, dass die gesellschaftliche Diskussion über die notwendigen großen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht vom Standpunkt der Bedrängnis und leerer öffentlicher Kassen geführt werden muss.

Derzeit ist es vor allem eine gut verdienende Mittelschicht, die gut gedämmt und mit einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach wohnt, die sich die Lebensmittel vom Bio-Laden oder Bio-Bauernhof holt und ein Hybridauto leisten kann. Das ist keine gesamtgesellschaftliche Lösung. Der sozial-ökologische Umbau muss alle Menschen mitnehmen.

Um die Spaltung der Gesellschaft einzudämmen, hat DIE LINKE in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert, dass Reiche und Vermögende deutlich stärker als bisher für die Finanzierung gesellschaftlicher Reformen herangezogen werden. Deshalb wollen wir die Einkommensteuer verändern, geringere und mittlere Einkommen entlasten und höhere Einkommen stärker besteuern. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer und eine wesentlich höhere Besteuerung großer Erbschaften. Ebenso halten wir es für geboten, größere Unternehmen deutlicher an den gesellschaftlichen Lasten

zu beteiligen und spürbare Steuern auf Finanzgeschäfte zu erheben.

Deutschland wäre nicht länger ein Niedrigsteuerland für Wohlhabende. Es sollte zumindest das Besteuerungsniveau vergleichbarer europäischer Länder erreichen. Darüber hinaus sind diese Korrekturen ein wichtiger Beitrag zum sozial-ökologischen Umbau, weil die entstehenden zusätzlichen Einnahmen die Gestaltungskraft der öffentlichen Hand stärken.



DER UTE-FONDS. EIN DISKUSSIONSANGEBOT

Die Energiepreise sind bereits auf einem hohen Niveau und werden künftig weiter steigen. Vor diesem Hintergrund wird immer wieder die Forderung erhoben, die Preise von Strom, Gas, Öl und Kraftstoffen zu stabilisieren, indem energiebezogene Steuern und Abgaben gesenkt werden. Das aber wäre unter ökologischen Gesichtspunkten fatal. Denn fossile Energieträger sollten teurer werden, damit Anreize entstehen für mehr Energieeffizienz und für die breite Anwendung erneuerbarer Energien. Gleichzeitig müssen die Energiepreise auch für Haushalte mit niedrigeren Einkommen bezahlbar bleiben.

Deshalb ist es an der Zeit, die beiden Ziele »Gerechtigkeit« und »Ökologie« unmittelbar zu verknüpfen. Mit einem Umwelt-Transaktions-Einkommen (UTE) kann diese direkte Verbindung von sozialen und ökologischen Anliegen hergestellt werden. Die Idee, die dem UTE-Fonds zugrunde liegt, lautet: Wer viel fossile Energie verbraucht und deshalb die Umwelt strapaziert, zahlt an diejenigen, die das nicht tun. So erhält die Umverteilung ein klares ökologisches Maß. Die praktische Umsetzung ist auf einfache Weise denkbar, wenn die Energiesteuern anders als bisher verwendet werden.

Heute wandern die Energiesteuern als Einnahme in die öffentlichen Haushalte und finanzieren entweder allgemeine öffentliche Aufgaben oder stabilisieren die Beiträge zur Rentenversicherung. Der UTE-Fonds dagegen ist ein Instrument des Umbaus. Die Einnahmen aus der Besteuerung von Strom, Erdgas, Heizöl, Kraftstoffen und Flugverkehr (gegenwärtig rund 50 Milliarden Euro) werden für soziale und ökologische Zwecke ausgezahlt. Entweder direkt an die Bevölkerung: Dann ergibt sich pro Kopf eine jährliche UTE-Zahlung von aktuell 610 Euro. Oder das Aufkommen wird gesplittet: ein Teil dient der Finanzierung zentraler Umbau-Aktivitäten (beispielsweise energetische Gebäudesanierung oder fahrscheinloser/kostengünstiger ÖPNV), und der dann geringere Teil verbleibt für die individuelle Auszahlung. In beiden Fällen zahlen die eher Wohlhabenden, die viel Energie verbrauchen und deshalb überdurchschnittlich Energiesteuern zahlen, mehr in den Fonds ein als sie entnehmen. Bei denjenigen, die über geringere Einkommen verfügen und weniger Energie verbrauchen, ist es umgekehrt: Sie profitieren deutlich vom UTE-Fonds. Dies funktioniert allerdings nur, wenn die UTE-Zahlung nicht mit einer etwaigen Mindestsicherung verrechnet wird.

Auf dieser Grundlage ökologischer und sozialer Fairness sollte es dann möglich sein, einen Pfad der geplanten, stetigen und fühlbaren Erhöhung von Energiesteuern zu vereinbaren. So könnte der UTE-Fonds die großen Herausforderungen Energie, Klima und Umwelt zu einem direkten, finanziell spürbaren und durchgehend sozial organisierten Anliegen machen.

Offene Frage:

UTE-Fonds: Instrument für die Verbindung von sozialer und ökologischer Umverteilung oder Individualisierung von staatlichen Aufgaben?

Selbstverständlich hätte die Einrichtung eines UTE-Fonds erhebliche Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte. Die Ökosteuer, die gegenwärtig der Subventionierung des Rentensystems dient, stünde für diesen Zweck nicht mehr zur Verfügung. Die Probleme kann man durch neue Finanzierungsinstrumente (Einbeziehung aller Einkommen ohne Beitragsbemessungsgrenze, Anhebung von Vermögenssteuer, etc.) lösen. Oder man richtet den UTE-Fonds nur für zusätzliche Einnahmen durch eine Erhöhung von Umweltsteuern ein.

Gleichwohl gilt es, die Idee eines UTE-Fonds gegenüber anderen Instrumenten abzuwägen, die sich ebenfalls das Ziel setzen, den sozial-ökologischen Umbau zu befördern. Deshalb werden nachfolgend die möglichen Vorteile und Nachteile eines UTE-Fonds genannt.

Vorteile des UTE-Fonds

1. Der UTE-Fonds macht das ökologische Anliegen sozial und das soziale Anliegen ökologisch. Er schmiedet ein Bündnis zwischen Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Das Verursacherprinzip kommt voll zur Geltung. Wer überdurchschnittlich fossile Energie verbraucht, zahlt drauf. Wer unterdurchschnittlich verbraucht, erhält einen Bonus.

2. Der UTE-Fonds ermöglicht einen neuen Anlauf für die ökologisch gebotene Verteuerung fossiler Energie. Gegenwärtig ist das aus zwei Gründen praktisch nicht möglich. Erstens gilt für die privaten Haushalte, dass jede Verteuerung des Energieverbrauchs durch Steuern/Abgaben/Umlagen negative Verteilungswirkungen hat, wenn die jeweilige Zusatzbelastung nur auf den individuellen Verbrauch zielt und keine sonstigen Ausgleichsmaßnahmen enthält. Zweitens hat jeder Investitionsanreiz (Subventionen, Marktanreize) negative Verteilungswirkungen, wenn der jeweilige Anreiz faktisch nur den investitionsfähigen (meistens auch Wohneigentum besitzenden) Haushalten vorbehalten bleibt, die damit ihre Kosten senken und/oder Renditen erzielen. Der UTE-Fonds hebt diese negativen Verteilungswirkungen auf und wirkt umso sozialer, je teurer die fossile Energie wird. Künftig können alle Energiesteuern, die in den Fonds fließen, gezielt und stetig, mit festen und verbindlichen Steigerungsraten, erhöht werden. So wird allen Bürgerinnen und Bürgern signalisiert, dass fossile Energie teurer wird. Ob dann auch das Aufkommen steigt, hängt vom Sparverhalten ab. Sinnvoll ist es, die Steuern so steigen zu lassen, dass der gewünschte Anreiz wirklich zu spüren ist.

3. Der UTE-Fonds ermöglicht ärmeren Haushalten »ökologische Investitionen«. Heute sind Haushalte mit geringeren Einkommen von steigenden Energiepreisen doppelt negativ betroffen: ihr Energiekostenanteil

ist relativ hoch, und sie haben nicht das Geld, um in effiziente Geräte oder erneuerbare Energien zu investieren. Beim UTE-Fonds dagegen gehören är-

mere Haushalte zu den Netto-Empfängern. Dieser positive Einkommenseffekt kann die Anschaffung sparsamer oder umweltschonender Geräte fördern.

4. Der UTE-Fonds ist ausbaufähig. Bei einer weitgehenden Abschaffung fragwürdiger Subventionen würde das Aufkommen erheblich steigen. Umweltbundesamt und Greenpeace schätzen, dass in Deutschland gegenwärtig fossile Energieträger beziehungsweise entsprechende Verbrauchsstrukturen in einem Umfang von rund 50 Milliarden Euro begünstigt werden. Davon profitiert beispielsweise der Flugverkehr (keine Besteuerung von Kerosin und Flugbenzin, Subvention: 11,5 Milliarden Euro). Würde man die falschen Subventionen fossiler Energien schrittweise auf null zurückführen, würde der UTE-Fonds ein Volumen von 100 Milliarden Euro erreichen. Das entspräche bei einer Vollausszahlung einem jährlichen Betrag von rund 1.000 Euro je Person.

5. Der UTE-Fonds kann kulturell positiv wirken. Radfahren, Bahnfahren und Zufußgehen wird cool, weil ökologisch und intelligent. Gemeinsames Wohnen, ob in Familien oder Wohngemeinschaften, wird belohnt, weil Mehrpersonenhaushalte pro Kopf einen tendenziell geringeren Energieverbrauch haben.

Nachteile des UTE-Fonds

1. Beim skizzierten Modell bekommt jede(r) Bürgerin und Bürger eine Teilsumme der gesamten Ökosteuer-Einnahmen zurückerstattet, unabhängig von Bedürftigkeit und Einkommen. Dies muss die soziale Abfederung des ökologischen Umbaus enorm verteuern, da nicht nur untere Einkommen Kompensationen erhalten, sondern auch der soziale Mittelstand und Großverdienende. Tendenzial vermindert dieses Konzept also die Kompensationssummen, die für untere Einkommensgruppen oder für soziale Komponenten bei Klimaschutzinvestitionen (z.B. Sicherung der Warmmietenneutralität bei der energetischen Gebäudesanierung) zur Verfügung ständen. Zudem benötigt auch die soziale Abfederung des industriellen Strukturwandels erhebliche finanzielle Mittel. Denn der sozial-ökologische Umbau wird in vielen Fällen nicht zur selben Zeit, am gleichen Ort und in gleicher

Qualifikation Arbeitsplätze schaffen, wo Jobs in wenig zukunftsfähigen Branchen wegfallen. Solche Brüche durch Qualifikation, Umzugshilfen und großzügige Ruhestandsregelungen etc. zu finanzieren, ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit.

2. Das UTE-Modell macht den UTE-Fonds zu einem zentralen Instrument des sozial-ökologischen Umbaus. Warum eigentlich? Andere existierende oder geforderte Instrumente, wie das Erneuerbaren-Energien-Gesetz, das KWK-Gesetz (beides Markteinführungs- und Kostenumlage-systeme), Gesetze und Verordnungen zur Erhöhung der Energieeffizienz (im Gebäudebereich, in der Industrie etc.), oder rein ordnungspolitische Vorgaben, wie ein künftiges Kohle-Ausstiegsgesetz, Top-Runner-Programme oder Tempolimits sind in der Regel ökologisch deutlich wirksamer, zielgenauer und damit preiswerter. Sie sollten im Mittelpunkt linker Umweltpolitik stehen und gegebenenfalls weiter ausgearbeitet werden. Dagegen eine Ökosteuer so hoch zu treiben, dass bestimmte Produkte nicht mehr hergestellt oder nachgefragt werden, ist regelmäßig teurer und unsozialer, als dieses Ziel über staatliche Vorgaben und konkrete Anreize, etwa zur Effizienz oder Produktgestaltung, zu erreichen. Denn in letzteren Fall müssen nur die Hersteller die Kosten der Produktionsumstellung tragen, von denen sie natürlich einen Teil auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abwälzen werden. Bei einer Ökosteuer, etwa auf Energie, werden jedoch sämtliche Konsumenten über alle Produkte zur Kasse gebeten. Darum sollten Ökosteuern andere, direktere Instrumente nur unterstützend ergänzen, wenn das sinnvoll möglich ist.

3. Das UTE-Modell will sämtliche oder einen Großteil der Einnahmen aus »Ökosteuern« an die Bürgerinnen und Bürger zurückverteilen. Mit den genannten 50 Milliarden Euro werden aber zur Zeit nicht nur zweifelhafte Vorhaben, wie überflüssige Autobahnen (A100, A14) oder sinnlose Prestigeobjekte (Stuttgart 21) finanziert. Denn alle Einnahmen gehen in den allgemeinen Haushalt ein und finanzieren auch soziale und kulturelle Infrastruktur sowie bestehende Transferleistungen. Aus welchem Topf sollen diese Lücken geschlossen werden?

4. Die vollständige Rückverteilung von Ökosteuern hätte einen krassen Fall eines sogenannten Rebound-Effektes zur Folge: Eigentlich

Effizienz erhöhende Maßnahmen führen zu Einkommenseffekten, die wiederum einen zusätzlichen Konsum an anderen Stellen auslösen. In der Folge wird der Ressourcenverbrauch netto wenig oder gar nicht gemindert. Solche Effekte lassen sich zwar kaum gänzlich vermeiden, sollten an dieser Stelle aber zumindest für mittlere und hohe Einkommen vermieden werden. Darum wäre eine Auszahlung an Alle ein ökologischer Schuss ins Knie.



GARANTIERTE TEILHABE STATT STÄNDIGE UNSICHERHEIT.

Einkommen sichern, öffentliche Güter allen zugänglich machen, Arbeit verteilen

Soziale Nachhaltigkeit ist ein eigener Anspruch, der sich aus dem Nachhaltigkeitskonzept und den sozialen Rechten der Charta der Menschenrechte ergibt. Wesentliche soziale Grundrechte sind weltweit einklagbar zu realisieren und in Deutschland in der Verfassung festzuschreiben:

- gesicherte Teilhabe an den menschlichen Grundbedürfnissen wie Ernährung, Zugang zu Wasser, Gesundheit, Mobilität, Sorge und Versorgung,
- Recht auf Arbeit und gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und am sozialen, politischen und kulturellen Leben durch Erneuerung des Sozialstaats, Sicherung der Daseinsvorsorge und umfassender Demokratisierung der Gesellschaft.

Ein sozial-ökologischer Umbau bedeutet auch einen grundlegenden Wandel der individuellen und gesellschaftlichen Werte. Wie viel Konsum und Naturverbrauch brauchen wir, um glücklich zu sein? Wie können wir das Gemeinwesen und die Solidarität in der Gesellschaft stärken? Wie können wir die jahrzehntelange Ausbeutung der Menschen in den Ländern des Südens beenden und sie beim Aufbau von Strukturen für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen?

Statt immer mehr Reichtum für wenige Menschen wollen wir ein gutes Leben für Alle. Das bedeutet eine gesellschaftliche Umverteilung von Vermögen, Arbeit und Einkommen.

Das Ausmaß und die Art der Naturnutzung müssen sich in Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend ändern. Sowohl unter demographischen wie ökonomischen Gesichtspunkten gehen wir von sinkenden Wachstumsraten in den Industrieländern aus. Der sozial-ökologische Umbau ist dabei keine Bedrohung, sondern Voraussetzung für den Erhalt und die Schaffung zukunftsfähiger Beschäftigung.

All das bedeutet selbstverständlich auch: Die Arbeitsplätze bleiben nicht so wie sie sind, manche fallen ganz weg, andere kommen hinzu. Kurzfristig und mittelfristig wird die Beschäftigungsbilanz eines sozial-ökologischen Umbaus positiv sein, wenn es zu massiven Investitionen kommt, die alte Strukturen in der Energieversorgung, im Verkehrssystem, in der Industrie und in der Agrarwirtschaft ablösen.

Obwohl unterm Strich mehr Arbeitsplätze entstehen als wegfallen, erzeugt schneller Wandel dennoch Angst, wenn der Verlust des eigenen Arbeitsplatzes droht. Denn vom Arbeitsplatz hängt vieles ab. Vor allem das Einkommen, aber auch soziale Beziehungen und Netzwerke, gesellschaftliche Anerkennung und nicht selten die Lebensperspektiven insgesamt. Der eigene Jobverlust ist umso bedrohlicher, je höher die Erwerbslosigkeit und je geringer damit die Wahrscheinlichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Deshalb muss man diese wichtigen sozialen Fragen in aller Deutlichkeit stellen: Wie soll in einer Atmosphäre der Angst und der Massenerwerbslosigkeit der schnelle Umbau der Produktions- und Lebensweise gelingen? Wie soll in einer solchen Atmosphäre eine breite Unterstützung für eine ökologische Wirtschaftsweise heranwachsen? Wäre es nicht notwendig, konsequent die wirkliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit, eine soziale Grundicherung und gute Arbeit anzustreben, damit die große Veränderung von Produktion und Konsum ohne sozialen Druck in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Anstrengungen rücken kann?

In den vergangenen Jahren ist bekanntlich auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik das Gegenteil von dem passiert, was eigentlich notwendig wäre. Mehr Unsicherheit statt mehr Verlässlichkeit. Weniger Rechte für Erwerbslose und Beschäftigte statt mehr öffentliche und unternehmerische Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen. Wachsende Armut und Diskriminierung durch Hartz IV, mehr Leiharbeit, Minijobs und unbezahlte Praktika statt gut bezahlte Voll- und Teilzeit-Arbeitsplätze. Seit 15 Jahren stagnieren-

de Löhne statt fairer Anteil am Fortschritt der Produktivität.

Tarifautonomie als grundlegendes demokratisches Recht wird ausgehöhlt. Die Steigerung der Arbeitsanforderungen führt zu massiven Gesundheitsschäden.

Wer den ökologischen Fortschritt will, muss für Angstfreiheit im Wandel sorgen. Deshalb muss eine Politik garantierter Teilhabe die Arbeitsmarktpolitik bisheriger Art ablösen. Geschieht

das nicht, wird auch künftig die Parole ertönen: »Alles für das Wirtschaftswachstum, Gewinne maximieren, Arbeit billiger machen.« Das bessere Motto – sowohl ökologischer als auch sozialer – lautet: »Alles für einen naturverträglichen Wohlstand, mehr Gleichheit, Teilhabe sichern, Arbeit fair teilen.« Dazu bedarf es einer umfassenden Erneuerung des Sozialstaats. Dazu gehört die Abschaffung von Hartz IV durch eine bedarfsdeckende und sankti-

onsfreie Mindestsicherung. Im Prozess des Umbaus muss das viel zitierte Recht auf Arbeit Wirklichkeit werden. Dazu muss dieses Recht gesetzlich geregelt und einklagbar gestaltet werden.

Erstens ist ein neues und wirkungsvolles Arbeitszeitgesetz erforderlich. Die höchstzulässige durchschnittliche Wochenarbeitszeit soll unverzüglich auf 40 Stunden sinken. Perspektivisch streben wir eine Obergrenze von 35 Stunden, längerfristig von 30 Stunden an. Wir wollen, dass dabei für die Beschäftigten ein Lohnausgleich gesichert wird. Statt auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität wird auf die Steigerung der Materialproduktivität gesetzt. Damit entstehen neue Verteilungsspielräume. Die Mitbestimmungsrechte von Personal- und Betriebsräten sind im Hinblick auf Personal- und Stellenpläne zu erweitern. So ist zu erreichen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu mehr Beschäftigung führt und der Leistungsdruck abgebaut wird. Selbstverständlich sind Leiharbeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung zu beenden und Arbeitsplätze zu schaffen, die den Kriterien der Guten Arbeit entsprechen. Der Tarifautonomie ist durch Stärkung von Allgemeinverbindlichkeit und einklagbaren Rechten wieder mehr Geltung zu verschaffen. Vom Strukturwandel betroffenen Beschäftigten werden bezahlte und gesicherte Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in Transferegesellschaften für

Wer den ökologischen Fortschritt will, muss für Angestrengtheit im Wandel sorgen..

zwei Jahre gesichert. Und wir müssen die sozialen Sicherungssysteme unter diesen Bedingungen langfristig zukunftsfähig gestalten.

Zweitens spielt der Ausbau des öffentlichen Sektors eine wichtige Rolle für die soziale Teilhabe. Wird die Daseinsvorsorge

zurück in die öffentliche Hand geholt, können Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Gestaltung ihrer unmittelbaren Umwelt nehmen. Natürlich setzt das eine umfassende Demokratisierung der Kommunen, ihrer Dienstleistungen und wirtschaftlichen Aktivitäten voraus. Gesundheitsversorgung, Nahverkehr, Wohnen und Bildung werden dem Profitstreben entzogen und können auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger abgestimmt werden. Es kann und darf nicht sein, dass der Geldbeutel über den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen entscheidet. Gleichzeitig kann der sozial-ökologische Umbau dieser Gesellschaftsbereiche leichter umgesetzt werden, wenn sie dem schrankenlosen Gewinnstreben der Privatwirtschaft entzogen sind.

Bessere Versorgung, mehr Gleichheit in der Gesellschaft, gleiche Chancen für Frauen, eine innovativere Wirtschaft und ein höheres Einkommensniveau – unsere skandinavischen



Nachbarn machen es vor. Würde sich Deutschland an diesem Beispiel orientieren und den öffentlichen Sektor schrittweise so ausbauen wie er in Skandinavien bereits existiert, könnten zudem dringend nötige Arbeitsplätze in einer Größenordnung von bis zu zwei Millionen entstehen.

Drittens darf ein sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft nicht bei den »harten« Sektoren wie Industrie, Energie, Verkehr oder Agrarwirtschaft stehen bleiben. Letztlich geht es auch um eine Aufhebung der Teilung von Frauen -und Männerarbeit. Das bedeutet gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit und eine tarifliche Neubewertung von »frauentypischen Berufen«. Es geht um den Abschied vom »Ernährermodell«.

Viertens reicht es nicht aus, nur die Erwerbsarbeit in den Blick zu nehmen. Stattdessen müssen die vier Bereiche des Lebens – Erwerbsarbeit, Reproduktion, kulturelle Arbeit und politische Arbeit – zusammengedacht werden. Wenn wir eine umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft fordern, müssen die Menschen auch Zeit haben, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Die für alle Menschen so elementaren Aufgaben wie Erziehung, Bildung und Pflege gehören in den Mittelpunkt gesellschaftlichen und staatlichen Handelns. Die Bruttowertschöpfung in den Haushalten entsprach 2001 laut Statistischem Bundesamt in etwa der Bruttowertschöpfung der Industrie. Diese Bereiche der Care-Ökonomie müssen zur Kenntnis genommen und aufgewertet werden. Es ist unser erklärtes politisches Ziel, z. B. Teile der bislang unbezahlten Pflege durch Angehörige vom privaten in den öffentlichen Bereich zu überführen. Ziel eines linken Pflegeversicherungskonzeptes ist es, qualitativ hochwertige personenbezogene Dienstleistungen in der Pflege auszubauen und dadurch pflegende Angehörige – in erster Linie Frauen – zu entlasten. Gleichzeitig wird damit durch kommunale, freigeinnützige oder genossenschaftliche Anbieter von Pflegeleistungen neue Beschäftigung geschaffen. Lohnkämpfe, Kämpfe um humanere Arbeitsbedingungen und geschlechtsneutrale Krisenbewältigung sind wichtig. Sie sind aber nicht alles. Zwischen Kindern, Haushalt, Pflege von Angehörigen, Haupt- und Nebenjob geht für viele Frauen die Zeit für sich selbst und die eigenen Bedürfnisse verloren. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei gleicher Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit bedeutet eine wichtige Wiedergewinnung von Zeit, die auch zu einer anderen Verteilung zwischen den Geschlechtern genutzt werden muss.

Fünftens setzt die Realisierung all dieser Maßnahmen auch eine massive Umverteilung von oben nach unten voraus. Nur so werden die Kommunen lebensfähig. Nur so erzielen Länder und Bund die notwendigen Mittel zur Finanzierung des Sozialstaates und des sozial-ökologischen Umbaus. Nur so lässt sich die Ungleichheit zwischen Arm und Reich wieder reduzieren und damit die Basis für eine gleiche Teilhabe Aller schaffen.

POLITISCHE LENKUNG STATT SCHRANKENLOSER MARKT.

Planung stärken, Nachfragemacht nutzen, Regionen unterstützen

In den vergangenen Jahrzehnten gab es vielfältige Kampagnen, Anreize und Steuererleichterungen, um für Produkte zu sorgen, die wenig Energie verbrauchen und die Ressourcen schonen. Dabei sind auch Erfolge erzielt worden, wie beispielsweise die deutliche Senkung des Stromverbrauchs von Konsumgütern oder die erheblich gesteigerte Energieeffizienz von Heizgeräten und vieles andere mehr. Aber nahezu all diese Erfolge waren punktuelle Verbesserungen einzelner Güter oder einzelner Produktionsprozesse. Selten wurde die Frage gestellt, ob man Konsum und Produktion nicht grundsätzlich anders strukturieren kann. Deshalb leiden die meisten Effizienzstrategien an einem Problem. Es entstehen öko-effiziente Häuser, aber kaum ökologisch sinnvolle Siedlungsstrukturen. Angeboten werden (wenige) sparsame Autos, aber kaum nachhaltige Verkehrssysteme. Bio-Lebensmittel erobern den Markt, aber eine dauerhaft tragfähige Landnutzung entsteht nicht. Verallgemeinert: Die Effizienz je Einheit steigt, aber für die Gesamteffizienz interessiert sich niemand. So kam es zu punktuellen Fortschritt bei einzelnen Produkten. Aber die steigende Menge der Produkte führte insgesamt nicht zu einem sinkenden Verbrauch.

Deshalb ist es an der Zeit, einen entscheidenden Schritt weiterzugehen. Das Land braucht nicht in erster Linie Elektromobile, sondern preisgünstige öffentliche Verkehrssysteme, die es erlauben, den Pkw-Verkehr in Metropolen zu halbieren und zu verhindern, dass Menschen auf dem Land ohne Autos völlig abgehängt werden. Nicht nur schicke Öko-Gebäude, sondern auch lebenswerte, erschwingliche und energetisch sanierte Stadtquartiere, die Arbeit und Wohnen wieder räumlich enger zusammenbringen. Keinen ressourcenfressenden Luxuskonsum, sondern mehr kulturelle und soziale Dienstleistungen, die kaum Natur verbrauchen, aber spürbar den Wohlstand steigern. Nicht unnötig Bio-Lebensmittel importieren, sondern die regionale und ökologische Landwirtschaft ausbauen.

Das heißt: Ein sozial-ökologischer Umbau der technischen und sozialen Infrastruktur ist notwendig. Die einzelnen Sektoren müssen künftig verknüpft und gemeinsam geplant werden. Gerade die (Re-)Kommunalisierung kann hier einen wichtigen Beitrag für eine soziale und ökologische Städteplanung und Energieversorgung leisten. Viele Mobilitätsbedürfnisse ergeben sich beispielsweise erst, weil sich Versorger und soziale Dienste aus dem ländlichen Raum zurück gezogen haben und weil Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regional entkoppelt wurden. Nur wenn die Versorgung mit Lebensmitteln, mit sozialen und Gesundheitsdiensten in strukturschwachen ländlichen Gebieten zur öffentlichen Aufgabe wird, kann der Bedarf an Verkehr reduziert werden. Dann

wird auch die Wiederansiedelung von Dorfläden möglich.

Nicht nur auf kommunaler, auch auf Landes- und Bundesebene müssen solche tiefgreifenden Veränderungen geplant werden. Während die schwarz-gelbe Regierung gerne die argumentative Keule »Planwirtschaft« schwingt, wird sie gleichzeitig vom Bundesverband der Industrie (BDI) für ihre »Planlosigkeit« kritisiert. So forderte der BDI-Präsident im November 2011 endlich ein »knallhartes Projektmanagement« für die Energiewende ein.

Das Argument, dass die Politik nicht schlauer sein könne als der Markt, mag bei einzelnen Technologien zutreffen. Für das Ressourcenproblem insgesamt ist dieses Argument ganz sicher falsch. Die Ursache des Klimaproblems ist globales Marktversagen, konstatierte vor einigen Jahren der »Stern-Report«. Politische Lenkung im Interesse des Gemeinwohls ist also geboten: Schnell weg vom Falschen und schnell hin zum Richtigen. Ohne politische Rahmensezung – das zeigen alle früheren Erfahrungen intensiven Strukturwandels – ist zügiger und paralleler Abbau, Umbau und Neuaufbau wirtschaftlicher Aktivitäten nicht möglich. Aber auch Markt und Wettbewerb werden weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Vor allem wenn sie in eine verlässliche gesellschaftliche Rahmenplanung eingebettet sind, können sie Geburtshelfer von volkswirtschaftlichen Innovationen und betriebswirtschaftlicher Effizienz sein.

Wir brauchen eine vernünftige Diskussion über die jeweiligen Vor- und Nachteile von privatwirtschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Lösungen.

Wir brauchen eine vernünftige Diskussion über die jeweiligen Vor- und Nachteile von privatwirtschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Lösungen.

Das entscheidende Kriterium sollte dabei sein: Welche Organisationsform,

welche Interessen und welche Anreize tragen am besten zur sozialen und ökologischen Entwicklung bei?

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass die meisten wirtschaftlichen Aktivitäten in unmittelbarer öffentlicher Regie vollzogen werden sollten. Auch in unserer Perspektive sind und bleiben private Unternehmensformen wichtig. Entscheidend ist eine soziale und ökologische Rahmensezung, die für private, gemeinwirtschaftliche und öffentliche Unternehmen gleichermaßen gilt. Der Finanzsektor muss wieder auf seine Dienstleistungsfunktion für die Realwirtschaft zurückgeführt werden. Denn große Teile des Investmentgeschäfts schielen auf die kurze Frist und sind schon deshalb weitgehend blind für ökologische Zyklen. Schneller Profit ist die institutionalisierte Nicht-Nachhaltigkeit. Hinzu kommt: Gegenwärtig sind nahezu alle wichtigen Ressourcenpreise in großem Umfang spekulativ verzerrt. Kredithebel werden massenhaft missbraucht. Wer den sozial-ökologischen Umbau will, kann das nicht tolerieren. Denn wichtige Mittel für diesen Umbau sind

die Regulierung des Finanzsektors und sozial-ökologische Kriterien bei der Kreditvergabe, die am besten mit Banken in öffentlicher Hand verwirklicht werden können.

Mehr machtvoller Mitteleinsatz im Interesse des Gemeinwohls – auch das gehört zu einem Umbau, der sich nicht im Kleinkarieren verliert. Vor dem Hintergrund der gerade erlebten und anhaltenden Krisenjahre müssen einfache Fragen erlaubt sein. Kann die geballte Macht des Staates, die sich in den Rettungsbillionen zeigt, nicht auch anders und vor allem vorsorgend wirken? Warum rechtfertigen nur Kriege und Finanzkrisen außergewöhnliche Schritte? Wieso werden soziale oder ökologische Verwerfungen in der Gesellschaft nicht als »systemrelevant« bewertet und korrigiert? Weshalb wird nicht der anstehende Umbau der Industriegesellschaft und ihrer Verpflichtungen gegenüber der übrigen Welt massiv vorfinanziert?

Ein wichtiger Hebel für den Umbau kann die öffentliche Beschaffung werden. Bund, Länder und Kommunen haben insgesamt ein Einkaufsvolumen von rund 300 Milliarden Euro jährlich. Wenn es gelingt, die öffentliche Hand in eine echte Vorreiterfunktion zu bringen, könnten sich vielleicht andere große Großverbraucher wie beispielsweise die Kirchen anschließen.

Die Planungs- und Richtungskompetenz der öffentlichen Körperschaften kann auch durch eine Veränderung bisheriger Wirtschaftsförderung deutlich gewinnen. Bislang herrscht bei der Wirtschaftsförderung das Motto: Alles was wettbewerbsfähige Unternehmen und eben dadurch Arbeitsplätze schafft oder bewahrt, ist gut. Künftig sollte die Leitlinie eher lauten: Gut ist, was den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft voranbringt. Die Wirtschaftsförderung muss im ökologischen und sozialen Sinne moderner und sie muss demokratisiert werden. Förderphilosophien sind zu ändern und in manchen Bereichen, wie etwa der Regionalpolitik, regelrecht umzukehren. Denn regionale Souveränität ist etwa bei Energie und Nahrungsmitteln ein wichtiges Ziel. Entsprechend sollte dieses Ziel zum ausdrücklichen Förderkriterium werden.

MEHR DEMOKRATIE STATT KUNGELEI IN HINTERZIMMERN.

Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren, Handlungsfähigkeit des Staates zurück gewinnen, Bürgerschaft aktivieren

Eine tiefgreifende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden. Die Menschen müssen sich an den Diskussionen und Entscheidungen, die ihr Leben verändern werden, selbst aktiv und wirkungsvoll beteiligen können. Eine umfassende Demokratisierung ist notwendige und zwingende Voraussetzung eines sozial-ökologischen Umbaus. Sie funktioniert aber nur dann

wirklich gut, wenn die Akteurinnen und Akteure über die notwendigen Informationen verfügen und den Umbau gegen alle Widrigkeiten und gegen die bestimmenden Kapitalinteressen aktiv vorantreiben wollen und können. Wichtig dabei sind motivierende Ziele (Wohin soll es gehen?) und machbare Teilschritte (Was zuerst erreichen, was später?) sowie erfolgreiche Mitwirkungsinstrumente.

Es besteht jedoch ein enormes Machtgefälle zwischen dem Interessengeflecht von Industrie, Finanzmarkt und Politik einerseits

und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits. Der politische Gestaltungsanspruch der Politik wird seit Jahren durch die Konzentration einer enormen, unkontrollierten Machtfülle bei transnationalen Konzernen und Finanzunternehmen systematisch reduziert. Milliarden schwere Entscheidungen fallen in Nachtsitzungen und Hinterzimmern – unter Ausschluss der Öffentlichkeit, vorbei am Parlament. Die Jagd nach den höchsten Renditen verhindert mittel- und langfristige Investitionen in eine ökologische Produktion mit sozialen Rahmenbedingungen. Die Innovationsfähigkeit der Industrie reduziert sich auf finanziell rentable Bereiche. Investitionen, die nicht innerhalb von zwei Jahren Höchstrenditen versprechen, werden nur selten getätigt.

Die politischen Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, der Verbände sowie der Gewerkschaften und Beschäftigten müssen dringend ausgeweitet werden. Dazu bedarf es garantierter, durchsetzbarer Rechte, transparenter Entscheidungs- und Beteiligungsstrukturen, ausreichender personeller Kapazitäten und nicht zuletzt finanzieller Mittel.

Mehr Demokratie bedeutet aus unserer Sicht vor allem:

- Demokratisierung politischer Entscheidungen mittels Gremien (Beiräte, Kammern), die nicht nur Beratungs-, sondern auch Initiativrechte haben, sowie die Erleichterung von Bürgerentscheiden auf allen Ebenen.
- Demokratisierung der Wirtschaft über erweiterte Mitbestimmungsrechte, Belegschaftsanteile und überbetriebliche Beiräte. Wichtig sind ebenso die Demokratisierung öffentlicher Unternehmen sowie die Förderung der solidarischen Ökonomie.
- Demokratisierung von Planungsverfahren durch frühzeitige Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbänden, durch faire Verfahren, erweiterte rechtliche Eingriffsmöglichkeiten sowie Begrenzung der Kosten für Einwanderinnen und Einwander.
- direkte Beteiligung mit Initiativrechten von Bürgerinnen und Bürgern über Bürgerhaushalte, Lokale Agenda Prozesse, community organizing, Planungszellen, Dorfbewegung oder andere Beteiligungsverfahren.

Vielfältige Erfahrungen zeigen, dass ohne reale Mitsprache-, Mitentscheidungs- und Klage-rechte jeder Beteiligungsprozess mittelfristig

zum Scheitern verurteilt ist. Trotzdem muss bei jedem Beteiligungsmodell die Reichweite der Mitspracherechte, die Legitimation der Entscheidung sowie die Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen geklärt werden. Eine offene Frage ist ebenfalls das Wechsel- oder Konkurrenzverhältnis zwischen direkter Bürgerbeteiligung und repräsentativer Demokratie.

In den vergangenen Jahren haben sich neben den direkt Betroffenen vor allem Menschen mit höherer Bildung in Beteiligungsverfahren engagiert, ihre Interessen vertreten

und damit manchmal auch die soziale Ungleichheit vertieft. Da unsere Umbauperspektive nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale ist, legen wir besonderen Wert darauf, den sozial Benachteiligten in diesem Prozess beispielsweise über Aktivierungsstrategien wie community organizing gleichberechtigte Möglichkeiten der Artikulation und Beteiligung zu eröffnen.

Über die Wahl passender Beteiligungsmodelle können alle Bevölkerungsgruppen wirkungsvoll einbezogen werden. Modelle wie Planungszellen, Bürgerpanels oder Loskammern setzen auf eine zufällige, aber repräsentative Auswahl der Beteiligten, denen temporär eine politische Beratungs- oder Entscheidungskompetenz übertragen wird.

Gleichzeitig muss der Staat demokratisiert werden, in dem er seine Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit gegenüber den deregulierten und entfesselten Märkten zurück gewinnt. Er muss dem Profitstreben des »Shareholder Value« einen sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen entgegensetzen, anstatt sich auf eine nachsorgende Rolle zu beschränken. Er muss den Bürgerinnen und Bürgern den Rahmen bieten, ihre Interessen zu artikulieren und gegenüber Industrie und Finanzmärkten durchsetzen zu können. Er muss sich wieder finanziell handlungsfähig machen und die Beschränkung der Kommunen auf eng definierte Pflichtaufgaben beenden. Nur wenn die Kommune wieder umfassende Aufgaben zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort hat, können diese auch demokratisch ausgestaltet werden.

Viele Entscheidungen werden von internationalen Finanzakteuren und transnationalen Unternehmen jenseits nationalstaatlicher Grenzen getroffen. Deshalb ist eine Demokratisierung über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus vonnöten. Allem voran muss die europäische und internationale Zivilgesellschaft ebenso gestärkt werden wie die Selbstermächtigung und Selbstorganisation transnational vernetzter sozialer Bewegungen, wie z.B. das Weltsozialforum.

Die Menschen müssen sich an den Diskussionen und Entscheidungen, die ihr Leben verändern werden, selbst aktiv und wirkungsvoll beteiligen können.

Besonderen Wert legen wir darauf, den sozial Benachteiligten gleichberechtigte Möglichkeiten der Artikulation und Beteiligung zu eröffnen.

II. DAS ROTE PROJEKT KONKRET

Wie sieht der sozial-ökologische Umbau konkret aus? Das folgende Kapitel enthält mögliche Umbaupfade für die vier Sektoren Energie, Mobilität, Industrie und Agrar. Jedes dieser Leitprojekte ist untergliedert in die Beschreibung des Ziels (Vision 2050) und eine Analyse der Ausgangslage (Ist-Zustand).

Abschließend benennen wir konkrete Instrumente und Maßnahmen (Umbau), aber auch eine Reihe offener oder strittiger Fragen, die wir auf Veranstaltungen, auf www.plan-b-mitmachen.de, www.facebook.com/groups/planbe/ und auf einer Konferenz am 26/27. Oktober 2012 in Berlin diskutieren wollen.

ENERGIE: Millionen statt Vier

Vision 2050

Vor vierzig Jahren erzeugten vier Konzerne über achtzig Prozent des Stroms in Deutschland. Kohlekraftwerke befeuerten die globale Erwärmung, riesige Schaufelbagger wühlten sich durch den Erdboden und pflügten ganze Dörfer unter. Heute sind die Quellen der Stromerzeugung quasi unzählbar: Solarfassaden und -dächer, Windräder auf dem Dach und dem Meer, Mini-Kraftwerke befeuert mit Biogas. Seit dem Durchbruch bei den Speichertechnologien kann auch die staatliche Statistik aufgrund des zunehmenden Anteils der Selbstversorger keine zuverlässigen Zahlen mehr liefern. Dezentral und selbstorganisiert verläuft ein Großteil der Stromversorgung längst nicht mehr über Märkte, wird damit gar nicht mehr erfasst vom System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Auch ein Grund dafür, warum die Berechnung des Brutto-sozialprodukts schon seit Jahren mehr für die statistischen Geschichtsbücher erfolgt denn leitender Maßstab für Politik ist.

OFFENE FRAGE 1:

In welchem Umfang sollten zentrale Strukturen im Energiesystem wie großräumige Stromverbände, große Windparks oder Großspeicher für Strom die dezentrale Energieversorgung ergänzen, und welche Vor- und Nachteile (wirtschaftlich, sozial, ökologisch) ergäben sich daraus?

Börse führte damals zu Fehlinvestitionen in neue Braunkohlekraftwerke – mittlerweile alles stillgelegte Investitionsruinen – und einem eklatanten Mangel an Gaskraftwerken zur Flankierung der erneuerbaren Stromversorgung. Nach diesem Marktversagen musste die öffentliche Hand damals kurzfristig für ausrei-

chend Stromerzeugungskapazitäten sorgen, um die Stabilität der Versorgung zu gewährleisten. Nach dem Comeback kommunaler Stadtwerke, durch das außerbörsliche Vergütungssystem für erneuerbaren Strom sowie die zunehmende Eigenversorgung von Kommunen und vielen Industriebetrieben wurde Strom immer weniger für einen anonymen Markt produziert. Die Komplexität des Aufbaus regionaler Stromverbände und deren Integration auf europäischer Ebene ließ zwischenzeitlich auch keine andere Möglichkeit zu, als dies der unsichtbaren Hand des Marktes zu entziehen.

Der anfängliche Widerstand der energieintensiven Großindustrien wich der Einsicht in das Unvermeidbare. Sie wurden integraler Bestandteil der Planung des regionalen Stromverbands und passten ihre mittelfristige Bedarfsplanung an das Stromangebot an. Als Großverbraucher übernehmen sie über eine abgestimmte Betriebsplanung eine zentrale Rolle zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Viele Unternehmen realisieren vormals unentdeckte Einsparmaßpotenziale – »ermuntert« durch die zwischenzeitlich für Großverbraucher gestiegenen Strompreise.

Heute ist die Stromversorgung im doppelten Sinne demokratisiert. Die weitgehend dezentrale Erzeugung geht mit einer Verteilung der Produktionsmittel auf viele Millionen Köpfe einher. Die noch vorhandene Konzentration von Erzeugungskapazitäten im Bereich der großen Windparks in Nord- und Ostsee wie auch eines Teils der Stromspeicher in den Händen von Stadtwerkeverbänden steht unter einem ständigem Legitimationszwang. Denn die sich in den 2010er Jahren rasant verbreitenden Kommunalisierungskampagnen gegen die vier großen Energiekonzerne blieben nicht bei einem einfachen »zurück zu den Stadtwerken« stehen. Sie führten zu einer Vielfalt ganz neuer bürgernaher Mitbestimmungsmodelle. Vollerorts kontrollieren Beiräte die kommunalen Energiedienstleister, müssen strategische Weichenstellungen für die Energieversorgung vor Bürgerversammlungen gerechtfertigt werden.

Die bürgernahe Energieerzeugung ging auch mit einem anderen Bewusstsein im Umgang mit Energie einher. Energieeinsparung ist nicht mehr länger bloße Prosa in politischen Sonntagsreden, sondern längst Teil kultureller

Verhaltensmuster geworden. Wer die Erzeugungsleistung des Solardachs täglich auf einem Display im Eingangsbereich seines Mietshauses nachvollziehen kann, von »seinem« Stadtwerk über Jahre hinweg kostenlose Beratungsangebote zur Energieeinsparung erhält, der wird zum energiesensiblen »Prosumenten«. Zumal die Strompreise ihren Teil dazu beitragen. Denn sie kannten, dies sei nicht verschwiegen, zwischenzeitlich nur eine Richtung: nach oben. Kostenlos war der Umbau der fossil-nuklearen Stromversorgung des 20. Jahrhunderts nicht zu haben. Umso wichtiger war der gesellschaftliche Konsens, dass über Freikontingente auch einkommensschwachen Haushalten die Sicherstellung der Stromversorgung garantiert wurde.

Die soziale Frage stellte sich bei der Umstellung der Wärmeversorgung in verschärfter Weise. Ohne massive Förderung wäre die energetische Sanie-

rung viel zu langsam fortgeschritten und hätte zu nicht tragbaren Mieterhöhungen geführt. Der Vorteil der staatlichen Fördergelder: ein integriertes Konzept aus Energieeinsparmaßnahmen und erneuerbarer Wärme- und Stromversorgung konnte zur Voraussetzung von Sanierungen gemacht werden. Und trotzdem liegt noch ein Stück Wegstrecke vor uns, bevor die Wärmeversorgung vollständig auf eine erneuerbare Basis umgestellt ist. Die zu Beginn des Jahrhunderts gebauten beziehungsweise sanierten Gebäude müssen nun nochmal eingerüstet werden, um den Schritt vom Niedrigenergiehaus zum Passivhaus zu gehen. Für einige denkmalgeschützte Altbauten ist dies nicht möglich. Diese müssen daher erneuerbar aufgerüstet werden, was auch die Installation elektrischer Heizungen bedeuten kann. Was einst als Klimafrevel galt, ist heute in begründeten Fällen der einzig gangbare Weg. An anderer Stelle muss nun zurückgebaut werden, was einst aus Klimaschutzgründen gefördert wurde: die Fernwärmeversorgung. War die gleichzeitige Erzeugung von Wärme und Strom in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen lange Zeit die klimafreundlichere und energieeffizientere

Die soziale Frage stellt sich bei der Umstellung der Wärmeversorgung in verschärfter Weise.

Alternative zur fossilen Zentralheizung, ist sie für einen Gebäudebestand auf Passivhausniveau heute schlicht überflüssig. Last und least: die Neubauten. Das PlusEnergie-Haus ist bereits seit zwei Jahrzehnten Standard. Aber aufgrund der demographischen Entwicklung, nachhaltiger Stadtplanung und Ressourcenpolitik ist der Zubau neuer Gebäude eine Seltenheit.

Trotz technologischen Fortschritts und drastisch zunehmenden Handlungsdrucks durch den fortschreitenden Klimawandel war der Systemwechsel der Energieversorgung kein Selbstläufer. Beginnend mit der Anti-Atom-Bewegung wurde er in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gegen rein profitgetriebene

Energiekonzerne und gegen fossile Überreste in der Politik erkämpft. Dieser erfolgreiche Kampf hat große Teile der Bevölkerung aus ihrer gesellschaftlichen Ohnmacht gerissen

und den Boden für das neue Energiesystem bereitet: erneuerbar, demokratisch, sozial.

Ist-Stand

»Neue Energie für Deutschland« versprach die Bundesregierung im Herbst 2011 in bundesweiten Zeitungsanzeigen. Und die schwarz-gelbe Koalition machte recht schnell klar, was sie darunter versteht: Kürzungen bei der Solarförderung und beim Gebäudesanierungsprogramm. Strikte Vorgaben zur Energieeffizienz werden in Brüssel ausgebremst, Subventionen für die energieintensive Industrie ausgeweitet.

Schon das »Energiewende«-Gesetzespaket nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima setzte klare Signale für ein Festhalten am Status Quo. Das dort beschlossene Ausbauziel für Strom aus erneuerbaren Energien blieb das des alten Energiekonzepts aus dem Herbst 2010. Bis zum Jahr 2020 sollen 35 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen stammen. Im Zentrum des Energiekonzepts 2010 stand jedoch die AKW-Laufzeitverlängerung. Die ist mittlerweile Geschichte. Weniger Atom-

strom im Jahr 2020 bei unveränderter Zielsetzung für die Erneuerbaren bedeutet aber zwangsläufig eine Steigerung des Anteils fossiler Kraftwerke bei der Stromversorgung. Klar, dass da ein zu schnell wachsender Anteil von Solarenergie nicht ins Konzept passt.

Konsequenterweise umfassen die »Energiewende«-Beschlüsse der Bundesregierung eine



Förderung für Neubauten fossiler Kraftwerke. Die Befreiung der energieintensiven Industrie von Energieabgaben wurde massiv ausgeweitet. In der Summe betragen die Entlastungen der Branche von den »Energiewende«-Kosten nun etwa zehn Milliarden Euro jährlich. Anreize zum sparsamen Umgang mit Ressourcen oder die Umstellung auf nicht-klimaschädliche Produkte werden so weg-subventioniert. Die Kehrseite: Die »Energiewende«-Kosten werden einseitig von privaten Haushalten sowie klein- und mittelständischen Unternehmen getragen. Öffentliche Haushalte verlieren zudem Milliarden Euro an Einnahmen.

Auch die Entwicklung im Wärmesektor als weitere zentrale Stellschraube für die Energiewende ist ernüchternd. Verpflichtende energetische Standards für den Gebäudebereich existieren zwar, ihre Umsetzung wird aber kaum kontrolliert. Die finanzielle Ausstattung der staatlichen Förderprogramme ist starken jährlichen Schwankungen unterworfen, was die Planbarkeit von Investitionen in die energetische Gebäudesanierung nicht gerade befördert. Mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz wurden erst im Jahr 2009 klare, aber wenig ambitionierte Vorgaben für den Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudebereich gesetzt. Der Bedarf an Prozesswärme in der Industrie verharret seit einem Jahrzehnt auf dem gleichen hohen Niveau. Dies ist das Ergebnis einer Politik, die zunächst auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie und dann auf einen fehl gestalteten Emissionshandel setzte. Wirtschaftsminister Rösler fasste das im Februar 2012 bei der Vorstellung des regierung-internen Kompromisses zur Blockade der Energieeffizienzrichtlinie treffend zusammen: »Wir legen auch künftig nicht per Gesetz fest, wie viel Energie eine Volkswirtschaft oder ein bestimmter Sektor in Zukunft verbrauchen darf und zwingen keinen Akteur zu bestimmten Maßnahmen.«

Die Zukunft aber gehört der dezentralen, gemeinwohlorientierten und bürgernahen Energieversorgung. Der Kampf um die Zukunft beginnt heute.

»Schutz der Dinosaurier« lautet das Motto der Energiewende á la Schwarz-Gelb. Die Bundesregierung setzt auf große Energiekonzerne, alte Industrien und neue Kohlekraftwerke. Sie setzt auf die Vergangenheit. Die Zukunft aber gehört der dezentralen, gemeinwohlorientierten und bürgernahen Energieversorgung. Der Kampf um die Zukunft beginnt heute.

Umbau

Erneuerbar, demokratisch, sozial. Das Ziel für den Umbau der Energieversorgung ist klar, der Weg dorthin immer deutlicher, aber keineswegs in Gänze erkennbar. Entscheidend aber ist, bereits heute die eingefahrenen Wege zu verlassen. Auf diesen ist das Ziel zwar zu sehen, sie enden aber an einer tiefen, unüberwindbaren Kluft.

Das 20. Jahrhundert hinter uns lassen ...

Der Einstieg ins Erneuerbare Zeitalter beginnt mit einem Abschied. »Grundlastkraftwerke« mit Atom und Kohle waren über Jahre hinweg der zentrale Pfeiler der Stromversorgung. Heute sind sie als Relikte einer vergangenen Zeit ein massives Hindernis für den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien. Denn zur Flankierung der schwankenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien werden schnell regulierbare Kraftwerke gebraucht – also genau das Gegenteil der schwerfälligen Kohle- und Atommeiler.

Der Ausstieg aus der Atomkraft muss daher deutlich beschleunigt und unumkehrbar gestaltet werden. Wenn im Herbst des Jahres 2021 planmäßig die Bundestagswahl stattfindet, sind immer noch sechs der neun derzeit laufenden Atomkraftwerke am Netz. Die absehbare Debatte um eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten ist das Damoklesschwert über Merkels Energiewende. Und wäre doch recht einfach zu beseitigen: Durch eine erneute Änderung des Atomgesetzes wird ein unverzüglicher Ausstiegsplan innerhalb der nächsten drei Jahre festgeschrieben. Die Verankerung dieses Ausstiegs im Grundgesetz sorgt für dessen Unumkehrbarkeit.

Bei aller Kritik am Atomausstieg kann er doch als Blaupause für den Ausstieg aus der Kohlekraft dienen. Ist eine Form der Energieerzeugung als gefährlich erkannt, kann sie schlicht beendet werden. Die Kohleverstromung ist die klimaschädlichste Form der Stromgewinnung. Heute ans Netz gehende Kohlekraftwerke stoßen auch im Jahr 2050 noch Millionen Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids aus. Auch vermeintlich »saubere« Kohlekraftwerke mit CCS-Technologie sind nicht zukunftsfähig. Denn die Abscheidung und unterirdische Verpressung von CO₂ (CCS) ist nicht nur teuer und unsicher, sondern zementiert das Grundlast-Konzept von gestern. CCS ist damit schon lange vor seiner großtechnischen Anwendbarkeit eine überholte Technologie.

Kurzum: Es dürfen keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden, wenn wir es ernst meinen mit Energiewende und Klimaschutz. Vage preisliche Anreize über den Emissionshandel werden dies nicht garantieren können. Wir brauchen ein Kohleausstiegsgesetz. Dies regelt feste Restlaufzeiten für die bestehenden und verbietet den Bau neuer Kohlekraftwerke.

Ein gesetzlich fixierter Ausstieg aus der Kohle- und Atomkraftnutzung gibt auch Planungssicherheit für eine soziale Gestaltung des Strukturwandels in den Braunkohlerevieren und an den Kraftwerksstandorten. Denn ein bloßer Verweis auf die Jobmaschine Erneuerbare Energien hilft den Menschen vor Ort nicht weiter. Mit Hilfe regionaler Wirtschaftspolitik müssen Ersatzarbeitsplätze in den bislang vom Bergbau geprägten Regionen und für die Beschäftigten in den Atom- und Kohlekraftwerken geschaffen werden. Gefordert ist aber auch die Branche der erneuerbaren Energien:

tarifliche Entlohnung, gewerkschaftliche Rechte und »Gute Arbeit« müssen selbstverständlich sein. Öffentliche Fördergelder sind an die Einhaltung dieser Standards zu binden.

... ins 21. Jahrhundert richtig einsteigen

Wird der Angriff von Schwarz-Gelb auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien abgewehrt, ist die rasante Zunahme der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren nicht mehr aufzuhalten. Zum Systemwechsel bei der Stromversorgung gehört neben dem Wandel der Stromproduktion aber auch der Umbau der bisherigen Infrastruktur des Stromsektors. Hier droht ein Nadelöhr für den Ausbau erneuerbarer Energien in den kommenden Jahren. Denn Energiespeicher existieren kaum, die Stromnetze sind noch auf »Grundlast« gepolt. Die Richtung ist klar, der Wegverlauf aber noch verborgen. Sowohl zum Umfang des Ausbaus der Stromnetze wie zur Art der Stromspeicher bestehen mehr Fragen und Kontroversen als Gewissheiten.

Um zu effizienten und bezahlbaren Speichern zu kommen, braucht es ein Sofortprogramm »Stromspeicher«. Neben deutlich erhöhten Mitteln im Bereich Forschung und Entwicklung muss in einem zweiten Schritt der Speicherausbau ins Pflichtenheft der Betreiber kommunaler Netze geschrieben werden. Als heute schon Verantwortliche für die Systemstabilität haben sie den besten Überblick, wann und wo der Speicherbau für eine Region technisch wie volkswirtschaftlich sinnvoll ist und wie sich dadurch der notwendige Ausbau der Stromnetze minimieren lässt.

Ein Bundesfachplan Stromnetze muss konsequent vom Endpunkt einer erneuerbaren Vollversorgung ausgehend konzipiert werden und zukünftige Speicher berücksichtigen. Großbetriebe müssen durch eine am Stromangebot orientierte Betriebsführung zukünftig einen Beitrag zur Netzstabilität leisten. Die Stromnetze müssen in öffentliche Netzgesellschaften überführt werden, um den notwendigen Umbau der großen Stromautobahnen und kommunalen Verteilnetze nicht der Willkür privater Unternehmen zu überlassen. Ob in öffentlicher oder privater Hand – bei den verbleibenden Netzausbauprojekten bedarf es einer erweiterten, umfassenden und frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

Die Strombörse als Koordinierungsinstrument für den Strommarkt ist am Ende. Denn die erneuerbaren Energien zerstören das Preissignal an den Märkten. Mit Betriebskosten nahe Null liegen sie quer zur Logik des gegenwärtigen börslichen Preisbildungsmechanismus, der sich an Brennstoffkosten orientiert. Schon heute puffern die Erneuerbaren die Höchstpreisspitzen weg, so dass sich der Bau neuer, zur Flankierung der Energiewende benötigter Gaskraftwerke nicht mehr lohnt. Stunden mit Strompreisen nahe Null oder darunter werden an der Börse schon in naher

Zukunft keine Seltenheit sein. Das Casino muss daher geschlossen werden.

Statt der Börse sollen zukünftig öffentliche Netzgesellschaften, als Betreiber der Übertragungsnetze, die Schnittstelle zwischen Stromerzeugung auf der einen und einer stabilen Stromversorgung auf der anderen Seite sein. Haben sie bislang nur die Einspeisevergütung für den erneuerbaren Strom gezahlt, kaufen sie zukünftig auch den Strom aus dem auslaufenden fossil-nuklearen Kraftwerkspark auf. Letzteren zu Preisen, die sich an den Erzeugungskosten orientieren. Als Hüter der Netzstabilität übernehmen sie die physisch-technische Koordination von schwankender Stromerzeugung mit Speichern und Nachfragesteuerung. Die Netzgesellschaften sind somit Dienstleister für eine sichere Stromversorgung für Stadtwerke und andere Energieversorger, die den Strom zum Endkunden bringen.

Beim Einsatz erneuerbarer Energie für die Wärmeversorgung im Gebäudereich liegt ein verlorenes Jahrzehnt hinter uns. Die Mindestvorgaben durch das Erneuerbare-Wärme-Gesetz müssen deutlich verschärft und auf den Gebäudebestand ausgeweitet werden. Die Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung müssen zukünftig ein integriertes Konzept von Energieeinsparung und -effizienz sowie den Einsatz erneuerbarer Energien zur Bedingung machen. Aufgrund der langen Investitionszyklen für Heizungsanlagen und Gebäudesanierungen wäre ein weiteres verschenktes Jahrzehnt fatal.

Weniger ist besser

Zentrale Bedingung für eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien ist die effiziente und sparsame Nutzung von Energie. In Sonntagsreden oft beschworen, muss sie endlich Wirklichkeit werden. Der Markt hat sich dabei in der Vergangenheit als nicht fähig erwiesen, selbst profitable Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu erschließen. Die Politik muss daher durch einen Mix aus strikten Grenzwerten, gezielter Förderung und Abbau alter Privilegien für Energiefresser das Heft des Handelns ergreifen.

Deshalb schlagen wir vor: Für Elektrogeräte wird künftig alle drei Jahre das energie- und ressourcensparendste Gerät als gesetzlicher Mindeststandard festgeschrieben. Ein solches »Top-Runner«-Programm wird flankiert durch die Einführung eines Energiesparfonds, der mit einem Fondsvolumen von 2,5 Milliarden Euro jährlich insbesondere Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte vorsieht.

OFFENE FRAGE 2:

*Reform oder Ausstieg?
Können Strombörsen an den wachsenden Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien angepasst werden?*

Welche alternativen Koordinierungsmodelle zwischen Stromerzeugung und -verbrauch sind denkbar?



Unternehmen müssen klare Vorgaben erhalten, damit die Minimierung des Energieverbrauchs zur Maxime ihres Handelns wird. Dies bedeutet beispielsweise jährliche Einsparverpflichtungen, die Energieversorger bei den Endkundinnen und Endkunden nachweisen müssen, wie es jüngst die EU-Kommission vorgeschlagen hat. Schrittweise abgebaut werden müssen die Befreiungen der energieintensiven Industrie von Energieabgaben. Großverbraucher wie Kühlhäuser sowie bestimmte Anlagen der Metallherzeugung und chemischen Industrie müssen gesetzliche Auflagen für eine Betriebsführung erhalten, die die Spitzenlasten des Strom- und Wärmeverbrauchs senkt. Allein die kurzzeitige Verlagerung des Verbrauchs aus den fünfzig lasthöchsten Stunden des Jahres kann gleich mehrere Kraftwerke einsparen, die nur für die Zeiten der Jahreshöchstlast als Reserve vorgehalten werden. Und es funktioniert: In Japan wurde nach der Reaktorkatastrophe binnen weniger Monate durch eine großangelegte nationale Stromsparkampagne die Spitzenlast von industriellen Großverbrauchern um mehr als ein Viertel, die der privaten Haushalte um fast ein Fünftel gesenkt.

Um den Altbaubestand bis Mitte dieses Jahrhunderts nahezu vollständig energetisch zu sanieren, muss sich die Sanierungsrate von derzeit 1,1 Prozent pro Jahr baldmöglichst auf zwei Prozent pro Jahr verdoppeln. Gleichzeitig sind anspruchsvolle Sanierungsstandards

erforderlich, wenn der Heizwärmebedarf signifikant gesenkt werden soll. Um beides zu erreichen, müssen die Förderprogramme für

die energetische Gebäudesanierung nicht nur deutlich erhöht, sondern vor allem dauerhaft gestaltet werden. Denn die bisherigen jährlichen Schwankungen bei der finanziellen Ausstattung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms wie auch des Marktanzreizprogramms Erneuerbare Energien sind Gift für die Planungssicherheit bei Gebäudesanierungen. Ohne staatliche Förderung aber wird es nicht gehen. Denn die Umlage der Sanierungskosten liegt in vielen Fällen höher als die Einsparungen bei den Betriebskosten. Ohne Förderprogramme und klare gesetzliche Vorgaben im Mietrecht wären deutlich höhere Mieten und soziale Verdrängungsprozesse die Folge.

Energieversorgung ist ein Grundrecht!

Immer mehr Privathaushalte mit geringem Einkommen können die steigenden Energiepreise nicht bezahlen. Während die Realeinkommen in den letzten zehn Jahren durchweg sanken, haben sich die Ausgaben der Privathaushalte für Strom und Wärme mehr als verdoppelt. Jährlich sind aufgrund von Zahlungsunfähigkeit rund 800.000 Privathaushalte von Strom- bzw. Gassperrern betroffen – Tendenz steigend.

Unstrittig ist, dass der einzig gangbare Weg zu einer sicheren, umweltfreundlichen und bezahlbaren Energieversorgung über erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung führt. Um eine bezahlbare Energieversorgung aber auch kurzfristig für alle Menschen zu gewährleisten, sollen Energieversorger verpflichtet werden, einen Stromspartarif anzubieten. Dieser besteht aus einem kostenlosen Stromkontingent von 250 kWh je Haushaltsmitglied, die Grundgebühr entfällt. Die Einnahmeausfälle der Stromversorger sollen auf den darüber hinausgehenden

OFFENE FRAGE 3:
Sind Sozialtarife ein sinnvolles Instrument, um Energiearmut zu verhindern? Wenn ja, wie sollten sie ausgestaltet sein? Wenn nein, wie ist eine soziale Energieversorgung anderweitig zu gewährleisten?



Stromverbrauch umgelegt werden. Anders als das degressive Tarifmodell aus Grundgebühr und Arbeitspreis je verbrauchter Kilowattstunde Strom, das Vielverbrauch belohnt, reizt das progressive Tarifmodell zum Energiesparen an. Begleitet werden soll dies durch kostenlose Energieberatungen sowie Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte mit hohen spezifischen Stromverbräuchen aufgrund von Nachtspeicherheizungen oder einer elektrischen Warmwasserbereitung. Das Absperrern der Strom- und Gasversorgung wird gesetzlich verboten.

Reclaim Power! Energiedemokratie jetzt!

Mehr als zehn Jahre nach der sogenannten Liberalisierung des Stromsektors haben die vier großen Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW eine unverändert marktbeherrschende Stellung im Strommarkt. Sie verfügen über knapp 80 Prozent der Kraftwerksleistung, kontrollieren nach wie vor einen beachtlichen Teil der Übertragungs- und Verteilnetze sowie durch Beteiligungen einen großen Teil regionaler und kommunaler Energieversorger. Ein sozial-ökologischer Umbau der Energieversorgung kann nur gegen die Energiekonzerne durchgesetzt werden. Das Abschalten einzelner Atomkraftwerke und das parallele Wachstum der erneuerbaren Energien sind ein erster Schritt, um die Macht der Konzerne zu brechen. Weitere wären ein beschleunigter Atomausstieg, ein klares »Nein« zu Neubauten von Kohlekraftwerken sowie die Förderung dezentraler erneuerbarer Energien. Die zahlreichen lokalen Initiativen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung, Energiegenossenschaften oder Bürgerkraftwerke könnten den Konzernen den Rest geben.

Die Energieversorgung muss wieder zum Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge werden. Strom- und Wärmenetze gehören daher in die öffentliche Hand. Die Rolle kommunaler Stadtwerke bei der Strom- und Wärmeerzeugung muss gestärkt werden. Sie müssen als wichtige Verteilnetzbetreiber auch eine zentrale Rolle bei der Speicherung von Strom und bei der Steuerung von Systemdienstleistungen einnehmen. Um Städten und Gemeinden den Rückkauf von Stadtwerkebeteiligungen der Energiekonzerne zu ermöglichen, muss die

Kommunalfinanzierung reformiert werden. Für starke öffentliche Betriebe ist die Rücknahme der Einschränkungen wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen in den Gemeindeordnungen erforderlich.

Wie die Praxis zeigt, ist zugunsten der Kommunen und Regionen ein mehrdimensionaler »Return on Initiative« möglich: Neue Arbeitsplätze und zusätzliche Einkommen, günstigere Energiepreise, weniger Emissionen, Stärkung der kommunalen Demokratie und der lokalen Steuerbasis, stabile regionale Kreisläufe, profitable Verwertung von Rest- und Abfallstoffen statt kostenträchtige Entsorgung, kommunale Souveränität statt Abhängigkeit von externen Investoren.

Doch auch die kommunalen Betriebe müssen sich ändern und neue Formen transparenter Betriebsführung und demokratischer Partizipation etablieren. Über kommunale Beiräte oder direktdemokratische Entscheidungsverfahren müssen die Bürgerinnen und Bürger Gestaltungsmacht erhalten. Erst eine Demokratisierung der Energieversorgung schafft die notwendige Akzeptanz für den anstehenden Systemwandel.

INDUSTRIE: Moderne Zeiten

Vision 2050

Die industrielle Produktion hat sich von der Energie- und Ressourcenverschwendung der letzten Jahrzehnte verabschiedet. Die Verlagerung von »schmutziger« Produktion in andere Regionen der Welt ist gestoppt. Um ein Bild aus der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« aufzugreifen: Nicht mehr der übergewichtige, schwer manövrierbare und gefährliche Hochseetanker symbolisiert die industrielle Fertigung, sondern das elegante und hochmoderne Segelschiff. Ein Segelschiff, das sich vom Wind angetrieben als vergleichsweise kleines, ressourcenleichtes und wendiges Fahrzeug bewegt. Ein Schiff, das kein Risiko mehr für die Menschen darstellt und auch keine Dreckspur hinterlässt.

Die Industrie ist nach wie vor ein wichtiges Standbein der Wertschöpfung in der Bundesrepublik, hat aber einen grundlegenden Wandel durchlaufen. Möglich gemacht hat diesen Wandel ein Mix aus staatlich verpflichtender Rahmensetzung und wirtschaftsdemokra-

tischer Gestaltung unter Einbeziehung von Betriebsräten, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Arbeitgeberverbänden und anderen in Beiräten, die sowohl an den politischen Rahmensetzungen wie auch am Umbau beteiligt sind. Der Umbau verbindet dabei soziale Interessen an »Guter Arbeit« mit ökologischen Anforderungen.

Über anspruchsvolle und verpflichtende ökologische Zielvorgaben und mehrjährige Stufenpläne ist es nicht nur gelungen, vorhandene Effizienzpotentiale auszuschöpfen. Endlich ist der Verbrauch von Rohstoffen und Energie absolut zurückgegangen. Schadstoff- und Treibhausgasemissionen sind drastisch gesunken, besonders gesundheits- und umweltschädliche Stoffe aus der Produktion ganz verschwunden.

Die Explosion der Rohstoffpreise und zunehmende Umweltprobleme bei der Förderung von Bodenschätzen haben es notwendig gemacht, den Einsatz von Material und Energie deutlich stärker zu regulieren. Ein Instrumentenmix aus Anreizen, Geboten und Transparenz belohnt seitdem Ressourcenschonung und bestraft Verschwendung. Die Unternehmen sind überdies verpflichtet, Energie- und Rohstoffmanagementsysteme zu unterhalten und ihren Verbrauch öffentlich zugänglich zu bilanzieren.

Für einige ausgewählte strategische Rohstoffe existiert ein Regulierungssystem, das deren Verbrauch begrenzt. Weil die Obergrenzen des Verbrauchs schrittweise abgesenkt wurden, konnten sich die Firmen darauf einstellen. Ein Technologieschub zur besseren Materialeffizienz, Wiederverwendung und stofflichem Recycling war die Folge, zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Der Umweltverbrauch im Produktionsprozess ist durch rundumerneuerte Fertigungsprozesse vermindert: Die CO₂-freie Fabrik zeichnet sich aus durch einen hohen Anteil der Energie- und Brauchwasserrückgewinnung, der Eigenerzeugung erneuerbarer Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung und interner Stromspeicher. Effiziente Motoren, Pumpen und Getriebe sparen Energie und Geld.

*Aber nicht nur »wie«
produziert wird,
hat sich verändert,
sondern auch »was«.*

Aber nicht nur »wie« produziert wird, hat sich verändert, sondern auch »was«. Ökodesignvorgaben für alle industriell gefertigten Produkte werden

ständig weiter entwickelt. Alltagsgegenstände sind heute verbrauchsarm, langlebig und reparaturfähig. Sollbruchstellen sind verboten. Die Möglichkeit der zerstörungsfreien Demontage ist Konstruktionsprinzip. Wenn Produkte nicht mehr funktionieren, werden sie kaum noch weggeworfen, sondern soweit möglich wieder flott gemacht.

Die klassische Abfall- oder Kreislaufwirtschaft, die eher eine Orgie von Verbrennung und »Downcycling« war, gibt es nicht mehr. Die Unternehmen übernehmen die Produktverantwortung für den gesamten Lebenszyklus eines Produktes. Abfallvermeidung ist darum bereits Konstruktionsvorgabe. Wie-

derverwendung und hochwertiges stoffliches Recycling sind selbstverständlich. Die Kinder lesen in Schulbüchern, dass früher der Großteil der Wertstoffe verbrannt wurde, und können darüber nur den Kopf schütteln. Die Wertstoffwirtschaft hat die Abhängigkeit von Rohstoffimporten erheblich vermindert. Im Gegenzug ist der Export von Elektroschrott und anderen Altmaterialien in Entwicklungsländer verboten. Denn sie wurden dort vielfach nur mit einfachsten Mitteln und unter schwersten Gesundheitsgefährdungen aufgearbeitet.

Ohne wirtschaftsdemokratische Rechte wäre dieser Prozess nicht möglich gewesen. Das betrifft die Begleitung der politischen Rahmensetzungen wie auch der Umbaukonzepte. In den dafür gebildeten Beiräten wird versucht, ökologische und soziale Interessen miteinander in Einklang zu bringen.

Beschäftigte, Betriebsräte und Beiräte arbeiten an der Verbesserung von Fertigungsprozessen und Produkten. Viele Firmen konnten so hochwertige Arbeitsplätze durch den Aufbau neuer, sauberer Produktionslinien erhalten. Aber der Prozess war nicht immer konfliktfrei. An manchen Standorten mussten veraltete Produktionen eingestellt werden, ohne dass dies sofort im eigenen Unternehmen kompensiert werden konnte. Hier hat eine gezielte regionale und Branchenpolitik für den Aufbau neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze gesorgt. Der Anteil hochwertiger unternehmensnaher Dienstleistungsarbeit in den Bereichen Logistik, Beratung und Forschung hat zugenommen. Der Service- und Reparaturbereich wurde ausgebaut. Bund, Land und Unternehmen unterstützen den Prozess mit Qualifizierungsoffensiven und verbindlich geregelten Weiterbildungsansprüchen. Großzügige Übergangregelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Härten vermieden.

Die Belegschaften sind oft an ihren Unternehmen beteiligt. Genossenschaften gewinnen an Bedeutung. In den Unternehmen werden Tarifröhne bezahlt. Leiharbeit, Niedriglohn und prekäre Beschäftigung gehören der Vergangenheit an. Der Arbeitsdruck hat sich verringert. Durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung gibt es kaum noch Arbeitslosigkeit und die Menschen haben mehr Zeit für ihre privaten und gesellschaftlichen Aktivitäten.

Ist-Zustand

Das wachstumsorientierte und auf fossilen Brennstoffen beruhende Wirtschaftsmodell überschreitet die Grenzen der Belastbarkeit der Natur. Profite werden oft über einen globalen Konkurrenzkampf um die niedrigsten Umwelt- und Sozialstandards realisiert. Gleichzeitig verschärft sich das Ungleichgewicht zwischen den Industriestaaten und den Ländern des globalen Südens.

Die Bundesregierung formuliert allenfalls die Forderung nach einer relativen Entkoppelung von Umweltverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung. Mit Ausnahme der Treibhausgasemissionen werden absolute Einsparungen, etwa von Rohstoffen, nicht als Ziel benannt.

Die Politik fördert dementsprechend zwar Effizienztechnologien, hat aber kaum Konzepte, den Verbrauch von Rohstoffen insgesamt zurückzufahren. Erfolge bei der Effizienzsteigerung werden regelmäßig durch wirtschaftliches Wachstum zunichte gemacht. Das passiert zum Beispiel dann, wenn effizientere Automotoren weniger Kraftstoff benötigen, die Einsparung aber durch die Nachfrage nach schnelleren, stärkeren und schwereren Autos überkompensiert wird oder die Menschen weitere Strecken fahren (so genannter Rebound-Effekt).

Anscheinend sinnvoller ökologisch-technischer Fortschritt führt oft dazu, dass Probleme in andere Umweltbereiche, andere Weltregionen

oder andere Nachhaltigkeitsdimensionen verlagert werden: Wenn etwa Produkte in Europa durch den Einsatz von Mikroelektronik immer kleiner und leichter werden, dafür aber der ökologische Rucksack des Bergbaus in Afrika zur Förderung der dafür benötigten Rohstoffe immer größer wird, Bürgerkriege befördert werden oder Menschen unter unzumutbaren Bedingungen Rohstoffe abbauen müssen.

Um eine zukunftsfähige Wirtschaft aufzubauen, ist deshalb nicht nur der produktivere Umgang mit Ressourcen wichtig (Effizienz), sondern die absolute Begrenzung und Verringerung ihres Verbrauchs (Suffizienz).

Der Verbrauch muss nicht nur gemindert werden, weil Vieles knapper wird. Angesichts der Umweltbelastungen und sozialen Konflikte, die mit Abbau, Verarbeitung oder Verfeuerung von Rohstoffen verbunden sind, kann auch die Frage gestellt werden: Haben wir vielleicht nicht zu wenig Ressourcen, sondern zu viele? In der Erde lagert noch eine Menge Kohle, Öl, Gas oder auch Metallerz, wenngleich diese Bodenschätze immer schwerer zugänglich sind. Ein großer Teil dieser Rohstoffe sollte in der Erde verbleiben. Ansonsten wird ihre Förderung die Zukunft verbauen.

Für DIE LINKE ist der sozial-ökologische Umbau der Industrie keine Frage von künftigen Wett-

bewerbsvorteilen, sondern überlebensnotwendig. Er wird aber blockiert durch eine Ausrichtung der Unternehmensziele an kurzfristigen Renditeinteressen und an der Jagd nach Weltmarktanteilen. Das passt zu einer politischen Wachstumsstrategie, die auf hohe Exportüberschüsse, Kostensenkung, niedrige Löhne und einen »schlanken« Minimalstaat setzt. Diese Orientierung gefährdet für die Zukunft hochwertige Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze in Deutschland. Ressourcenschonung, Energieeinsparung, Emissionsreduktion und Gute Arbeit haben da keinen Platz.

Die reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist insgesamt auf dem Rückzug. Das »Normalarbeitsverhältnis« wird zerfasert: Leiharbeit, Niedriglöhne, befristete Beschäftigung, Minijobs, Scheinselbstständigkeit,

unfreiwillige Teilzeit und Projektarbeit wuchern in alle Bereiche der Arbeitswelt hinein. Permanente Restrukturierungen, neue Managementstrategien und Produktionskonzepte setzen die Belegschaften einem Dauerdruck aus. Die Hälfte der Beschäftigten leidet heute unter starkem Zeit- und Termindruck. Arbeitszeiten laufen aus dem Ruder. Chronische Erschöpfung, Burnout und andere psychische Störungen haben zugenommen. Gleichzeitig wird das Rentenalter heraufgesetzt. Die

exzessiv vernutzte Arbeitskraft wird so zum Wegwerfartikel. Sie soll viel leisten und möglichst wenig kosten.

Die Prekarisierung trifft inzwischen

auch Ingenieurinnen und Ingenieure. Gerade große Unternehmen verfolgen eine Personalstrategie, wonach die Ingenieursarbeit im Unternehmen auf den stabilen Teil des konjunkturell schwankenden Arbeitsvolumens reduziert wird. Viele Fachkräfte finden sich so in unsicheren Arbeitsverhältnissen wieder, unter ständiger Bedrohung des Arbeitsplatzes und ohne langfristige Perspektive.

Umbau

Die Industrienationen müssen ihre Verantwortung ernst nehmen und den Ressourcen- und Energieverbrauch deutlich reduzieren. Einfache Antworten reichen nicht. Davon gibt es genügend: »Heilsgeschichten« von einer neuen »sauberen« Dienstleistungsgesellschaft, die schlichte Forderung nach einem Schrumpfen der »schmutzigen« oder energieintensiven Produktion ohne Hinweise darauf, wie deren Produkte zu ersetzen sind, bis hin zu euphorischen win-win-Debatten um eine green economy, in denen reale Konflikte kein Thema sind. Auch Szenarien, die vor allem auf die

deutsche Exportweltmeisterschaft bei umstrittenen Technologien setzen, wie Nanotechnologie oder Elektromobili-

tät, sind wenig überzeugend.

Der Umbau der Industrie ist mehr als das Schrumpfen von Produktionslinien, die nicht mehr zukunftsfähig sind. Er ist auch kein einfacher Verschiebeparkplatz vom industriellen Sektor in den Dienstleistungssektor. Der Umbau steht vielmehr vor miteinander verknüpften industriepolitischen Aufgaben, die im Ergebnis den absoluten Ressourcen- und Energieverbrauch dauerhaft senken sollen:

- industrielle Kerne und hochwertige Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistung zu erhalten,
- in allen Branchen die Produktionsverfahren ökologisch umzubauen und neue innovative, ökologische Produkte und Produktionsweisen zu erschließen,
- qualifizierte Arbeitsplätze für jene Beschäf-

Erfolge bei der Effizienzsteigerung werden regelmäßig durch wirtschaftliches Wachstum zunichte gemacht.

Haben wir vielleicht nicht zu wenig Ressourcen, sondern zu viele?

tigten zu schaffen, deren Unternehmen in diesem Prozess ihre Produktion ohne Ersatz im Unternehmen vor Ort zurückfahren oder in andere Regionen verlagern,

- diesen Umbau mit der Auseinandersetzung um gute Arbeit sowie mit Arbeitszeitverkürzung zu verbinden.

Dieser Prozess muss politisch gesteuert, wirtschaftsdemokratisch gestaltet, solide finanziert sowie mit der Sicherung von sozial regulierter Beschäftigung verbunden werden.

Energieverbrauch senken

Für die Verminderung des Energieeinsatzes in der Produktion und die Erhöhung der Energieeffizienz der Produkte existieren bereits gute Instrumente. Sie werden nur zu wenig angewendet beziehungsweise blockiert. So etwa das Top-Runner-Programm, mit welchem Japan gute Erfahrungen gemacht hat. Hersteller von Elektro- oder Elektronikgeräten müssen verpflichtet werden, den Stromverbrauch ihrer Geräte auf einen Wert zu senken, der alle drei Jahre festgelegt wird. Die Norm sollte sich aus den Verbrauchswerten der besten zehn Prozent der am Markt befindlichen Produktgruppe ergeben.

Energieverteiler oder Energiehändler sollen verpflichtet werden, den Absatz von Energie bei Endkundinnen und Endkunden jährlich um 1,5 Prozent zu mindern, wie dies im ersten Entwurf der europäischen Energieeffizienzrichtlinie vorgesehen war. Dieses System wäre aus zwei

Gründen ein enormer Fortschritt. Erstens würde erstmals ein wirkungsmächtiges Instrument zur Senkung des Energieverbrauchs in Unternehmen zur Verfügung stehen. Zweitens könnte sich ein innovativer Markt für Energiedienstleistungen entwickeln, die Einsparpotentiale bei Endkundinnen und Endkunden suchen und heben.

Ressourcenverbrauch senken/ Recycling

Auch im Bereich des Rohstoffverbrauchs müssen bewährte und neue Instrumente miteinander verknüpft werden. An vorderster Stelle muss stehen, die Wiederverwendung und das hochwertige Recycling von Materialien deutlich zu stärken. Das System der Produktverantwortung, welches bislang nur bei Verpackungen und Elektrogeräten existiert, sollte qualifiziert und auf andere Produkte ausgeweitet werden. Hersteller sollen verpflichtet werden, ihre Produkte nach ihrer Lebensdauer zurück zu nehmen, zu recyceln und vor allem auch zerstörungsfrei demontierbar zu machen. In Verbindung mit verlängerten Gewährleistungspflichten sollte dies dazu führen, dass Produkte langlebiger werden und Kundinnen

und Kunden sie viel öfter als heute zur Reparatur bringen anstatt sie wegzuwerfen.

Für ausgewählte Rohstoffe ist ein Mengenregulierungssystem einzuführen. Damit sollte der Verbrauch an Rohstoffen begrenzt werden, die selten sind oder deren Förderung beziehungsweise Nutzung mit unverträglich hohen Umweltbelastungen einhergeht. Begrenzt wird die Gesamtmenge an Rohstoffen, die in die Europäische Union eingeführt oder hier abgebaut werden darf. Dieses System könnte garantieren, dass Effizienzfortschritte nicht mehr durch Produktionsausdehnungen »aufgefressen« werden. Wird die Obergrenze langsam über Jahre abgesenkt, so sind die Unternehmen in der Lage, sich mit entsprechenden Effizienzinvestitionen oder sonstigen Programmen langfristig darauf einzustellen.

Umwelt- und Sozialbilanzen

Eine weiteres Instrument ist die Reform der Unternehmensberichterstattung. In Zukunft müssen der Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Beschäftigung und Arbeitsbedingungen fester Bestandteil von Bilanzen und Jahresabschlüssen sein. Berichtspflichten sollten sich – verbunden mit konkreten, gesetzlich vorgeschriebenen und vergleichbaren Messzahlen – auf die Themen Korruptionsbekämpfung, Menschenrechte, Arbeitsbedingungen, Beschäftigung, Material- und Energieverbrauch, Verbraucherschutz und unternehmerisches Engagement in lokalen Initiativen erstrecken. Eine verpflichtende Offenlegung und externe Kontrolle von Umweltdaten und Sozialstandards sollen sich auch auf Aktivitäten etwaiger Töchter, Zulieferer oder Auftragsfertiger erstrecken

Über eine Änderung des Aktiengesetzes müssen Aufsichtsratsmitglieder dem Wohl der sie entsendenden Gremien und zu Rechenschaft und Offenlegung verpflichtet werden. Zusätzlich sollte Whistleblowing, das im öffentlichen Interesse auf falsche Informationen aufmerksam macht, gesetzlich geschützt werden.

Beschäftigungschancen realisieren

Vorhandene Recycling- und Effizienzpotentiale müssen schon aus Gründen der Beschäftigungssicherung endlich gehoben werden. Die Steigerung der Rohstoffeffizienz birgt ein enormes Beschäftigungspotential: Bis zu 700.000 Arbeitsplätze sind bei konsequenter Umsetzung aller Materialeinsparungspotentiale im verarbeitenden Gewerbe bis 2030 möglich.

Eine durchaus realistische Verdreifachung des Einsatzes von recycelten Nichteisenmetallen würde 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die vorliegenden Studien zur Beschäftigungswirkung der erneuerbaren Energien gehen von Nettobeschäftigungsgewinnen von 100.000 bis 180.000 Arbeitsplätzen bis 2030 aus, die vor allem im industriellen Sektor anfallen werden. Allerdings gelten bisher in vielen der neuen Industriebereiche

OFFENE FRAGE 1:
Wie könnte ein Mengenregulierungssystem für ausgewählte Rohstoffe aussehen? Sollte man sich dabei am CO₂-Emissionshandel orientieren?

wie etwa der Photovoltaik, selten Tarifverträge. Es wird überdurchschnittlich mit Niedriglöhnen gearbeitet. Der sozial-ökologische Umbau muss mit Kampagnen für gute Arbeit verbunden werden. Staatliche Fördermaßnahmen von zinsverbilligten Krediten bis hin zur Forschungsförderung sind an entsprechende Kriterien zu binden.

Zusätzlichen Jobs in der Industrie können im Strukturwandel allerdings auch Arbeitsplatzverluste in der fossilen Energiewirtschaft oder anderswo gegenüber stehen. Es muss Aufgabe von Bund, Ländern, Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften sein, solche Prozesse sozial gerecht zu gestalten – durch einem Mix von attraktiven Übergangsregelungen und Abfindungen für ältere Beschäftigte, durch Qualifizierungsprogramme und Umzugshilfen für Jüngere. Am besten aber durch die Schaffung neuer Jobs in zukunftsfähigen Unternehmen.

Öffentliche Auftragsvergabe – Modellprojekte fördern

Um diese Ziele zu erreichen, müssen Industrieunternehmen und Beschäftigte mit öffentlichen Förderprogrammen, öffentlichen Investitionen und einer vorbildlichen öffentlichen Auftragsvergabe unterstützt werden. Diese sollen vor allem die Produkte und Produktionsverfahren fördern, die sich durch Langlebigkeit und einen niedrigen Material- und Energieverbrauch auszeichnen. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen stehen derzeit Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionsrechten sowie gegebenenfalls aus der Versteigerung von Rohstoffen bereit. Die LINKE hat dafür unter anderem die Bildung eines Energieeffizienzfonds vorgeschlagen, der auf Rohstoffeffizienz ausgedehnt werden könnte.

Anstatt es sich einfach zu machen wie die Bundesregierung mit ihrer nationalen Plattform Elektromobilität oder mit der Gebäudesanierung je nach Kassenlage, sollten weitergehende demokratische Umbauprozesse angestoßen und gefördert werden. Technologische Innovationen und Revolutionen müssen ganze Branchen erfassen. Sie dürfen aber nicht auf Markteinführungsprozesse verkürzt werden und Umweltprobleme nur verlagern. Technische Neuerungen müssen in einen Umbau der entsprechenden Systeme eingebettet werden. Sie müssen regional und in Modellprojekten erprobt werden. Elektromobilität macht beispielsweise nur Sinn, wenn der hohe Rohstoffverbrauch von seltenen Erden reduziert werden kann, wenn die Kapazitäten der erneuerbaren Energien ausgeweitet werden und wenn der öffentliche Nahverkehr massiv ausgebaut wird. Die Elektrifizierung des Antriebes reicht nicht aus. Sie kann nur ein eng begrenzter Bestandteil eines neuen Energie- und Verkehrssystems sein. Deshalb müssen Modellprojekte

gefördert werden, in denen wirtschaftsdemokratische Planung und ökologischer Umbau erfahrbar werden.

Gute Arbeit – betriebliche Mitbestimmung

Gute Arbeit ist ebenso wie Mitbestimmung eine Voraussetzung und Quelle für Produkt- und Prozessinnovationen.

Zukunftsperspektiven, Qualifikation, Motivation und Mitbestimmungsrechte entscheiden über die Qualität und Akzeptanz des Strukturwandels.

Die entscheidenden Vorgaben zur Minderung des Umweltverbrauchs muss der Staat setzen. Bei der betrieblichen Umsetzung kommt aber auch den Gewerkschaften und den Betriebsräten eine wichtige Funktion zu. Die Umwelt- und Sozialbilanzen müssen ihnen zur Prüfung vorgelegt werden. Die direkte Beteiligung von Beschäftigten kann zu einer signifikanten Verbesserung der ökologischen Innovationsfähigkeit von Unternehmen beitragen. Die Beschäftigten kennen ihren Arbeitsplatz am besten. Nur wenn sie für den sparsamen und effizienten Umgang mit Energie und Rohstoffen sensibilisiert und weiterqualifiziert werden, können Verbesserungspotenziale auch frühzeitig erkannt werden. Aufgrund ihrer Vertrauensbeziehung zu den Beschäftigten sind Betriebsräte – entgegen dem Vorurteil, sie wären Innovationsbremser – oft sehr gut in der Lage, zusätzliche Innovationspotenziale zu aktivieren, das Wissen von Beschäftigten in den Innovationsprozess einzubringen und diesen zugleich arbeitsorientiert zu gestalten.

Zu diesem Zweck müssen die Beschäftigten über ihre im Betriebsverfassungsgesetz verankerten Rechte beim betrieblichen Umweltschutz hinaus schon im Planungsstadium an der Einführung neuer Technologien, Produkte und Verfahren beteiligt werden. Die Belegschaft beziehungsweise Betriebsräte brauchen das Recht, Arbeitsgruppen zu bilden, die während der Arbeitszeit Vorschläge für soziale und ökologische Verbesserungen der Produkte und der Produktionsabläufe erarbeiten. Dazu gehört auch das Recht, externe Beratung aus Wissenschaft und Verbänden hinzuzuziehen.

Ergänzend zur Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung stärkt die Umwandlung von Gewinnanteilen in eine gemeinschaftliches und nicht handelbares

Belegschaftseigentum die Position der Beschäftigten bei betrieblichen Entscheidungen. Das Belegschaftseigentum muss von der gesamten Belegschaft demokratisch verwaltet werden.

Der sozial-ökologische Umbau muss mit Kampagnen für gute Arbeit verbunden werden.

Ergänzend zur Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung stärkt Belegschaftseigentum die Position der Beschäftigten.

Branchenumbau und Strukturwandel wirtschaftsdemokratisch gestalten

Koordiniert werden soll der Umbau auf allen Ebenen durch Branchendialoge und Beiräte, in denen Unternehmen, Wissenschaft, Umweltverbände und Gewerkschaften vertreten sind. Sie sollen den sozial-ökologischen Umbau von Betrieben und Regionen befördern sowie an der politischen Rahmensetzung für den sozial-ökologischen Umbau beteiligt sein. Die Beiräte haben auf den unterschiedlichen Ebenen spezifische Aufgaben: Erstellung von Umbau- und Fortschrittsberichten, fachliche Begleitung von Umbauprozessen, Mitentscheidung über die Vergabe von Fördermitteln. Sie haben auf ihrer jeweiligen politischen Ebene ein Initiativrecht. Dabei kommt der regionalen Strukturpolitik eine besondere Bedeutung zu: Eine Voraussetzung dafür ist aber, dass Landes- und Regionalentwicklungspläne zu echten demokratischen Gestaltungsinstrumenten weiterentwickelt werden.

OFFENE FRAGE 2:

*Wie viel Beschäftigung ist durch den Umbauprozess zu erwarten?
Welche Anforderungen an das Qualifikationsprofil der Beschäftigten werden gestellt?
In welchem Umfang und an welchen Standorten ist mit negativen Folgen für die Beschäftigung zu rechnen?
Können alternative Arbeitsplätze in anderen Unternehmen oder in anderen Branchen angeboten werden?*

Eine rein defensive Strategie, welche die zentrale Frage der Beschäftigungssicherung lediglich mit dem zeitweisen »Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen« beantworten würde, kommt nicht in Frage. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschaften sollen zum Agieren befähigt werden – nicht nur zum Reagieren. Auch hier gibt es bereits Beispiele wie die so genannte »Radolfzeller Vereinbarung der IG Metall mit Siemens«. Diese

Vereinbarung beinhaltet neben dem mittelfristigen Ausschluss der Verlagerung oder Schließung von Standorten vor allem weitreichende Informations- und Beratungsrechte für die Arbeitnehmerseite bei Investitionsentscheidungen, beabsichtigten Umstrukturierungen und Standortentscheidungen. Damit besteht die große Chance, kritische Entwicklungen am eigenen Standort möglichst frühzeitig zu erkennen und ihnen zu begegnen.

MOBILITÄT für Alle mit weniger Verkehr

Vision 2050

Öffentlicher Verkehr ist eine öffentliche Aufgabe. Aus sozialen, politischen und finanziellen Gründen. Entsprechend befinden sich öffentliche Verkehrsmittel in öffentlichem Eigentum. Die Deutsche Bahn AG ist eine demokratisch

kontrollierte Anstalt des öffentlichen Rechts geworden.

Ziel einer sozial-ökologischen Verkehrspolitik ist es, das Grundbedürfnis nach Mobilität für ALLE Menschen zu ermöglichen – mit geringstmöglichen Umweltbelastungen und zu den geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten. Mobilität ist mehr als das wirtschaftlich Notwendige, also der Transport von Gütern und das Pendeln von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Einkäufe tätigen, Familie und Freunde besuchen, Erholung und Urlaub sind Grundbedürfnisse von Menschen. Ein Grundrecht auf Mobilität kann nicht gleichgesetzt werden mit dem Grundrecht auf ein eigenes Auto. Es gibt keinen Anspruch auf ein bestimmtes Transportmittel.

Das Grundrecht auf Mobilität ist nur dann wirklich etwas wert, wenn man/frau tatsächlichen Zugang zu den Transportmitteln hat. Das bedeutet einerseits physischer Zugang, also ohne Barrieren für Behinderte, für Eltern mit Kinderwagen oder für Radfahrer. Das bedeutet andererseits finanzieller Zugang. Man/frau muss sich die Nutzung auch leisten können.

Das Verkehrssystem der Zukunft ist ein überwiegend öffentliches Verkehrssystem. Es ist nicht nur eine gleichberechtigte Alternative zum eigenen Fahrzeug, sondern dank konsequenter politischer Förderung mittlerweile sogar besser – und im Nahverkehr sogar kostenlos nutzbar.

Diesen öffentlichen Verkehr der Zukunft kennzeichnen perfekt aufeinander abgestimmte Fahrpläne und durchgehende Barrierefreiheit. Angeboten werden flexible »Gefäße« für Rollstühle, Kinderwagen und Fahrräder sowie Abteile für Kinder und geschäftliche Besprechungen. Passfähig gestaltet sind die weiterhin kostenpflichtigen Taxi- und CarSharing-Angebote sowie die erheblich ausgeweiteten Fernverkehrsangebote der Bahn.

Autos werden wesentlich weniger genutzt als früher, weil es die öffentliche Alternative gibt. Und weil Autofahren immer etwas (mehr) kostet als der öffentliche Verkehr.

Die Koordinierung der Verkehrsangebote wurde einer am Verkehrsministerium angebotenen öffentlichen Institution übertragen, die zusammen mit einem Bürgerbeirat über Verbesserungen im bundesweiten Verkehrsangebot berät. Auch die Verkehrsunternehmen selber unterbreiten natürlich Vorschläge. Der Beirat setzt sich zusammen aus Interessenvertreterinnen und -vertretern (Umwelt- und Verbraucherschutz, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände) und einigen Bürgerinnen und Bürgern. Er ist auch an der Genehmigung der Tarife für den Fernverkehr beteiligt. Die Politik hat erkannt, dass die Grabenkämpfe früherer Zeiten zu einer Dauerblockade geführt haben. Auf regionaler und kommunaler Ebene gibt es ebenfalls entsprechende Beiräte.

Wettbewerb im klassischen Sinn gehört beim Personenverkehr der Vergangenheit an. Der überwiegende Teil des Verkehrs wird von öffentlichen Unternehmen durchgeführt. Lediglich bei den Auto-Verleihfirmen, bei den CarSharing-Diensten, bei den Taxen und in der



Luftfahrt gibt es konkurrierende Anbieter, die sich aber ebenfalls der öffentlichen Preisfestlegung unterwerfen müssen. Der Wettbewerb kann dabei auch nicht über die Löhne geführt werden – überall wird Tariflohn bezahlt. Nur über die Kundenbindung und Zusatzleistungen können Kunden gewonnen beziehungsweise gehalten werden.

Autos sind natürlich wesentlich umweltfreundlicher als früher, was auch daran liegt, dass sie nicht schneller als 130 Stundenkilometer fahren können, weswegen die Motoren wesentlich geringer dimensioniert sind.

Es gibt viel weniger Autos im Privatbesitz als früher. Wegen der freieren Straßen sind Taxen schneller – und deswegen, relativ betrachtet, auch günstiger. Zudem ist das Ausleihen von Autos ist nicht mehr an konkrete Standorte gebunden und damit wesentlich einfacher möglich.

Auf den Straßen gelten Tempolimits (120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen, innerorts 50 km/h auf Hauptstraßen und 30 km/h auf Nebenstraßen). Aber auch auf der Schiene wird nur selten schneller als 200 km/h gefahren. Und nie schneller als 300 km/h, das lohnt bei den kurzen Distanzen nicht und

verbraucht zu viel Energie. Wenige (neue) Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen den großen Ballungsräumen sowie perfekte Verbindungen zu Taktzeiten in den Haltepunkten ins Nebennetz haben den innerdeutschen Luftverkehr und in die Nachbarstaaten dennoch praktisch zum Erliegen gebracht. Die hohen Steuern auf den klimakiller Luftverkehr haben dazu auch einen Beitrag geleistet.

Ein vollständiges Nachtflugverbot konnte auch deshalb durchgesetzt werden, weil im Gegenzug sukzessive ein umfangreiches Angebot von Nachtzügen eingerichtet wurde.

In den Dörfern und Städten haben sich die Menschen den öffentlichen Raum zurückerobert.

Fußgänger und Radfahrerinnen sind gegenüber dem motorisierten Verkehr gleichberechtigt. Für den Radverkehr wurden zu Lasten des geringeren Autoverkehrs, der ohnehin weniger Straßenraum braucht, viele neue Radstreifen angelegt. Die Stellplätze im öffentlichen Raum wurden zu Gunsten der Fußgänger reduziert. Im ländlichen Raum haben sich flexible Angebote wie BürgerInnenbusse oder Anruf-Sammel-Taxis etabliert, so dass auch hier die Abhängigkeit vom Auto deutlich zurückgegangen ist. Auch dadurch konnte der Wegzug aus den ländlichen Gebieten gestoppt werden.

Das frühere exorbitante Wachstum des Güterverkehrs wurde gestoppt. Europaweit einheitliche technische Systeme lassen den Systemvorteil der Bahn endlich zur Geltung kommen. Die Lkw-Lawinen in

OFFENE FRAGE 1:

Soll der gesamte öffentliche Personenverkehr durch öffentliche Unternehmen durchgeführt werden? Oder wäre es auch ausreichend, wenn private Unternehmen innerhalb eines klar definierten öffentlichen Auftrags mit klaren vertraglichen Regeln, an Tarife gebunden und mit strenger öffentlicher Kontrolle die Verkehrsleistungen durchführen würden? Sollte auch der Güterverkehr öffentlich durchgeführt werden?

OFFENE FRAGE 2:

Die Vision lässt die Frage offen, wie viele Pkw es im Jahr 2050 geben wird. Deutlich wird, dass es wesentlich weniger sein werden als heute. Was würde das für die Zukunft der Automobilindustrie und die Beschäftigten bedeuten? Können sich die Hersteller zu Mobilitätsanbietern mit höheren Dienstleistungsanteilen wandeln?

Europa gehören der Vergangenheit an. Der Frachtflugverkehr ist durch die regionalere Ausrichtung vieler Produktionsprozesse deutlich zurückgegangen und wurde auf siedlungsferne Flughäfen verlagert. Der Lkw nutzt seine Stärken in der Feinverteilung. Güterverkehre mit mehr als 250 km Distanz werden, wo dies technisch machbar ist, fast grundsätzlich über die Schiene abgewickelt. Nachfahrverbote für Lkw innerorts und eine Reduktion des maximal zulässigen Gesamtgewichts von Lkw tragen zusätzlich zur Verkehrsverlagerung und -vermeidung bei. Die Klima-

Lieferungen werden nicht mehr von jedem Unternehmen mit eigenen Fahrzeugen durchgeführt. Vielmehr gibt es »Sammelfahrten« mit »neutralen« Dienstleistern, die insbesondere die Feinverteilung in den Städten durchführen, um die Umweltbelastungen weiter zu reduzieren und hohe Energiekosten zu sparen.

Ist-Zustand

Im Verkehrssektor bündeln sich entscheidende Herausforderungen unserer Zeit. Die Mobilität von Personen und der Transport von Gütern



sind in extremer Weise abhängig vom Erdöl, also von einer Energiequelle, die in absehbarer Zeit knapp zu werden beginnt und deswegen erheblich teurer sein wird. Trotzdem steigt noch immer die Verbrennung von Rohölderivaten (Diesel, Benzin und Schweröl) im Straßenverkehr, in der Luftfahrt und in der Seeschifffahrt. Entsprechend wachsen die CO₂-Emissionen durch den Verkehr – in Europa um knapp 30 Prozent seit 1990. Der Anteil

belastung ist deswegen auf ein verträgliches Maß begrenzt. Die Binnenschifffahrt übernimmt parallel zur Schiene Gütertransporte, die vor allem regionale Kreisläufe schließen. Es gibt ein gut funktionierendes Verkehrsmanagement, das die Auslastung und zeitliche Anbindung sowie die Verknüpfung der Verkehrsträger im Blick hat und Leerfahrten vermeidet.

Transportpreise sind heute Dumpingpreise.

Die Bahn ist dank eines umfassenden Umrüstprogramms seit 2020 sauber und leise – ergänzt durch neue, siedlungsferne Trassen. Der Schienenlärm

konnte deshalb bereits seit dem Jahr 2030 auf ein verträgliches Maß reduziert werden. Der regionale und überregionale Schiffsverkehr ist lärm- und emissionsarm. Gütertransport, Wassertourismus und Wassersport finden in naturnahen Flusslandschaften statt. Größe und Leistung der Wasserfahrzeuge werden durch die Zugänglichkeit der befahrbaren Flüsse bestimmt. Hochtourige Schiffs- und Bootsmotoren sind durch strikte Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Flüssen und Kanälen überflüssig geworden.

Zwar gibt es noch verschiedene Güterverkehrsunternehmen, die im Fernverkehr mit der bundeseigenen Bahn konkurrieren. Doch nimmt die Zahl der Kooperationen weiter zu, nicht nur auf der Schiene, auch auf der Straße.

des Verkehrs am Klimawandel beträgt derzeit in Europa und auch in Deutschland etwa 20 Prozent.

Weltweit gibt es eine kontinuierliche Steigerung der »Transportintensität« als Folge der Globalisierung: Die Zahl der Transportkilometer, die in einer Ware oder einer Dienstleistung von ein und derselben Qualität stecken, steigt kontinuierlich an. Der Verkehr wächst – und zwar stärker als die Wirtschaft. Dazu tragen massive Fehlinvestitionen und die Subventionierung der Verkehrsträger bei. Die umweltschädlichsten Verkehrsträger Luftfahrt und Straßenverkehr profitieren erheblich von der Überwälzung der Umweltkosten auf die Allgemeinheit. Dadurch werden ärmere Bevölkerungsgruppen überproportional belastet. Auch weil sie dort wohnen, wo die Umweltbelastungen, wie beispielsweise an Hauptstraßen, besonders groß sind.

Transportpreise sind heute Dumpingpreise. Technische Verbesserungen dämpfen bislang nur den Anstieg der CO₂-Emissionen, führen aber zu keiner Absenkung der Emissionen. Extrem problematisch ist auch der massive Einsatz von Agrokräften, deren Bezeichnung als »Biosprit« bereits Teil der Ideologie der Autogesellschaft ist. Massenelend und Hunger in vielen Ländern des Südens hängen inzwischen eng mit der beschriebenen Struktur des Transportsektors in den hochmotorisierten Ländern zusammen.



Im Vergleich zum Straßenverkehr und zum Luftverkehr sind Eisenbahnen sowie Binnen- und Seeschifffahrt wesentlich umweltfreundlicher. Aber auch sie verursachen erhebliche Belastungen. Schiffe fahren auf den Meeren mit extrem schadstoffbelastetem Schweröl. Deshalb ist der Anteil der Schifffahrt an den weltweiten Schwefeldioxid- und Stickoxid-Emissionen auf 40 Prozent gestiegen, während ihr Anteil am CO₂-Ausstoß »nur« etwa 5 Prozent beträgt. Bei der Binnenschifffahrt und bei den Seehäfen schlagen erhebliche Eingriffe in die besonders schützenswerten Flusslandschaften negativ zu Buche. An Güterverkehrsstrecken der Bahn und im Umfeld der Flughäfen ist Verkehrslärm ein großes Problem, wenn auch die Anzahl der Betroffenen geringer als beim Straßenverkehr ist.

In der Bundesrepublik wächst der Autoverkehr (Pkw) seit Jahren nur mit relativ geringen Raten, insbesondere im Vergleich zu Lkw, Luftverkehr und Seeschifffahrt. Auch wenn das Niveau der CO₂-Emissionen durch Pkw immer noch deutlich über denen von Lkw und Flugzeugen liegt, »holen« diese mit Riesenschritten auf. Wenn sich am Trend nichts ändert, wird in wenigen Jahren der Lkw den Pkw beim CO₂-Ausstoß überholen. Auch die Luftfahrt wächst durchschnittlich mit etwa fünf Prozent pro Jahr und verdoppelt sich somit alle 15 Jahre. Zudem sind die Emissionen in großer Höhe bis zu vier Mal klimaschädlicher als am Boden.

In Deutschland leben gut 14 Millionen Menschen in Haushalten ohne eigenen Pkw. Etwa die Hälfte der Haushalte ohne Pkw verzichtet freiwillig. Die andere Hälfte kann sich kein eigenes Fahrzeug leisten. Die Situation der Autoverfügbarkeit stellt sich in Stadt und Land sehr unterschiedlich dar. Als Faustregel kann gelten: je größer die Stadt und damit je besser das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs, desto geringer ist der Autobesitz. Auf dem Land hingegen ist man fast zwangsläufig auf ein Auto angewiesen, weil das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs oftmals nur aus Schulbussen besteht. Alle, die auf dem Land kein Auto zur Verfügung haben, sind von der Teilnahme am

gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen.

Obwohl die PKW-Abhängigkeit reduziert werden muss, geht die Strategie der Deutschen Bahn an den Wünschen der meisten Kunden vorbei. Für enorme Summen werden nur die Verbindungen zwischen den Großstädten beschleunigt. Die Kunden, die in die nächste Mittel- oder Kleinstadt weiter müssen, warten oftmals bis zu einer Stunde auf ihren Anschlusszug. Der Zwang, den

Schienen-Fernverkehr anders als den Schienen-Nahverkehr eigenwirtschaftlich betreiben zu müssen, führte zusammen mit der Orientierung auf einen Börsengang zu einem Abhängen vieler mittelgroßer Städte vom Fernverkehr.

Die »Selektion« der Kunden erfolgt auch über die Preise. In Verkehrsverbänden werden sie immerhin mit öffentlicher Beteiligung festgelegt, so dass hier der Preisanstieg zwar auch zu groß ist, aber hinter dem im Fernverkehr der Bahn zurücksteht. Weitere »selektive« Maßnahmen sind die Abschaffung von Kinderabteilen, die Beschränkung auf ein Kinderabteil pro Zug, das Verbot der Fahrradmitnahme in ICE, der Zwang für Rollstuhlfahrer, sich für einen bestimmten Zug anmelden zu müssen, und das komplizierte Preissystem.

Umbau

Der Personenverkehr ändert sich durch eine gezielte Strukturpolitik, die Dezentralität, Nähe und kurze Wege fördert. So lässt sich beispielsweise der Freizeitverkehr erheblich vermindern, der gegenwärtig für mehr als die Hälfte der gefahrenen Pkw-Kilometer verantwortlich ist: Autostädte produzieren millionenfache »Fluchten ins Grüne«. »Grüne Städte« hingegen haben einen großen Erholungswert und bieten viele Freizeit-, Erholungs- und kulturelle Möglichkeiten, mit denen vor allem Pkw-Fahrten vermieden werden. Eine vergleichbare Politik zur Vermeidung von motorisiertem Verkehr lässt sich für den Einkaufsverkehr, für Verwaltungswege, oft auch für den Ausbildungs- und den Berufsverkehr konkretisieren. Kurze Wege führen fast automatisch zu einer deutlichen Erhöhung der Anteile von Fußgängerwegen und von Fahrradfahrten im gesamten Personenverkehr. Wenn zusätzlich die öffentlichen Verkehrsmittel umfassend ausgebaut und attraktiver gemacht werden, kann die gesamte Struktur des Personenverkehrs nachhaltig verändert werden.

Um den Pendlerverkehr zu reduzieren, ist auch ein neues Leitbild der Regionalplanung



nötig. Ziel sollte es sein, verschiedene Lebensfunktionen zu re-integrieren, statt sie weiter zu trennen. Die zunehmende Spezialisierung von Tätigkeiten und der zunehmende Zwang, auch weit entfernte Jobs anzunehmen, setzen diesen Bestrebungen allerdings Grenzen. Und Umlandgemeinden großer Städte wollen gerne Einwohner und damit Steuerzahler gewinnen und Unternehmen ansiedeln – den Idealen der Planer zum Trotz.

OFFENE FRAGE 3:

Wie weit lässt sich eine räumliche Wiederannäherung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit erreichen? Wie weit steht dem die bisherige und weiter fortschreitende Spezialisierung der Berufe entgegen? Welche Anreize können die Wiederannäherung befördern?

Auf der anderen Seite muss der Verkehr so umweltfreundlich wie möglich abgewickelt werden. Dabei gilt: Alle motorisierten Verkehrsmittel müssen umweltfreundlicher werden. Im Vergleich zum Bahnreisen, Fahrradfahren und zu Fuß gehen ist die Autofahrt mit einem sehr großen Ressourcen-

verbrauch für die Fahrzeuge und mit sehr hohem Energieaufwand verbunden. Beides lässt sich zwar reduzieren, aber nicht unendlich. Deshalb sind Fuß- und Radverkehr zu fördern, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) Schritt für Schritt auszubauen, alle Verkehrsmittel miteinander – auch mit dem Auto – zu vernetzen.

Vernetzen ist sowohl baulich zu verstehen, beispielsweise durch Fahrradstellplätze an Haltepunkten des öffentlichen Verkehrs, als auch organisatorisch. Letzteres meint abgestimmte Fahrpläne, einheitliche Buchung und einheitliche Abrechnungen. So können alle Verkehrs-

träger entsprechend ihrer Stärken zur Erfüllung der verschiedenartigsten Anforderungen genutzt werden, in so einfach wie möglich zu gestaltenden Wegekettten. Hier gibt es bereits viele einzelne Bausteine, die nur endlich breit umgesetzt werden müssen.

Eine vergleichbare Politik ist beim Gütertransport erforderlich. Die Förderung von Nähe, Dezentralität und kurzen Wegen heißt für den Gütertransport: Förderung der regionalen Wirtschaft und Reduktion beziehungsweise Einschränkung der im globalen Maßstab arbeitsteiligen Ökonomie. Dabei spielen die Höhe und die Struktur der Transportpreise eine große Rolle. Eine systematische Integration der »externen Kosten« in die Transportpreise und die Verwirklichung von »Kostenwahrheit« führt zu insgesamt deutlich höheren Transportpreisen und fördert den Rückgang der Transportleistungen. Der größte Teil der verbleibenden Güterverkehre kann wieder zurück auf Schiene, Binnenwasserstraßen, Schifffahrt und in Pipelines verlegt werden. Das derzeit vielfach vorgebrachte Totschlagargument, diese die Umwelt und das Klima weniger belastenden Verkehrsträger seien nicht in der Lage, den derzeitigen Straßenverkehr zu übernehmen, wird durch die drastische Reduktion der Güterverkehrsleistungen entkräftet.

Ordnungsrechtliche Vorgaben tragen maßgeblich zur kontinuierlichen Reduzierung der Umweltbelastungen aus dem Verkehr bei. Geschwindigkeitsbeschränkungen werden auf Straße und Wasser flächendeckend eingeführt. Für Pkw, Lkw, Flugzeuge, Züge und Schiffe gelten verschärfte Schadstoff-Grenzwerte.

Im Straßenverkehrsrecht gilt Vorrang für Fuß-, Rad-, und öffentlichen Verkehr. Für Menschen mit niedrigerem Einkommen werden zunächst für den gesamten öffentlichen

Verkehr ermäßigte Tarife eingeführt, später auch für Leihautos/CarSharing und Taxen.

Der Abbau finanzieller Subventionen des Straßenverkehrs ergänzt die ordnungsrechtlichen Vorgaben. Die Dienstwagenbesteuerung muss so reformiert werden, dass umweltfreundlichere Fahrzeuge steuerlich besser gestellt werden. Die Pendlerpauschale muss zunächst sozial gerecht in eine Zulage umgewandelt werden. Die Kfz-Steuer ist für neu angeschaffte Fahrzeuge radikal so umzustellen, dass die Umweltbelastungen einziges Kriterium werden. Im Luftverkehr muss endlich eine Kerosinsteuer eingeführt werden. Auch eine Ticketabgabe, deren Einnahmen für die Entwicklungshilfe bereit gestellt werden, wird eingeführt. Im Schienenverkehr sind finanzielle Belastungen abzubauen, insbesondere ist die Mehrwertsteuer im Fernverkehr auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent zu reduzieren.

Auf EU-Ebene ist die vollständige Anlastung der Wegekosten (der Kosten für den Bau und den Unterhalt) und der externen Kosten über flächendeckende, fahrleistungsabhängige Gebühren auf allen Straßen, Kanälen, Schienenwegen, Häfen und Flughäfen für Lkw ab 3,5 Tonnen verpflichtend zu beschließen. Im Individualverkehr mit Pkw und Zweirädern erfolgt die Kostenanlastung nicht mittels einer Gebühr (wegen datenschutzrechtlicher Bedenken und wegen der hohen Kosten eines Erfassungssystems), sondern durch einen EU-weit abzustim-

menden Anstieg der Mineralölsteuer.

Die Bundesrepublik braucht eine neue

Investitionspolitik mit einem Vorrang für den Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger und mit einer Demokratisierung der Entscheidungsprozesse bei Infrastrukturmaßnahmen. Alle Investitionsentscheidungen müssen auf ihren Beitrag zur Erreichung der Zielvorgaben für Klima, Umweltschutz und für die Verfügbarkeit von öffentlichen Verkehrsangeboten geprüft werden. Beim öffentlichen Nah-

und Fernverkehr müssen nicht nur ausreichende öffentliche Mittel für die Investitionen bereitgestellt werden, sondern auch für den Unterhalt und die Gewährleistung zunehmend besserer Angebote. Nur mit ausreichender öffentlicher Finanzierung können auch die bisher überwiegend freiwillig und ohne Bezahlung von Bürgerinnen und Bürgern gewährleisteten flexiblen Bedienformen (z.B. BürgerInnenbus) im ländlichen Raum flächendeckend etabliert werden. Die Gewährung öffentlicher Mittel wird immer mit den Auflagen verbunden, flächendeckend Sozialtarife einzuführen, die Tarife einzuhalten, kurzfristig eine durchgehende Barrierefreiheit herzustellen und eine Fahrtzielgarantie auszusprechen, wie es sie im Odenwald gibt, wo den Kunden auch bei Fahrzeugausfällen oder verpassten Anschlüssen garantiert wird, dass sie Anspruch auf das Erreichen ihres Ziels innerhalb einer bestimmten Frist haben.

OFFENE FRAGE 4:

Wie weit trägt das Konzept der Regionalisierung der Wirtschaft? Wo liegen »optimale Wirtschaftsräume«, wenn die ökologischen und sozialen Kosten in die Rechnung eingehen? Wie viele Transporte lassen sich dadurch tatsächlich einsparen? Welche Maßnahmen wären für eine Regionalisierung der Wirtschaft über die skizzierten Instrumente hinaus erforderlich?





AGRAR: Wochenmarkt statt Weltmarkt

Vision 2050

Die Agrarwirtschaft orientiert sich nicht am Weltmarkt, sondern am Wochenmarkt. Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung sind Leitbilder der internationalen Agrarpolitik. Jede Region der Welt – auch die EU – kann sich im Wesentlichen selbst ernähren und lebt nicht über ihre Verhältnisse.

Weitgehend regionale Kreisläufe statt globaler Irrwege tragen dazu bei, Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und Verbrauch wieder räumlich zusammen zu bringen. Das spricht nicht gegen die EU als gemeinsamen Markt, aber gegen die unnötigen Transporte von Nahrungsmitteln, die auch in näherer Umgebung hätten angebaut, verarbeitet und verkauft werden können. Die Bedeutung lokaler und regionaler Märkte für gesunde, sichere und bezahlbare Lebensmittel wächst stetig.

Der Zusammenschluss und die Kooperation von Bäuerinnen und Bauern wirken der Marktmacht von Handel und Verarbeitung entgegen, beispielsweise durch Erzeuger- oder Absatzgenossenschaften. Landwirtinnen und Landwirte erhalten kostendeckende Preise für ihre Produkte, die auch für Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar sind. Die in der Agrarwirtschaft Beschäftigten bekommen alle einen Tariflohn mindestens in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns. Weltweit wird genug gesunde Nahrung produziert, die allen zugänglich ist.

Der weitgehend geschlossene Betriebskreislauf ist das Leitbild in der Agrarwirtschaft

Der weitgehend geschlossene Betriebskreislauf, welcher Boden, Pflanze und Tier mit minimiertem externen Betriebs-

mittelzukauf verbindet, ist das Leitbild in der Agrarwirtschaft. Die Agrarwirtschaft schont die Ressourcen und setzt Energie sparsam ein. Die Bewirtschaftung schont Boden, Klima, Gewässer und den Wasserhaushalt. Bodenverluste werden vermieden und die Bodenfruchtbarkeit stetig verbessert. Nutztiere werden tiergerecht gehalten. Die Tierhaltung orientiert sich an der Fläche, die in der Region für Ver- und Entsorgung zur Verfügung steht und ist ebenfalls ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Die Politik beschäftigt sich regelmäßig damit, wie schonender gewirtschaftet werden kann und ob alle Produkte und Produktionsweisen Bestand haben können.

Auch die Ernährungs- und Konsumgewohnheiten haben sich auf ein sozial und ökologisch verantwortbares Maß angepasst. Die sozialen und ökologischen Produktions-, Verarbeitungs- und Handelsbedingungen von Nahrungsmitteln sind für Verbraucherinnen und Verbraucher problemlos erkenn- und nachvollziehbar. Der Fleischbedarf ist in der EU reduziert. Damit wurden vormalige Anbauflächen für Futtermittel im Ausland frei. Agrarexporte sind nur für hochveredelte Produkte erlaubt.

Der Energiebedarf des landwirtschaftlichen Maschinenparks ist von fossilen auf betriebsintern oder zumindest regional produzierte Pflanzenöle und -kraftstoffe umgestellt. Agrotreibstoff wird regional erzeugt und nur von Agrarbetrieben und vom ÖPNV verbraucht. Kleinere Betriebe schließen sich gegebenenfalls mit Nachbarbetrieben zur effektiven Nutzung der Produktionstechnik zusammen (Beispiel Maschinenringe). Der Import von Agrosprit oder Palmöl ist wegen der damit einhergehenden Flächenkonkurrenz und der enormen Umweltfolgekosten in der EU verboten.

Der Futtermittelbedarf tierhaltender Betriebe wird im Umkreis weniger Kilometer gedeckt. Daher wurde der Anteil des klimaschon-

den Grünlandes erhöht und der Anbau von eiweißhaltigen Futterpflanzen durch öffentliche Mittel unterstützt. Der Import von Futtermitteln, die außerhalb der EU produziert wurden, ist verboten. Zur Verbesserung des Pflanzenschutzes setzen die Agrarbetriebe auf risikoorientierten, effektiven Einsatz, selbst hergestellte Schutzmittel, die Förderung von Nützlingen und deren Biotopen, abgestimmte Fruchtfolgen sowie präventive Bodenbearbeitung und Mischkulturen.

Das Bodeneigentum ist in vielen Händen. Kleinbäuerliches, gemeinsam bewirtschaftetes (z.B. in Genossenschaften) und öffentliches Eigentum bilden die Grundlage einer an gesellschaftlichen Zielen ausgerichteten Agrarproduktion. Die Konzentration von Bodeneigentum und der Kauf durch nichtlandwirtschaftliche Erwerberinnen und Erwerber ist verboten. Großflächige Landnahme findet nicht statt. Der Flächenverbrauch durch Siedlungen oder Verkehrsrueten ist radikal reduziert. Neuversiegelungen sind nur bei gleichzeitiger Entsiegelung anderer Flächen genehmigungsfähig. Biologische Vielfalt wird durch ökologische Vorrangflächen und Ökokonten für Ausgleichsmaßnahmen geschützt.

Ist-Stand

Die Agrarwirtschaft produziert die Grundlagen unseres Lebens. Landwirtschaft, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie Gartenbau sind weltweit der größte Arbeitgeber und die wichtigste Erwerbsquelle. Mehr als alle anderen Wirtschaftszweige stellt sie Produkte her, die als »Lebensmittel« unverzichtbar sind. Gleichwohl hat auch sie ihren Beitrag zur Reduzierung von Rohstoff- und Energieverbrauch zu leisten.

Die Agrarwirtschaft verbraucht erhebliche stoffliche und energetische Ressourcen zur Produktion von Lebensmitteln, Futtermitteln und Biomasse (energetische und stoffliche Nutzung). Durch das Pflanzenwachstum produziert sie einen beträchtlichen Teil ihrer benötigten Rohstoffe und Energien jedoch selbst. Gleichwohl müssen zusätzliche externe Betriebsmittel wie Dünger, Pflanzenschutzmittel, Agrardiesel oder Futtermittel eingekauft und in den Produktionsprozess eingebracht werden. Dadurch lassen sich die Erntemengen bis zu einem bestimmten Grad steigern. Doch es gilt nicht: Viel hilft viel! Oft gelingt keine ausgewogene Balance zwischen Ressourcenaufwand und notwendigem agrarischen Produktionsumfang.

Entscheidend zur Bewertung landwirtschaftlicher Kreisläufe muss eine betriebliche Rohstoff- und Energiebilanz werden. Klimapoliti-

sch ist die Agrarwirtschaft zugleich Teil des Problems und der Lösung. Der Landwirtschaft werden weltweit 31 Prozent aller Klimagasemissionen zugerechnet. In Deutschland sind es 13,5 Prozent. Hinzu kommen Emissionen für Transport, Kühlung und Lagerung von

circa neun Prozent. Die Landwirtschaft ist somit Verursacher und gleichzeitig Opfer des Klimawandels, zum Beispiel durch Überschwemmungen, Trockenheit oder Schädlingsausbreitung.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Agrarwirtschaft enorm entwickelt. Mit der Einführung von Landmaschinen und Agrochemikalien ging ein grundlegender Wandel einher. Die Erträge wurden durch zusätzliche mineralische Dünger gesteigert, Pflanzenkrankheiten oder Schädlinge mit chemisch-synthetischen Mitteln bekämpft und die menschliche Arbeit durch den Einsatz von Maschinen erleichtert oder ersetzt. Durch Verbesserung der Zucht standen leistungstärkere Nutzpflanzen und Nutztierassen zur Verfügung. Die höhere Produktivität ging vielerorts mit einem deutlichen Rückgang der biologischen Vielfalt sowie einer erhöhten Belastung der Gewässer und der Umwelt einher. Gleichzeitig werden in Deutschland jährlich 11 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen.

Was zu einer enormen Produktivitätssteigerung führte, sorgte zudem für wachsende Abhängigkeiten von externen Betriebsmitteln. Auch bei den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln gibt es einen zu erwartenden Peak (zum Beispiel für Phosphor). Damit sind steigende Preise für den Agrarbetrieb zu erwarten. Von 2000 bis 2010 sind für einheimische Betriebe die Düngemittelkosten um 149 Prozent gestiegen. Für Energie- und Schmierstoffe betrug die Steigerung 55 und für Futtermittel 25 Prozent.

Die Bodenkauf- und Pachtpreise sind auch durch öffentliche Förderung und wegen der Privatisierungspraxis der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) in Ostdeutschland stark gestiegen. In fünf Jahren um 85 Prozent. Der Boden ist die Produktionsgrundlage der Betriebe. Können die Kauf- und Pachtpreise nicht refinanziert werden, ist das existenzbedrohend.

In den vergangenen zwanzig Jahren ist zwar aufgrund politischer Rahmenbedingungen und Preissteigerungen der Aufwand an Mineraldünger pro Hektar merklich zurück gegangen. Doch immer noch werden jährlich beispielsweise 1,5 Millionen Tonnen mineralischer Stickstoff ausgebracht. Der Stickstoffüberschuss liegt noch immer bei 100 kg / Hektar und damit 20 kg über der Zielmarke.

Neben den Dünge- und Pflanzenschutzmitteln müssen viele Betriebe auch teilweise ihre Futtermittel zukaufen. Von den insgesamt 70 Millionen Tonnen in Deutschland pro Jahr verfütterten Getreideeinheiten stammen nur 58,6 Millionen Tonnen aus einheimischer Produktion. Der Rest

muss importiert werden. Dabei handelt es sich vor allem um eiweißhaltige Pflanzen, die in Südamerika angebaut werden (beispielsweise Soja) und dort direkt oder indirekt zu Waldrodung beziehungsweise massivem Ausbau von Monokulturen, Gentech-Anbau und Vertrei-

Klimapolitisch ist die Agrarwirtschaft zugleich Teil des Problems und der Lösung.

bung der regionalen Bevölkerung führen.

Weltweit benötigen sieben Milliarden Menschen Zugang zu sauberem Wasser und gesunder Ernährung. Die Zahl der hungernden und mangelernährten Menschen ist dramatisch. Fast eine Milliarde Menschen haben nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) nicht genug zu essen. Zwei Milliarden sind fehlernährt. Gleichzeitig produziert die weltweite Landwirtschaft mehr Lebensmittel als je zuvor. Ein Drittel mehr Kalorien werden erzeugt als zur ausreichenden Versorgung rechnerisch nötig wären. Somit ist Hunger in erster Linie kein Produktions-, sondern ein Verteilungsproblem. Ein stetig wachsender Teil der weltweiten Produktion dient nicht der menschlichen Ernährung, sondern wird als Tierfutter, Industrierohstoff oder Agrotreibstoff genutzt. Nur 47 Prozent der weltweiten Getreideproduktion landen auf dem Teller.

Das Problem der Agrarwirtschaft ist nicht nur eines von knapper werdenden Betriebsmitteln, sondern auch von weltweiten Verteilungsfragen.

Damit ist das Problem der Agrarwirtschaft nicht nur eines von knapper werdenden Betriebsmitteln, sondern auch von weltweiten Verteilungsfragen. Was für den landwirtschaft-

lichen Betrieb zunehmende finanzielle und damit existenzielle Schwierigkeiten bedeutet, kann aus ökologischer Sicht noch viel erheblichere Folgen haben. 60 Prozent der weltweiten Landoberfläche wird land- oder forstwirtschaftlich genutzt. Die Agrarwirtschaft hat somit eine hohe Verantwortung für den Erhalt unserer Ökosysteme.

Durch den Abbau von Mineralien zur Düngerproduktion kommt es zur Landschaftszerstörung und Umweltverschmutzung. Die biologische Vielfalt auf und neben dem Acker sinkt durch die Wirkungen der modernen Landbewirtschaftung. Der Verbrauch von fossilem Agrardiesel wird steuerlich begünstigt. Der Import von Futtermitteln ist verbunden mit unnötig hohem Energieverbrauch. Die EU beansprucht durch den Lebens- und Ernährungsstil ihrer Bürgerinnen und Bürgern enorme Flächen in den Ländern des Südens.

Diese indirekte Landnahme hat direkte lokale Auswirkungen: Wo so genannte *cash crops* (Exportpflanzen für den Weltmarkt) für die reichen Länder des Nordens wachsen, können keine Nahrungsmittel zur Versorgung der lokalen Bevölkerung angebaut werden. Außerdem führt deren Anbau zu Wasserverknappung. Wo die EU Ackerflächen zur Ernährung

ihrer Tiere in Übersee blockiert, kann kein Regenwald mehr wachsen. So werden virtuell Wasser und Land exportiert. Am Export von Agrarrohstoffen verdienen in den Ländern des Südens meist nur die wirtschaftlichen und politischen Eliten. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Indigene bleiben auf der Strecke.

Fast alle Agrarbetriebe sind auf den Zukauf externer Betriebsmittel angewiesen. Selbst im Ökolandbau ist das so. Dies schränkt sie wirtschaftlich ein und macht sie gegenüber den Schwankungen des Weltmarktes empfindlich. Das ist wegen des zu erwartenden »Peak Everything« nicht zukunftsfähig. Ein »Peak Phosphor« wird bereits in 20 bis 50 Jahren erwartet. Der sozial-ökologische Umbau muss die Agrarbetriebe dabei unterstützen, Abhängigkeiten zu reduzieren, Betriebskreisläufe zu schließen und nachhaltig zu wirtschaften.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben zu wenige Informationen über die sozialen und ökologischen Produktions-, Verarbeitungs- und Handelsbedingungen ihrer Lebensmittel. Dadurch haben sie nur geringe Möglichkeiten, mit dem Einkaufswagen auf die ökologischen und sozialen Bedingungen Einfluss zu nehmen. Täuschende Werbung gaukelt ihnen Herstellungsbedingungen und Inhalte von Lebensmitteln vor, die nicht der Realität entsprechen. Dadurch wird es ihnen schwer gemacht, den Wert von Lebensmitteln und ihre Erzeugung zu erkennen und dementsprechend zu schätzen.

Umbau

Beim sozial-ökologischen Umbau der Agrarwirtschaft geht es nicht um eine romantische Nische, sondern um eine Verbindung zwischen neuen Erkenntnissen und Rückbesinnung auf tradiertes Wissen und auf Erfahrungen, welche Bäuerinnen und Bauern seit Jahrtausenden gesammelt und damit die enorme kulturelle und agrobiodiverse Vielfalt geschaffen und erhalten haben. Landwirtschaft muss wieder multifunktional werden. Neben der Lebensmittelproduktion gehören zur Multifunktionalität auch gesellschaftliche Ziele (Gesundheit, Tradition, Kultur), der Umweltschutz (Boden, Wasser, biologische Vielfalt) und die Wirt-



schaftlichkeit (Einkommen, Handel, Energie). Viele der multifunktionalen Ziele sind nicht monetär erfassbar und daher unter den aktuellen WTO-Regeln für den globalen Markt ohne Berücksichtigung.

Es muss eine wirtschaftliche Situation geschaffen werden, in der eine sozial gerechte und umweltschonende Produktion betriebswirtschaftlicher wird als die aktuelle umweltschädigende Produktion. Durch den Umbau wird Deutschland seine Stellung als drittgrößte Agrarexportnation verlieren. Die bisherigen Produktions-, Verarbeitungs- und Handelsstrukturen werden sich wandeln und dezentraler werden. Pharma-, Chemie- und Düngemittelindustrie werden ihre Bedeutung im Bereich der Agrarwirtschaft verlieren, wenn sie sich nicht auf die neuen Erfordernisse einstellen, auf Bio-Pflanzenschutzmittel, Pflanzenzucht für Mischkulturen oder auf Nützlingszucht.

Die Reduzierung externer Betriebsmittel kann mit einem Mehrbedarf an Arbeitskräften verbunden sein. Zumindest ist dies im Ökolandbau der Fall (durchschnittlich arbeiten im Ökolandbau 0,9 Arbeitskräfte pro 100 Hektar mehr als im konventionellen Landbau). Nicht alle Höfe müssen »bio« werden, aber alle Betriebe sollten den systemaren Ansatz eines

indirekte Agrarexportsubventionen müssen dauerhaft abgeschafft werden. Die Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland ist zu verbieten. Mindestens dreigliedrige Fruchtfolgen und die Förderung von Landschaftselementen sind verbindlich vorzuschreiben, Agrarumweltmaßnahmen zu stärken. Investitionsförderungen für Stallneubauten müssen standortangepasst und stärker an Tierwohlbelange gekoppelt werden. Die beiden Säulen der EU-Agrarpolitik (GAP) müssen zur Stärkung der ländlichen Strukturentwicklung perspektivisch zusammengelegt werden.

Der sozial-ökologische Umbau der Agrarwirtschaft muss auch mit den »kleinen« Entscheidungen des Alltages vorangebracht werden. Die Politik mit dem Einkaufswagen kann in der Summe große Wirkung auf Handel und Produzenten entfalten. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen anhand klarer, verbindlicher und barrierefreier Kennzeichnungen motiviert werden, tierwohlgerecht, gentechnikfrei und ökologisch einzukaufen. Regionalsiegel sind einzuführen und durch die Verbesserung der regionalen Verarbeitungsmöglichkeiten zu unterstützen. Auch die Einführung eines leicht verständlichen

sozial-ökologischen Fußabdruckes von Lebensmitteln kann eine lenkende Wirkung entfalten. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen gegenüber den Unternehmen einen Auskunftsanspruch über die sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen eines Lebensmittels entlang der gesamten Lieferkette haben. Ökolandbau muss stärker unterstützt und damit eine



geschlossenen Betriebskreislaufes anstreben. In der stärkeren Ökologisierung der konventionellen Betriebe einerseits und der Umstellung auf die Ökoproduktion andererseits liegt die agrarpolitische Zukunft.

Die EU-Agrarpolitik muss diesen sozial-ökologischen Umbau fördern. Klare ökologische und soziale Vorgaben sind den Betrieben aufzuerlegen und wirksam zu kontrollieren. Als Gegenleistung erhalten sie Geld aus Brüssel. Jeder Betrieb sollte einen bestimmten Anteil seiner Fläche zur Produktion einheimischer Eiweißfutterpflanzen nutzen. Nötig ist eine umfassende Eiweißstrategie, welche Züchtung, Anbau und Verarbeitung umfasst. Direkte und

deutliche Flächenzunahme dieser Betriebsweise erreicht werden. Darüber hinaus sind alternative Agrarprojekte wie zum Beispiel die »Solidarische Landwirtschaft« (CSA) zu unterstützen.

Der Flächenverbrauch durch Siedlungen, Ausgleichsflächen oder Verkehrsrouten ist radikal zu reduzieren. Da dieses Ziel seit Jahrzehnten gefordert, aber nicht wirklich erreicht

OFFENE FRAGE 1:

In welchem Rahmen sollen Importe und Exporte von Agrarrohstoffen zwischen der EU und Drittstaaten möglich sein?

OFFENE FRAGE 2:

Benötigen wir eine umfassende Nachhaltigkeitskennzeichnung oder besser einzelne Siegel (zum Beispiel Bio-Siegel, Regionalkennzeichnung, Gentechnikfrei-Kennzeichnung)?

wird, muss über wirkungsvollere Gesetze nachgedacht werden. Auch die Regionalplanung ist zu stärken. Neuversiegelungen sind nur zu genehmigen, wenn sie verpflichtend mit einer Entsiegelung einhergehen. Die Nutzung kommunaler Ökokonten für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen ist vorzuschreiben und ihre flächenschützende Wirkung zu verbessern.

Die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe kann den Agrarbetrieben Anreize zur Reduzierung externer Betriebsmittel und zum Schutz der Gewässer geben. Sie muss so effektiv sein, dass für die Betriebe ein wirksamer Anreiz zur Reduzierung ihrer Stickstoffüberschüsse besteht. Das Düngemittelrecht ist entsprechend anzupassen und konsequenter anzuwenden. Ähnlich würde die Streichung der Agrardieselsteuerrückerstattung bei gleichzeitiger Umstellungsförderung auf Pflanzenöle wirken, da diese unnötigerweise den Verbrauch fossiler Treibstoffe für den landwirtschaftlichen Maschinenpark fördert. Dies machte im Jahr 2010 Steuermindereinnahmen von 305 Millionen Euro für den Bundeshaushalt aus. Ein risikoorientiertes Abgabesystem für Pflanzenschutzmittel, welches gleichzeitig an Minderungsziele gekoppelt wäre, könnte einen umweltschonenderen Pflanzenschutz unterstützen. Die dadurch gewonnen Mittel sollten in bessere Beratung zum umweltschonenden Pflanzenschutz und zu Anbaumethoden, die Wildkräuter und Schädlinge zu unterdrücken helfen, reinvestiert werden. Der biologische Pflanzenschutz muss durch verstärkte öffentliche Forschung ausgebaut werden. Die Nutzung biogener Treibstoffe außerhalb der Agrarwirtschaft und des ÖPNV wird nicht gefördert. Biogasanlagen werden nur gefördert, wenn sie mit der Priorität der Lebensmittelerzeugung in der Region vereinbar sind sowie mit nachhaltig erzeugten nachwachsenden Rohstoffen, mit Rest- oder Abfallstoffen oder mit Gülle und anderen Tierexkrementen betrieben werden.

OFFENE FRAGE 3:

In welchem Umfang soll die Landwirtschaft Agroenergien außerhalb ihres Eigenbedarfs produzieren? Soll sie nur Agrotreibstoffe für den Eigenbedarf beziehungsweise den regionalen ÖPNV produzieren oder darüber hinaus?

Der sozial-ökologische Umbau muss mit einer wiedererstarkten öffentlich finanzierten Agrarforschung befördert werden. Öffentliche Forschung muss die Lösung der Probleme durch Hunger, Klimawandel und Umweltverschmutzung im Blick haben und sich damit deutlich von den privaten Forschungsinteressen

von Pharma- und Agrarkonzernen mit dem Ziel der Gewinnmaximierung unterscheiden (z.B. Agro-Gentechnik, High-Input-Farming). Wissenslücken im Bereich der Klimafolgen, regionaler Versorgungskonzepte, angepasster Landnutzungssysteme, Mischkulturen, Urban Farming und Boden sind zu schließen. Insbesondere Agrarsoziologie und Agrarökonomie sind aufzuwerten.



Tierhaltung ohne Fortführung der indirekten Landnahme wird automatisch zu einer Verringerung des Angebotes an Fleisch- und Wurstwaren führen. An einem veränderten Konsumverhalten führt kein Weg vorbei. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung charakterisiert den durchschnittlichen Verbrauch tierischer Produkte in Deutschland als gesundheitsschädlich hoch. Ein reduzierter Fleischkonsum wäre sinnvoll. In Deutschland werden 90,1 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr, im Weltdurchschnitt hingegen nur 39 Kilogramm verspeist. Um Fleisch nicht zu einem Luxusgut zu machen, müssen ein gesetzlicher Mindestlohn und eine bedarfsgerechte Grundsicherung die Ausgaben für eine ausgewogene und gesunde Ernährung decken. Programme zur Verbraucheraufklärung und -bildung müssen den Konsumwandel begleiten und bereits bei den Jüngsten ansetzen. Im Rahmen einer kostenfreien und ausgewogenen Schul- und Kindergartenverpflegung lernen Kinder und Jugendliche mit regionalen Produkten leckeres und gesundes Essen zuzubereiten.

Nur durch den schrittweisen Aufbau betrieblicher Eigenständigkeit kann die Befreiung aus der Preisklammerung von Handel und Industrie gelingen. Eine betriebliche Kreislaufwirtschaft mit vielfältigen Fruchtfolgen ist zu etablieren und eine tiergerechte, standort-, umwelt- und sozialverträgliche Tierhaltung in



das landwirtschaftliche System zu integrieren. Direktvermarktung und landwirtschaftliche Kooperationen tragen zur Unabhängigkeit bei und sind daher zu unterstützen (z.B. Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften).

Eine zentrale Frage der Agrarwirtschaft ist und bleibt die Verteilung und der Zugang zum Boden. Er ist die Grundlage und der Schlüssel für eine sozial-ökologische Agrarpolitik.

Viele Menschen sind weltweit vom Zugang zu Boden abgeschnitten. In Deutschland ist der Bodenmarkt zunehmend dem Zugriff durch landwirtschaftsfremdes Kapital und Bodenkonzentration ausgesetzt. Hier muss durch gesetzliche Neuregelungen entgegengewirkt werden. Beispielsweise sind die Grundstücksverkehrsgesetze zu verschärfen. Bodenprivatisierung ist zu verbieten. International sind Bodenreformen in vielen Ländern notwendig und sollten das Ziel

einer breiten Streuung von Bodeneigentum haben. Der Konzentration von Boden in wenigen Händen ist weltweit entgegenzuwirken.

Hunger muss vor Ort überwunden werden. 70

Prozent aller Hungernden leben auf dem Land. Sie sind in die Lage zu versetzen, sich selbst zu ernähren. Der Zugang zu Nahrungsmitteln ist dabei genauso wichtig wie nachhaltige Ertragssteigerungen vor Ort. FAO und Weltagrарbericht gehen davon aus, dass es in Zukunft

angesichts der steigenden Weltbevölkerung und veränderter Konsummuster notwendig sein wird, die Menge an verfügbaren Nahrungsmitteln zu erhöhen, um alle Menschen ernähren zu können. Eine entsprechende Steigerung der Nahrungsmittelproduktion muss lokal angepasst und ressourcenschonend erfolgen und nicht mit den High-Input-Ansätzen der westlichen Agrarwirtschaft. Dem Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche und Bodenfruchtbarkeit ist mit dem Ziel der Herstellung und Sicherung des Rechts auf Nahrung effektiv entgegenzuwirken.

Alle Staaten sollten

Ernährungssouveränität anstreben. Vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen über ihre Agrar- und Ernährungspolitik selbst

bestimmen können. Entsprechend sind die Gremien der UN (z.B. FAO) zu reformieren. Konkret sollte die Reduzierung von cash crops für den Weltmarkt ein erster Schritt sein. Hier muss der Einfluss Dritter auf die nationale Politik der Länder des Südens etwa durch die Verpflichtung zur Marktöffnung massiv eingeschränkt werden. Nachernteverluste und Lebensmittelverschwendung sind in den Ländern des Nordens einzudämmen. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit für die ländlichen Räume muss das Recht auf Nahrung zu Grunde legen und die Ernährungssouveränität der Staaten unterstützen. Frauen spielen eine zentrale Rolle in der ländlichen Entwicklung. Ihre Rechte und Teilhabemöglichkeiten sind daher zu stärken.

Letztlich bleiben alle diese Wege nur zaghafte Pflänzchen, wenn die WTO-Agrarpolitik bleibt wie sie ist. Das Agrarabkommen der WTO aus dem Jahr 1995 setzte den internationalen Rahmen für die nun feststellbaren negativen Entwicklungen. Das Gesetz des liberalen Weltagrарhandels (inklusive seiner perversen Abart der Agrarrohstoffspekulationen) gehört unterbunden. Die WTO muss um sozial-ökologische Kriterien erweitert, der Agrarmarkt muss vom Nicht-Agrarmarkt getrennt werden.

OFFENE FRAGE 4:

Welche Konsequenzen hat Regionalisierung für Lebensmittelhandel und Beschäftigte? Wie soll Regionalisierung der Agrarwirtschaft konkret (über bereits bestehende Ansätze hinausgehend) gefördert werden?

OFFENE FRAGE 5:

Wie kann die Dominanz der Konzerne in den vor- und nachgelagerten Bereichen wirksam reduziert werden?



III. KRÄFTEVERHÄLTNISSE, BÜNDNISSE & DURCHSETZUNG

Der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft kann nur gelingen, wenn er von den Bürgerinnen und Bürgern, den Verbänden und Gewerkschaften aktiv getragen und mitgestaltet wird.

Der derzeitige Strukturwandel im Energiesektor ist dafür beispielhaft. Er ist Ergebnis heftiger Auseinandersetzungen über Atomenergie und Klimaschutz. Sie wurden initiiert und begleitet durch Aktionen auf der Straße, durch Lobbyarbeit von Umweltverbänden, durch das Verhalten von Verbraucherinnen und Verbrauchern (Stromwechsel) sowie durch ökonomische Eigeninitiative vom Netzkau bis zur Herstellung von Anlagen erneuerbarer Energien und flankiert von politischen Rahmensetzungen.

Anders sieht dies in anderen Wirtschaftssektoren aus. Weder gibt es eine vergleichbare, von vielen Menschen getragene, öffentliche Auseinandersetzung noch eine eindeutige Zielbestimmung. Lediglich die Auseinandersetzung um das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 hat in den letzten Jahren eine überregionale Debatte über die Sinnhaftigkeit von Verkehrsprojekten entfacht. Die Zurückdrängung des Individualverkehrs zugunsten eines öffentlichen Mobilitätssystems scheitert jedoch nicht nur an Politik und Wirtschaft. Auch in der Bevölkerung lässt der Rückhalt zu wünschen übrig. In anderen Sektoren wie der Chemieindustrie gibt es nahezu überhaupt keine Diskussion über alternative Produkte und Produktionsverfahren. Zwar gibt es immer wieder Bürgerinitiativen gegen den Neubau von Industrieanlagen. Dieser Protest ist jedoch oft standortbezogen, ohne Transformationsperspektive und oft im Konflikt

mit Gewerkschaften der Region, die mit den Arbeitsplätzen dagegen argumentieren.

Dies setzt sich in den Betrieben fort. Wenn es darum geht, in einem Automobilwerk Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Werk durchzusetzen, wird man den Betriebsrat und die Gewerkschaften schnell auf seiner Seite haben. Wenn es aber darum geht, den Kern der Produktion selbst anzugehen, sich beispielsweise von den spritfressenden Prestigefahrzeugen zu trennen, sieht das schon anders aus. Und das liegt nicht nur an der Angst vor dem Arbeitsplatzverlust.

Deshalb ist es für uns ein vordringliches Anliegen, mit möglichst vielen Akteurinnen und Akteuren über die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft ins Gespräch zu kommen, über die Ziele und Instrumente zu diskutieren und gemeinsam identifizierte notwendige Schritte auf dem Weg zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft durchzusetzen.

Dafür müssen die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft geändert werden. Schließlich sind es nicht weniger als die Interessen der dominierenden Kapitalfraktionen und des Finanzmarkts, die einem solchen Umbau entgegen stehen, wie man jetzt wieder an der Behinderung einer dezentralen Solarstromproduktion sehen kann. Eine Strategie, die nur auf sogenannte win-win-Lösungen für Umwelt und Wirtschaft setzt, kann im Einzelfall zu



einer positiven Entwicklung führen, reicht aber weder aus um die Zerstörung der Natur aufzuhalten noch soziale Gerechtigkeit herzustellen oder gar einen Umbau der Gesellschaft und des Wirtschaftens einzuleiten.

Längst ist die Demokratie selbst in die Krise geraten. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger schwindet immer mehr. Ein Teil der Gesellschaft resigniert, doch gleichzeitig entstehen allerorten Initiativen, die gegen Projekte protestieren und ihre Forderungen an das politische System artikulieren. Sie stellen sich gegen Akteure, die über erheblich mehr Mittel, Geld und Einfluss verfügen, um ihre Interessen zu propagieren und durchzusetzen.

Hier muss eine linke Strategie ansetzen. Es gilt nicht nur den inhaltlichen Kampf um die bessere Energieversorgung oder die umweltverträgliche Landwirtschaft zu führen, sondern auch um die Demokratisierung der Gesellschaft und den Aufbau einer erfolgreichen Gegenmacht.

Für alle Beteiligungsmodelle gilt:

Die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein offener Prozess, bei dem es auch Rückschritte geben kann. Ein universelles Modell der optimalen demokratischen Beteiligung gibt es nicht. Deshalb sollten Beteiligungsprozesse evaluiert und die Instrumente durch die Teilnehmenden weiter entwickelt werden.

Mit der jeweiligen Beteiligung muss das Ziel des Beteiligungsprozesses geklärt sein. Direkte Beteiligung kann die repräsentative Demokratie nicht ersetzen. Ohne reale Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte ist jedoch jeder Beteiligungsprozess mittelfristig zum Scheitern verurteilt. Initiativ- oder Vetorechte sowie Berichtspflicht der jeweiligen politischen Ebenen sind ebenso zu klären wie die Legitimation von Entscheidungen. Diese Legitimation kann beispielsweise durch Befragung von Bürgerinnen und Bürgern oder zusätzliche Abstimmung in gewählten Parlamenten hergestellt werden.

Es ist Aufgabe des Staates, Regelungen zu schaffen, die die Beteiligten zeitlich und finanziell in die Lage versetzen, sich fachlich zu qualifizieren, den Beteiligungsprozess mitzugestalten und für ihre Ziele und

Maßnahmen zu werben. Dies kann entweder über die Überwälzung auf die Projektkosten oder durch den Staat direkt erfolgen.

Demokratisierung politischer Entscheidungen

Schon jetzt gibt es an Ministerien angebundene Beiräte, Branchen- oder Themendialoge. Während jedoch die Lobbyisten aus der Wirtschaft direkt in den Ministerien sitzen und an den sie betreffenden Gesetzesentwürfen mitschreiben, haben die Berichte dieser Beiräte nur selten Relevanz im politischen Alltag. Die Beiratsstrukturen sollten ausgeweitet und ihre Zusammensetzung geändert werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Initiativen, Verbände, Gewerkschaften und Parlamente

sollen so in dem Umbauprozess zusammengebracht werden, um in diesen Prozess die verschiedenen Interessen und Erkenntnisse einzubringen.

Es bleibt zu klären, wie die Wirkung solcher Beiräte erhöht werden kann. Beiräten eine Entscheidungskompetenz zu übertragen

ist umstritten, schließlich fehlt ihnen dafür die demokratische Legitimation. Sie sollten jedoch mindestens an den Umbaukonzepten und den politischen Rahmensetzungen direkt beteiligt werden, ein Initiativrecht erhalten und bei der Vergabe von Struktur- und anderen Fördermitteln mitentscheiden können. Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit die verschiedenen Beiräte der verschiedenen Ministerien für die Erstellung von Umbaukonzepten verändert und zusammengeführt werden können.

In anderen europäischen Ländern gibt es seit den 1990er Jahren Erfahrungen mit zufallsgenerierten Gremien wie Konsensuskonferenzen, Szenarioworkshops oder Loskammern. Hier wird einer zufälligen, aber repräsentativen Auswahl von Beteiligten zu einem bestimmten Vorhaben temporär eine Beratungs- oder Entscheidungskompetenz übertragen. Die Vorteile solcher, die Parlamente ergänzenden Gremien liegen darin, dass die Mitglieder weder in parteipolitischen oder Karrierezwängen verhaftet sind noch ein direktes persönliches Interesse oder das eines Verbandes vertreten müssen.

Insbesondere in Dänemark, wo diese Gremien einen quasioffiziellen Status genießen, haben sie auch eine reale Wirkung entfaltet. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltfragen (WBGU) diskutiert in seinem Gutachten »Welt im Wandel«, dass solche

zufallsgenerierten Kammern zu dauerhaften Institutionen entwickelt werden könnten »mit einem klar zugewiesenen und verbindlichen

Es gilt nicht nur den inhaltlichen Kampf um die bessere Energieversorgung oder die umweltverträgliche Landwirtschaft zu führen, sondern auch um die Demokratisierung der Gesellschaft und den Aufbau einer erfolgreichen Gegenmacht.

OFFENE FRAGE:

In welchem Verhältnis sollen direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Verbändebeteiligung und parlamentarische Entscheidungen stehen?

Kompetenzprofil. Dies kann von der obligatorischen Stellungnahme über eine Moratoriumskompetenz bis hin zu gewissen Vetofunktionen reichen ...«

Bei der Demokratisierung politischer Entscheidungen darf die Erleichterung von Volksbefragungen und Volksabstimmungen auf allen Ebenen nicht fehlen.

Wirtschaftsdemokratie

Ein wichtiges Kernstück eines sozial-ökologischen Umbaus ist der Wandel in der Industrie. Den Beitrag der Beschäftigten, der Betriebsräte und von regionalen und Branchenbeiräten für einen solchen Wandel haben wir im Kapitel Industrie bereits ausführlich dargestellt.

Die Übertragung von Aufgaben auf die öffentliche Hand ist die Voraussetzung für eine bürgernahe, soziale und umweltverträgliche Politik im Bereich der Daseinsvorsorge, allerdings keine Garantie dafür.

Die Übertragung von Aufgaben auf die öffentliche Hand ist die Voraussetzung für eine bürgernahe, soziale und umweltverträgliche Politik im Bereich der Daseinsvorsorge, allerdings keine Garantie dafür. Die Transparenz und demokratische

Kontrolle öffentlicher Unternehmen sowie ihre Rolle für den sozial-ökologischen Umbau muss durch die gewählte Rechtsform, die Festlegung des Unternehmenszieles sowie die Zusammensetzung von Aufsichtsräten und Beiräten, ihre Verpflichtung auf das Gemeinwohl sowie die Einführung eines Initiativrechtes sichergestellt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind an der Entwicklung der Strategie öffentlicher Unternehmen zu beteiligen, sei es über Bürgerversammlungen, Bürgerhaushalte oder andere Formen direkter Demokratie.

Ein weitreichendes Konzept steht hinter dem Volksbegehren des Berliner Energiethemes. Durch aktive Bürgerbeteiligung soll die Akzeptanz und Identifikation mit den berlinereigenen Stadtwerken und der Netzgesellschaft erhöht werden. Statt der Einrichtung eines Beirates soll ein Teil des Verwaltungsrates der beiden Gesellschaften durch die Berlinerinnen und Berliner direkt gewählt werden. Jährlich stattfindende Versammlungen in den Bezirken und eine berlinweite Versammlung sollen Raum für den Dialog mit den Berlinerinnen und Berlinern bieten und Bürgernähe schaffen. Gegenüber dem Verwaltungsrat erhalten die Bürgerinnen und Bürger zudem ein Initiativrecht, mit dem eine Kundenbefragung eingeleitet werden kann.

Förderung der Solidarischen Ökonomie

Genossenschaften können eine wichtige Rolle für den sozial-ökologischen Umbau spielen. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen geht es ihnen nicht um Profitmaximierung, sondern

um die Förderung ihrer Mitglieder und deren Ziele. Sie garantieren günstigen Wohnraum, fördern Arbeitsplätze und Umwelt oder sorgen für qualitativ hochwertige Waren und Dienstleistungen.

Auch Genossenschaften müssen im kapitalistischen Markt im Wettbewerb bestehen, zumindest wenn sie nicht nur in Nischen agieren. Trotzdem steht an erster Stelle die Solidarität wie das Beispiel des spanischen Genossenschafts-Dachverbands Mondragon zeigt. Dort können Mitglieder einer kriselnden Genossenschaft in eine andere wechseln. Der gemeinsame Solidaritätsfonds, in den alle Genossenschaftsmitglieder einen Lohnanteil einzahlen, bietet finanzielle Unterstützung. Die genossenschaftseigene Bank hilft mit billigen Krediten.

Genossenschaften müssen anderen Unternehmensformen bei der Fördermittelvergabe und bei Gründungsberatungen durch öffentliche Stellen gleichgestellt und gesetzliche Benachteiligungen abgebaut werden. Darüber hinaus muss es spezielle Förderprogramme für Genossenschaften geben, die den Umstand berücksichtigen, dass diese Unternehmen die Demokratisierung der Wirtschaft fördern und damit stets einen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Im Bereich von Zukunftsinvestitionen und öffentlicher Auftragsvergabe sollten Genossenschaften bevorzugt gefördert werden, wenn sie wichtige Beiträge zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft leisten.

Demokratisierung von Planungsverfahren

Ob Strom- und Schienennetze, ob Windparks und Agrosprit oder der Aufbau neuer Produktionsstätten – auch sozial-ökologisches Wirtschaften ist ohne Eingriffe in Natur und Umwelt nicht möglich. Dabei treffen zwangsweise unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse aufeinander.

Das klassische Mittel, um diese Bedenken anzuhören, aufzunehmen, einen Interessenausgleich vorzunehmen, Planungen zu verbessern oder zu verwerfen, wäre eine umfassende Verbände- und Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungsverfahren. Anstatt jedoch die Chancen von Beteiligungsverfahren zu sehen, werden sie in Deutschland als lästiger Hemmschuh behandelt und die Beteiligungsrechte seit zwanzig Jahren abgebaut. Statt auf Mediation setzen Politik und Verwaltung auf Konfrontation und wundern sich über massenhafte Proteste wie gegen Stuttgart 21.

Die Umweltverbände und -initiativen sind wichtige Bündnispartner beim sozial-ökologischen Umbau. Deshalb müssen sie frühzeitig in Planungsverfahren eingebunden werden. Bereits bei Bedarfsfeststellungen und Raumordnungsverfahren sollte ein formales Beteiligungsverfahren mit offener Alternativenprüfung und Null-Variante obligatorisch sein. Die Planungsverfahren müssen fairer werden. Verfahrensfristen, Verfahrensregeln und die Kommunikation müssen auf die Möglichkeiten

der zum großen Teil ehrenamtlich Engagierten abgestimmt werden. Hier kann die Einrichtung von Bürgeranwälten, die auf das Verfahren einwirken und als Klägerin oder Kläger auftreten können, hilfreich sein. Die Beteiligungs-, Informations- und Klagemöglichkeiten müssen ausgeweitet werden. Behördliche und gerichtliche Entscheidungen sollten voll umfänglich anfechtbar sein. Die finanziellen Hürden für eine Verfahrensbeteiligung müssen drastisch sinken. Verbandsklagerechte sind auszuweiten.

Direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Auf der kommunalen Ebene ist die potentielle Einflussmöglichkeit von Bürgerinnen und Bürger auf die Gestaltung der Gesellschaft und des Umganges mit der Natur am größten. Insbesondere hier haben sich viele Formen der direkten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern herausgebildet, von denen wir einige besonders herausstellen wollen, weil sie wichtige und in der Regel vernachlässigte Bündnispartner sind.

An den Lokale Agenda 21 Prozessen gibt es

viel und größtenteils berechnete Kritik. Es wurde zwar viel diskutiert und Umwelt- und Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt, aber der Einfluss auf die Kommunalpolitik und -verwaltung blieb oftmals aus. Die Lokale Agenda Gruppen hatten keine Mitentscheidungsrechte. Verwaltung und Kommunalpolitik verwehrten sich oft gegen solche »Konkurrenzgremien«. Allerdings gibt es im Rahmen der Lokalen Agenda 21 auch etablierte Prozesse, die durch Kommunen getragen und aktiv weiterentwickelt werden. Erfolgreiche Ansätze sind beispielsweise Augsburg, der Bürgerhaushalt Jena und die Magna Charta Ruhr, in der sich 54 Kommunen drauf verpflichtet haben, auf ausbeuterische Kinderarbeit zu verzichten und verstärkt Produkte aus fairem Handel zu nutzen. Im Sinne eines sozial-ökologi-

schen Umbaus muss nachhaltige Entwicklung als strategische Pflicht- und Querschnittsaufgabe in den kommunalen Verwaltungen verankert werden. In den kommunalen Beschlüssen und Strategien muss die

Lokale Agenda 21

kontinuierliche Beteiligung der Bevölkerung berücksichtigt und die Verwaltung auf eine Beteiligungskultur orientiert werden. Eine solche Struktur benötigt personelle und finanzielle Kapazitäten auf kommunaler und übergeordneter Ebene, Austausch- und Service-Plattformen auf Landes- und Bundesebene.

Eine wichtige Rolle im Umbauprozess kann die flächendeckende Einführung von Bürgerhaushalten nach dem Vorbild von Porto Alegre spielen. In Deutschland wurde das Label »Bürgerhaushalt« von der Bertelsmann-Stiftung besetzt und zum Synonym für Sparvor schläge entwertet. Nur bei neun von 140 »Bürgerhaushalten« kann im engeren Sinne von einem Bürgerhaushalt gesprochen werden. Best-Practice-Modelle sind beispielsweise Berlin-Lichtenberg oder Jena. In Komitees und Bürgerversammlungen werden die



dringendsten Probleme des eigenen Umfelds diskutiert und Prioritäten für die umzusetzenden Projekte festgelegt. Die Aufstellung des Haushaltes kann weiterhin bei der Verwaltung liegen und die Letztentscheidung beim Parlament.

Bürgerhaushalte

Entscheidend ist aber, dass die Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Politik sich im Prozess bereits abstimmen müssen, dass die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses in die Haushaltsaufstellung einfließen und dass Verwaltung und Politik institutionalisiert Rechenschaft über die Umsetzung der Projekte geben müssen. Die Erfahrung aus Porto Alegre zeigt, dass diese Vergesellschaftung öffentlicher Haushalte eine Eigendynamik bekommen kann. So wurden die Einrichtung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Errichtung einer neuen Wasserversorgung über den Bürgerhaushalt initiiert.

Dorfbewegung

Ein weiteres Beispiel der Aneignung und Gestaltung der Lebenswelt »von unten« ist die Dorfbewegung. In Deutschland steckt sie noch in den Kinderschuhen. Bisher gibt es nur das brandenburgische Netzwerk für lebendige Dörfer. In Skandinavien und in den Niederlanden haben Dorfkaktionsgruppen eine 30-40 jährige Tradition. Sie stehen für teilnehmende Demokratie auf der Dorfebene und ergänzen die formale repräsentative Parteipolitik auf der Gemeindeebene. Sie entwickeln Dorfpläne, fördern Unternehmensgründungen, Schulen und Breitband, betreiben Dorfläden und kümmern sich um die Umwelt. Charakteristisch für die schwedische Dorfbewegung ist eine Vernetzung auf allen Ebenen. Dörfer tauschen ihre Erfahrungen landesweit aus, gewinnen an Macht und Einfluss auf Meinungen und Politik. Alle zwei Jahre halten sie ein ländliches Parlament ab und beraten »auf Augenhöhe« mit der schwedischen Regierung.

Community Organizing

Für die Demokratisierung gesellschaftlicher Prozesse müssen sowohl die sozialen Bedürfnisse Gehör bekommen als auch sozial schwächer gestellte Menschen die Möglichkeiten und Befähigungen erhalten, ihre Interessen selbst zu artikulieren. Modelle wie die Planungszelle, Loskammern oder Bürgerpanels setzen auf eine zufällige, aber repräsentative Auswahl der Beteiligten. Eine solche zufällige Auswahl führt zu einem Querschnitt durch die gesamte Bevölkerung und nicht nur zu einer Artikulation derjenigen, die innerhalb des politischen Systems ihren Interessen besser Ausdruck verleihen können. Gerade bei diesen Beteiligungsverfahren ist der erste Schritt, die Teilnehmenden auf ein gleiches Informationsniveau zu bringen, besonders wichtig.

Community Organizing, das im Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in

den Chicagoer Slums der 30er Jahre entstand, ist den Prinzipien von Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Ziel ist es, dass sich insbesondere gesellschaftlich benachteiligte Bürgerinnen und Bürger gemeinschaftlich für die Verbesserung ihrer Lebensumstände einsetzen. Die am stärksten unterdrückten und ausgebeuteten Menschen im Land sollten die Kontrolle über ihr eigenes Lebensumfeld übernehmen können.

Kern sind talentierte, gut ausgebildete und professionelle Organizer, die aktiv auf Menschen zugehen und eine Fülle von Einzelgesprächen über die Sichtweisen, Interessen und Beziehungen der Gesprächspartner führen. Nach der Identifizierung von Problemen wird nach Beispielen aus anderen Kommunen und Lösungsmöglichkeiten gesucht. Durch den Aufbau von Beziehungen zwischen Menschen und Organisationen sollen handlungsfähige, sich gegenseitig unterstützende Netzwerke entstehen. Durch das Netzwerk wird eine Gegenmacht aufgebaut, die in den herrschenden Strukturen Gehör findet.

In Deutschland greifen vor allem Kirchen und Gewerkschaften Community Organizing auf und bieten Ausbildungskurse an. IG Metall und ver.di haben eigene CO-Abteilungen eingerichtet. Das erste herausragende Beispiel in Deutschland ist die soziale Stadtentwicklung in Saarbrücken im Jahr 2007. Ver.di führt den Erfolg ihrer Kampagnen auch auf Strategien des Community Organizing zurück. Inzwischen gibt es auf europäischer Ebene ein übergreifendes Netzwerk.

IV. FÜR EINE LEBENDIGE DEBATTE

Der von uns skizzierte sozial-ökologische Umbau ist ein Projekt der kleinen Schritte und der großen Veränderungen. Vieles ist umgehend zu verwirklichen, wenn gesellschaftlicher Druck den politischen Willen befördert. Oder wenn Bürgerinitiativen, Kommunen, Unternehmen oder Genossenschaften selbst in die Hand nehmen, was sie im Sinne einer sozialen und ökologischen Zukunft für richtig halten. So sind bereits tausende Initiativen entstanden, die in eigener Regie saubere Energie erzeugen oder »Mobilität für alle« statt »Freie Fahrt für den Autoverkehr« zum Leitmotiv für Verkehrspolitik machen. Beschäftigte wehren sich gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. In Dörfern entwickeln Einwohnerinnen und Einwohner Dorfpläne für Teilhabe an Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft. Menschen engagieren sich gegen Armut und für Selbstbestimmung.

Diesen »Umbau von unten« gibt es also längst. Aber vieles geht schneller und mit größerer gesellschaftlicher Wucht, wenn die Politik – statt zu bremsen und zu lähmen – den Umbau aktiv befördert. Deshalb plädieren wir für einen ge-

staltenden Staat, der die Rahmenbedingungen für den sozial-ökologischen Umbau und für eine massive Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft setzt.

Es geht künftig nicht allein um »grünen« Strom, es geht um eine ökologische Volkswirtschaft. Das schließt den sozial-ökologischen Umbau von Produktion und Dienstleistung, Landwirtschaft und Verkehr ein und erfordert eine nachhaltige Lebensweise. Die Bewältigung dieser Aufgabe erscheint nur dann auf dem Radarschirm der Vorstellungskraft, wenn Millionen Menschen aktiv, gestaltend und im eigenen Interesse sich diesen Zielen widmen. Sie werden dies nur tun, wenn ökologisch produzieren und konsumieren keine Bedrohung, sondern ein Gewinn für das eigene Leben ist. Und dies ist eben nur möglich, wenn der Umbau unter der Maxime von sozialer Gerechtigkeit organisiert wird.

Mit dem alten Denken, das im grünen Gewand Ungleichheit, Herrschaft und Ohnmacht voraussetzt, wird der Aufbruch zum Umbau nicht möglich. Aus ökologischer Perspektive wird deutlich, dass Gleichheit nicht nur ethi-



scher Grundsatz ist. Sie ist schlicht aus praktischen Gründen wichtig. Denn »Gleiches Recht für alle« (gleiches Recht auf Naturnutzung, gleiche Pflicht zum Umweltschutz) ist die beste Maxime. Diese ist untrennbar verbunden mit einer gesicherten Teilhabe aller an den Grundbedürfnissen menschlichen Lebens und an guter Arbeit, Bildung und Demokratie. Von der guten Arbeit zum guten Leben ist Ziel unseres sozial-ökologischen Umbaus. Nur dann stehen Produktion und Konsumtion in ihrer Gesamtheit auf dem Prüfstand. Nur dann sind die Veränderungen demokratisch. Und nur dann kann angesichts des notwendigen Tempos der Umbau zum ureigenen Anliegen der Mehrheit werden.

Stattdessen gehen die Bundesregierung und andere Oppositionsparteien davon aus, dass unserer Form der Arbeit, der Produktion und Verteilung trotz immenser sozialer und ökologischer Herausforderungen keiner Erneuerung bedarf. Diese Auffassung teilen wir nicht. In Anlehnung an Albert Einstein sagen wir: Probleme kann man nie mit der Wirtschaftsweise lösen, durch die sie entstanden sind. Aber was soll dann geschehen? Unsere Vorschläge verstehen wir als Diskussionsangebot. Diskutieren Sie mit, auf unseren Veranstaltungen vor Ort, auf unserer Konferenz am 26./27. Oktober 2012 in Berlin und auf www.plan-b-mitmachen.de www.facebook.com/groups/planbe/

* Demokratie

Eine tiefgreifende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden. Die Menschen müssen sich an den Diskussionen und Entscheidungen, die ihr Leben verändern werden, aktiv und wirkungsvoll beteiligen können. Doch längst ist die Demokratie selbst in die Krise geraten. Milliarden schwere Entscheidungen fallen in Nachtsitzungen und Hinterzimmern – unter Ausschluss der Öffentlichkeit, vorbei am Parlament. Die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft müssen verändert werden. Eine umfassende Demokratisierung ist zwingende Voraussetzung eines sozial-ökologischen Umbaus.

Ökologie

Die Umweltkrise ist wie die Wirtschafts- und Finanzkrise Folge des vorherrschenden Gesellschaftsmodells. Es sind dieselben Mechanismen und Triebfedern, die gleichermaßen zu einem Raubbau an der Natur, zu wachsender Ungleichheit und zu Armut führen. Ein sozialer und ökologischer Umbau der Gesellschaft bedarf einer Abkehr von der Fixierung auf Wachstum. Vielmehr muss es um Entwicklung gehen, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit sichert. Dabei ist gleiches Recht für alle die Maxime: gleiches Recht auf Naturnutzung und gleiche Pflicht, die Lebensgrundlagen zu schützen.

Soziales

Ohne soziale Gerechtigkeit bleiben ökologisches Wirtschaften und eine nachhaltige Lebensweise leere Versprechen. Wirtschaft und Gesellschaft, Macht- und Eigentumsverhältnisse dürfen nicht bleiben wie sie sind, wenn der notwendige ökologische Umbau möglich werden soll. Statt immer mehr Reichtum für wenige Menschen wollen wir ein gutes Leben für alle. Das bedeutet eine Umverteilung von Vermögen, Arbeit und Einkommen. Und es bedeutet eine grundlegende Änderung der Geschlechterverhältnisse. Wir wollen die Emanzipation jedes Menschen und eine Gesellschaft, die sich als solidarisches Gemeinwesen versteht.

www.plan-b-mitmachen.de

www.linksfraktion.de